DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

274/275 | 24. JAHRGANG | Juli/August 2007 | 4,50 €

AUS DEM INHALT:

HEILIGENDAMM

Für die globalisierungskritische Bewegung waren die Proteste ein Erfolg: Zehntausenden Menschen gelang es, den Gipfel der Gruppe der Acht, der vom 6. bis zum 8. Juni in Heiligendamm stattfand, praktisch zu delegitimieren.
Nun, in den Tagen nach den Protesten werden immer mehr Details von Polizeiübergriffen öffentlich. Dabei wird deutlich, dass Polizisten GipfelkritikerInnen in großem Umfang beschimpft, beleidigt, geschlagen und misshandelt haben. Seite 3/4

LOS GEHT'S

Das »Los Geht's« ist eine Veranstaltung zur Unterstützung von Gemeinschaftsgründung, die seit 1998 relativ regelmäßig von Kommunen aus dem Kreis des Kommuja-Netzwerkes veranstaltet wird. Mehr als 320 Menschen trafen sich Pfingsten 2007 bei der Kommune Waltershausen. Seite 5

KOMMUNEN

Auf dem diesjährigen »Los Geht's« waren Menschen aus vielen Kommunen, um neue KommunardInnen für ihre Gruppe zu finden. Für die Vorstellung der geländeübergreifenden Kommune interessierten sich mehr als 30 Menschen. Mehr dazu in dem Bericht der Antifaschistischen Stadtkommune Berlin auf Seite 4.

FRIEDENSPREIS

Der 35-jährige US-Soldat Agustín Aguayo, von Oktober 2006 bis April 2007 im US-Militärgefängnis in Mannheim inhaftiert, erhält den Stuttgarter Friedenspreis 2007 durch »Die AnStifter«. Aguayo hatte seit 2004 vergeblich versucht, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Seite 11

RECHTSEXTREMISMUS

Es mag ein linkes Vorurteil sein, dass jemand, der sich gewerkschaftlich organisiert und auch mal an Streiks teilnimmt, kaum für eine rechtsextreme Einstellung anfällig sei. Das Buch, das nun unter dem Titel »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« erschienen ist, erläutert die Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer wissenschaftlichen Untersuchung, die im Zeitraum 2002 bis 2004 durchgeführt wurde. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Das Lösen zahlreicher Kundenprobleme erfordert die Bündelung verschiedenartiger Leistungen. Dabei steht die Zusammenführung ergänzender Kompetenzen im Vordergrund. Kooperatives Wirtschaften führt bei dieser Fragestellung zu besseren Ergebnissen, als herkömmliche Marktbearbeitung und hilft beim Aufbau neuer Ertragsfelder für kleine Unternehmen. Seite 13

www.contraste.org

BÜRGERBAHN STATT BÖRSENBAHN

RAUBZUG Bahnprivatisierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg galt die Eisenbahn weitgehend als »altes Eisen«. Die Zukunft gehörte dem Auto und dem Flugzeug. Vor allem dem Auto wurden sozialrevolutionäre Züge angedichtet, so sei man damit doch endlich »befreit vom Zwang der Fahrpläne«; man könne »zu jeder Zeit an jeden Ort fahren«. Als sich diese Art Freiheit zunehmend als die Freiheit entpuppte, sich von Stau zu Stau zu bewegen, als es 1973 eine erste »Ölkrise« gab, als die Umweltbewegung sich entwickelte und als die Städte zunehmend zu Autostädten mutierten, erlebte die Bahn erstmals ein Revival. Die Rede war davon, dass die Bahn ein »Unternehmen Zu(g)kunft« sei.

Noch Fragen? Der Stern über dem Stuttgarter Hauptbahnhof als Symbol für die Prioritäten der Verkehrspolitik...

von Winfried Wolf ● Die Bahnreform des Jahres 1994 knüpfte an dieser Vision an, drei Ziele wurden für sie ausgegeben:

Erstens. Eine Deutsche Bahn AG kostet die Steuerzahlenden weniger. Tatsächlich zahlen die Steuerzahlenden heute mit jährlich rund 13 Milliarden Euro deutlich mehr für den Schienenverkehr als 1993 – bei weitgehend gleichgebliebenen Verkehrsleistungen. Die DB AG wiederum, die im Januar 1994 schuldenfrei startete, ist bereits wieder mit 20 Milliarden Euro verschuldet.

Zweitens. Die neue Bahn sollte eine kundenfreundliche Bahn, ein »Serviceunternehmen« werden. Dies war verbunden mit herabsetzenden Formulierungen für die vorausgegangene Bahn als »Beamtenbahn«. Die Realität heute ist, dass die Deutsche Bahn AG bei Kundenbefragungen zu unterschiedlichen großen Unternehmen hinsichtlich der Servicequalität meist am schlechtesten abschneidet. In den 13 Jahren von 1994 bis 2006 wurden 5600 km des Streckennetzes abgebaut, rund 500 Bahnhöfe und mehrere Tausend Schalter geschlossen.

Drittens. Die neue Bahn sollte mehr Verkehr auf die Schiene bringen. Tatsächlich liegt die absolute Leistung im Schienenpersonenfernverkehr 2006 noch unter derjenigen des Jahres 1993. Im Güterverkehr liegt die Leistung leicht über derjenigen des Jahres 1993. Bei den Anteilen am Verkehrsmarkt gab es jedoch keine Gewinne. Nur im Nahverkehr gibt es absolute Steigerungen und Anteilsgewinne. Allerdings wurden hier die Subventionen rund verdoppelt. Gleichzeitig gibt es seit 2005/2006 Beschlüsse der Bundesregierung, diese Mittel deutlich zu kürzen – was auch zu einem Rückschlag in diesem einzigen, relativ erfolgreichen Segment des Schienenverkehrs führen wird.

Das Mantra Bahnreform hat ganz offensichtlich die mit ihm verbundenen Erwartungen nicht erfüllt. Das Verblüffende ist nun: Es wird keine Bilanz gezogen, *weshalb* die Bahnreform ihre Ziele nicht erreicht hat. Stattdessen wird ein neues Mantra ausgegeben. Dieses lautet: Bahnprivatisierung. Und rein zufällig werden diesem Projekt – dem sukzessiven Verkauf des 100prozentigen Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG – die gleichen Ziele verordnet, wie sie zuvor für die Bahnreform genannt wurden: die neue, teilprivatisierte Bahn soll für die Steuerzahlenden preiswerter werden, mit ihr soll die Bahn endlich kundennah operieren und schließlich soll dadurch mehr Verkehr auf die Schiene gebracht werden.

Eine Bahnprivatisierung stellt den größten Raubzug öffentlichen Eigentums und die größte Zerstörung öffentlicher Daseinsvorsorge der vergangenen eineinhalb Jahrhunderte dar. Gleichzeitig handelt es sich dabei um einen der wichtigsten Beiträge zur Klimaverschlechterung. Dies soll auf fünf Ebenen konkretisiert werden.

Bahnprivatisierung als Ausverkauf und kulturelle Enteignung

Die Eisenbahnen in Deutschland wurden in mehr als 170 Jahren von vier Generationen und vielen Millionen Menschen durch ihre physische Kraft und durch enorme öffentliche Mittel aufgebaut. Der Wert der 34.000 km Trassen, der 5.500 Bahnhöfe, der Zehntausende Waggons und der mehr als 2.000 Triebfahrzeuge ist kaum bezifferbar. Vorsichtige Berechnungen ergeben Werte von 150 bis 250 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung beabsichtigt mit dem Bahnprivatisierungsgesetz, die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum für einmalige Einnahmen in Höhe von 5 bis 15 Milliarden Euro aufzugeben.

Dieses Projekt stellt eine gewaltige Verschleuderung öffentlichen Eigentums zugunsten weniger privater Investoren dar. Gleichzeitig handelt es sich um eine kulturelle Enteignung: Die Eisenbahnen sind prägend für Regionen und Städte, ein großer Teil des Schienenverkehrs und der Schieneninfrastruktur wird verschwinden.

Bahnprivatisierung als Abbau der Daseinsvorsorge

Allgemein ist die aktuelle Phase des Kapitalismus von einem umfassenden Angriff auf das öffentliche Eigentum gekennzeichnet. Alle Formen des gesellschaftlichen Lebens sollen der direkten Kontrolle des privaten

Fortsetzung Schwerpunktthema auf Seite 7

D 8008

NACHFOLGEGENOSSENSCHAFT DER ÖKOBANK OHNE TRANSPARENZ

Was ist los bei OekoGeno?

Das Konzept »3B: Beteiligung, Beratung und Betreuung« wurde als neue Ausrichtung der Geschäftspolitik der ehemaligen Ökobank-Genossenschaft (siehe Kasten Seite 2) kreiert. Kurz darauf musste deren Erfinder Burghard Flieger im Sommer 2004 seinen Vorstandsposten räumen.

Von Dietmar Schwarz ● Zum verbliebenen, alteingesessenen Vorstand Bernd Steyer gesellten sich 2005 drei Neue. Eine von ihnen – Geschäftsführerin Yvonne Schlechtweg – ging bereits im Herbst 2005. Die einzige Nicht-Freiburgerin, Elisabeth Voß, warf 2006 ihr Vorstandsmandat hin und verschwand kurz darauf ebenfalls aus der Firma. Sie hatte für OekoGeno den Kongress »Solidarische Ökonomie« für November 2006 in Berlin vorbereitet, aus dem OekoGeno dann ausstieg und den Erfolg der attac-nahen »Bewegungsakademie« als Alleinveranstalter überließ.

Auch die groß angekündigte Ausweitung des Geschäfts der OekoGeno nach Berlin scheint mit ihrem Ausscheiden kommentarlos aufgegeben worden zu sein. Von den Neuen hat sich also nur Vorstand Urs Bürkle bisher gehalten, und damit wird OekoGeno wieder von zwei Männern geführt.

Das Beteiligungsgeschäft soll nun nicht die Genossenschaft machen, sondern ihre Tochterfirma OekoGeno GmbH. Deren Geschäftsführer Christian Heyner berichtete auf der Vertreterversammlung (VV) 2005 von fünf Beteiligungen. Bis zur VV 2006 war keine weitere hinzugekommen.

Und was tut die Genossenschaft selbst? Sie hat ein Ferienhaus in Schwerin erworben – pikanterweise vom damaligen Aufsichtsrat Bernd Grabs – obwohl eine entsprechende Änderung des Satzungszwecks der Genossenschaft auf der VV 2006 nicht zustande kam.

Der in der Mitgliederzeitung »Gutes Geld« 2005 groß angekündigte »OekoGeno-Sparbrief«, für den nach Aussage von Bernd Steyer auf der VV 2005 nur noch »letzte Abstimmungen« über die Zinssätze ausstanden, mutierte in »Gutes Geld« 2006 zur Vermittlung von Sparkonten bei der Bank für Sozialwirtschaft für 1,75% und 2,75% Zinsen.

Aber jetzt hat OekoGeno einen eigenen Solarfonds aufgelegt. Laut »Gutes Geld« vom Frühjahr 2007 waren 40% der Kommanditanteile gezeichnet. Wurde der Rest aus Genossenschaftseinlagen vorfinanziert? Erwartet wird gemäß Prospekt ein Zinssatz von 4%, der fließt aber nicht den Mitgliedern zu. Die haben mit dem Ende der Ökobank von ihrem guten Geld ein Drittel verloren. Die Zinsen finanzieren die laufenden Kosten, insbesondere die Gehälter der Vorstände. Diese müssen noch nachweisen, dass ihre Arbeit dem dient, was mit der Gründung der Ökobank beabsichtigt war: die Förderung von ökologischen Projekten, Frauenbetrieben und Selbstverwaltungswirtschaft.

Die Vermittlung von Versicherungen, wie sie der ehemalige Ökobanker Andreas Obergfäll nun bei OekoGeno anbietet, reicht dafür nicht aus. Weinpatenschaften, Rabatt für Zypernwanderungen oder verbilligte Biolebensmittel? Die Ökobank wurde für eine kollektive Verbesserung der Lebensumstände gegründet, nicht für individuellen Konsum.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der OekoGeno, der weltweit anerkannte Genossenschaftswissenschaftler Prof. Dr. Hans-H. Münkner, verriet auf der VV 2006, dass die Vorstände der OekoGeno für ein halbes Gehalt ganztags arbeiten sollen. Aber auch unter diesen Bedingungen ist es nicht egal, was sie tun. Und ob dies das richtige Signal ist in einer Zeit des Lohnabbaus und der Suche nach wirtschaftlichen Alternativen? Und das noch dazu von einer Genossenschaft?

Die gewohnte Transparenz der Ökobank wurde von OekoGeno mittlerweile vollständig aufgegeben. Weder finden sich Protokolle auf der Website, noch die Liste der gewählten Vertreter der Genossenschaft, noch Bilanzen. Die Ökobank entstand aus einer politischen Szene, viel Engagement und Geld wurde aufgebracht, um diese Bewegungsbank zu ermöglichen. Transparenz über die Resteverwertung steht den verbliebenen Mitgliedern, aber auch einer politischen Öffentlichkeit zu.●

Ticker Repression und Rechtsfälle

Gleich mehrfach: Verfassungsgericht zum Demonstrationsrecht

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hat das Bundesverfassungsgericht eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen. In der Sache hat es meist zwar Demonstrationsverbote verhängt oder diese bestätigt, aber dabei die vorher geltenden als rechtswidrig bezeichnet. Von Bedeutung ist der Spruch des höchsten Gerichtes, dass sich Versammlungsbehörden, Polizei und Gerichte nicht als Versammlungsverhinderer aufspielen dürfen, sondern in der Hauptsache zu klären haben, ob bzw. wie eine Versammlung durchführbar (und eben nicht verhinderbar) ist. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind auf deren Seite (www.bverfg.de) zu lesen, etliche Kommentare finden sich auf den Seiten der G8-ProtestiererInnen und auf www.de.indymedia.org.

Fast zeitgleich ist ein Gießener Urteil aufgehoben worden, bei dem es auch um das Demonstrationsrecht ging. Am 11. Januar 2003 hatte der Innenminister eine ihm unangenehme Versammlung durch die Polizei zerschlagen lassen. Weder bestand dafür ein Grund noch wurde die Demonstration vorher aufgelöst, sondern sofort eine Gruppe mit Transparent attackiert und der Redner auf der Demonstration festgenommen. Weil sich dieser gewehrt haben sollte, wurde er zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt – ohne Bewährung. Staatsanwaltschaft und die Gerichte aller Instanzen befanden den Angriff auf die Versammlung als rechtmäßig. Das Verfassungsgericht wischte diese Wertungen vom Tisch. Alles sei von Anfang an rechtswidrig gewesen. Da die Rechtsfehler sehr auffällig waren, ist kaum anzunehmen, dass Staatsanwälte, RichterInnen und Innenminister das nicht wussten. Sie verurteilen im Wissen, rechtswidrig zu handeln. Mehr über www.projektwerkstatt.de/prozess.

Gewahrsam muss sofort gerichtlich bestätigt werden

Das Landgericht Rostock hat am 3. Juni 2006 in einem Urteil festgestellt, dass ein Gewahrsam, bei dem nicht sofort eine richterliche Vorführung erfolgt ist, auch nicht durch eine spätere hinterher rechtmäßig werden kann. Das heißt, wenn die Vorführung verschleppt wurde (meist durch die Polizei), so ist die Inhaftierung während der Verschleppung und auch danach rechtswidrig. Ein rechtmäßiger Gewahrsam kann nicht aus einem unrechtmäßigen entstehen. Zitat aus dem Urteil: »Im vorliegenden Fall ist nach der Dokumentation die Festnahme am 02.06.2007 um 19.05 Uhr erfolgt und die Zuführung zur Gefangenensammelstelle um 20.50 Uhr (die Kammer geht davon aus, dass die entsprechende Angabe auf dem Kurzbericht Bl. 7 d. A. neben der GESA-Nr. die Aufnahmezeit in der GESA dokumentieren soll). Die Durchsuchung des Betroffenen ist ausweislich des Durchsuchungsprotokolls vom 02.06.2007 (Bl. 12 d. A.) um 21.11 Uhr durchgeführt worden. Nach der Aufnahme in der GESA und der Durchführung der Durchsuchung hätte anschließend die Vorführung des Betroffenen vor den zuständigen Richter zur Herbeiführung einer Fortdauerentscheidung veranlasst werden müssen. Tatsächlich ist der Betroffene jedoch Stunden später, nämlich am Folgetage, dem 03.06.2007 um 04.39 Uhr dem Richter vorgeführt worden, ohne dass sich den Akten entnehmen ließe, dass diese Verzögerung aus sachlichen Gründen gerechtfertigt ist. Da somit nach der Dokumentation nicht festgestellt werden kann, dass die Vorführung des Betroffenen vor den Richter unverzüglich erfolgt ist, konnte die Ingewahrsamnahme nicht aufrecht erhalten bleiben.«

Feldbefreiungen

Die zweite Instanz (Landgericht) hat die Verurteilung der beiden FeldbefreierInnen (Badingen im Juli 2006) bestätigt. Im Plädoyer des Staatsanwalts und in der Urteilsbegründung des Richters hoben beide vor allem darauf ab, dass das Demonstrationsrecht ein hohes Rechtsgut ist, dem aber Grenzen gesetzt sind. Sitzblockaden seien gerade noch erlaubt, Sachbeschädigungen aber nicht. Mit der Argumentation des rechtfertigenden Notstandes setzten sich beide nicht ernsthaft auseinander. Entsprechende Beweisanträge wurden einfach abgelehnt.
www.gendreck-weg.de●

Jörg Bergstedt

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Ökobank eG

Die Ökobank eG war eine Genossenschaftsbank, deren Initiatoren sich aus der Nachrüstungsdebatte der 1980er Jahre und der aufkeimenden Umweltbewegung im Rahmen der Auseinandersetzung um Alternative Ökonomie rekrutierten. Nach einer großangelegten Aktion zur Zeichnung von Genossenschaftsanteilen u.a. auch in CONTRASTE wurde sie am 2. Mai 1988 in Frankfurt am Main gegründet. Mit der Gründung der Bank trennten sich die Wege von CONTRASTE und Ökobank eG. CONTRASTE wurde bis zur Gründung auch an alle Mitglieder des Gründungsvereins »Freunde und Förderer der Ökobank e.V.« verschickt. Mit der Herausgabe einer eigenen, unkritischen Kundenzeitschrift entledigte sich die Ökobank eG, dem Anspruch der CONTRASTE, die Bank weiterhin kritisch zu begleiten. Damals verlor CONTRASTE auf einen Schlag mehr als 2.000 LeserInnen.

Ziele der Ökobank eG waren die Bereitstellung von Finanzmitteln für die damals aufkommenden Ökobetriebe und der Selbstverwaltungswirtschaft, da diese zu jener Zeit noch nicht von traditionellen Banken unterstützt wurden, sowie die Entwicklungsförderung in der so genannten Dritten Welt. Mit ihrer Gründung waren Visionen von einem »alternativen Wirtschaftskreislauf« verbunden, dem damit auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Ingangsetzung zugeführt werden sollten.

Im Jahre 2000 geriet die Ökobank wegen Kreditrisiken in eine Schieflage. Die Ökobank hatte zu dieser Zeit ein Bilanzvolumen von 380 Mio. DM und 24.000 Mitglieder. Die Bank wurde Anfang 2003 von der anthroposophisch ausgerichteten GLS Gemeinschaftsbank eG übernommen.

Die abgewerteten Geschäftsanteile der Ökobank eG wurden in neue Anteile an der Finanzdienstleistungsgenossenschaft Ökogeno eG umgewandelt.●

Links
www.oekogeno.de
Geschichte der Ökobankbewegung aus eigener Sicht
Ökobank am Ende? - Kritische Artikelserie aus der Zeitschrift CONTRASTE (2001):
www.contraste.org/oekobank.htm
www.contraste.org/oekobank1.htm
www.contraste.org/oekobank2.htm
www.contraste.org/we_are_the_hereos.htm

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

3. WORKSHOP DER ARCHIVE VON UNTEN IN BERLIN

Gegen Eingriff in die Informationsfreiheit

Am 14. und 15. Juni 2007 trafen sich 23 freie Archive aus der ganzen Bundesrepublik in Berlin zu ihrem dritten Workshop. Neben dem Erfahrungsaustausch beschäftigte sich das Netzwerk mit archivfachlichen Herausforderungen im elektronischen Zeitalter. Die TeilnehmerInnen der Treffen kommen aus Archiven der Frauen- und Friedensbewegung, der Ökologie-, Alternativ- und Jugendbewegung, von Bürgerrechts- und Umweltgruppen der ehemaligen DDR sowie aus dem Bereich der Geschichtswerkstätten. Als unabhängige Archive leisten sie einen Beitrag zum Erhalt von Überlieferungen und Kulturgut der Gegenöffentlichkeit.

Ihr Sammlungsauftrag basiert auf dem Vertrauen der MaterialgeberInnen. Zwei Archive aus diesem Netzwerk (Umbruch Bildarchiv e.V., Videowerkstatt Autofocus e.V.) wurden am 9. Mai 2007 bei der großangelegten Aktion des Bundeskriminalamts (BKA) im Vorfeld der G8-Proteste durchsucht und massiv geschädigt. Interviews und Dokumentationen, umfassendes Bild- und Video-Material, zum Beispiel zu »Autonomen« und Flüchtlingsbewegungen, wurden beschlagnahmt.

Das Netzwerk protestiert entschieden gegen diesen Eingriff in die Informationsfreiheit und gegen die Behinderung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit dieser Archive!

Wir fordern, dass die vom BKA kopierten elektronischen Materialien unverzüglich gelöscht werden. Wir bestehen darauf, dass Archive und Dokumentationsstellen als geschützte Orte unangetastet bleiben und für die öffentliche Nutzung ungestört zur Verfügung stehen.●

(Presseerklärung, Berlin, den 21. Juni 2007)

Archiv für alternatives Schrifttum, Afas, Duisburg
Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum, FFBIZ, Berlin
Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin
Kreuzbergmuseum, Berlin
Verein zur Förderung von Forschung zur politischen Sozialisation und Partizipation, POSOPA, Neu-Zittau
Archiv soziale Bewegungen, Freiburg
Eco-Archiv, Hofgeismar
Spinnboden-Lesbenarchiv, Berlin
Archiv der Sozialen Bewegungen, Bremen
Archiv der Jugendkulturen, Berlin
Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg
Schwules Archiv, Universität Bielefeld
Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel
Papiertiger, Archiv & Bibliothek für soziale Bewegungen, Berlin
Archiv Aktiv, Hamburg
Hans-Litten-Archiv, Göttingen
Lila Archiv, Berlin
Thüringer Archiv für Zeitgeschichte »Matthias Domaschk«, Jena
Archiv3, Berlin
Belladonna, Bremen
Umbruch Bildarchiv, Berlin
Videowerkstatt Autofocus, Berlin
DOMiT, Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland
Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin

Redaktionelle Anmerkung: Siehe auch die Presseerklärung des Hamburger Archiv der sozialen Bewegungen unter http://asb.nadir.org/index.php, dass auch von der Durchsuchungswelle betroffen war.

AKTION 2007

Redaktion Heidelberg ● Im Monat Juni haben wir zwei Umstellungen vom Normalabo auf die Fördermitgliedschaft zu verzeichnen:
● Juliane Lehmann, Oftersheim (65 EUR)
● Hans Wieser, Klagenfurth (70 EUR)
Diese erhöhen unsere jährlichen Einnahmen um 39 EUR. Auf unserem Spendenkonto gingen zwei weitere Spenden ein:
● Maik Schrumpff, Naumburg (9,50 EUR)
● Kai Böhne, Göttingen (15 EUR)
Ein unverhoffter Anzeigenauftrag in der Juniausgabe brachte uns zusätzliche Einnahmen in Höhe von 457 EUR, so dass das Zeitungsprojekt in diesem Jahr für die zu erwartende Deckungslücke noch 3.961 EUR benötigt.

Es gab drei Neuabos und keine Abokündigung. Das Ziel der Abokampagne liegt nun bei 148+ Abos.

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift, denn Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt!

Wir hoffen auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bei Spenden über 100 EUR bitte den Wunsch nach einer Spendenquittung angeben, bis 100 EUR genügt der Einzahlungsbeleg als Nachweis). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2007

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 3.961 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 148+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Fred Alpi: Se reponser ou être libre

Der in den 60er Jahren in Schweden geborene und zur Zeit in Frankreich lebende Fred Alpi ist ein vielseitiger Musiker. Sein musikalischer Werdegang liest sich wie ein Streifzug durch die moderne Musikwelt – von Industrialsound (bei der Band »Sprung aus den Wolken«), über Punkrock bis hin zu Chansons reichen seine Projekte, in denen er bislang aktiv war.

Momentan wandelt er auf Solopfaden, wenn er nicht gerade als zweiter Gitarrist die der französischen CNT nahestehenden Streetpunkcombo *Brigada Flores Magon* unterstützt. Auf seinem aktuellen Soloalbum »Se reponser ou être libre« präsentiert er – unterstützt im Gegensatz zu seinen Vorgängeralben lediglich von dem Blues-Gitarristen Gilles Fergeant – einen sehr rockigen, z.T. mit Blues-Elementen versetzten Chansons-Stil. In welcher Tradition er sich dabei verortet ist unübersehbar – dem bekannten schwedischen Liedermacher und Wobbly-Organizer Joe Hill hat er einen Chanson (»Chanson pour Joe Hill«) gewidmet, den er sowohl auf schwedisch als auch auf französisch auf dem Album zum Besten gibt.

Ebenso wie dessen sind Alpis Lieder häufig gesellschaftskritischer Natur. In einer beigefügten Videodatei erklärt er freimütig, dass die Liebe und der Anarchismus die Quellen seiner Musik sein. Seine Texte kreisen sich um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse (»Le sang des autres«), den Reformismus der Sozialdemokratie (»Jean-François B., socialdémocrate«) und Militärkritik (»Soldat de la vielle Légion«). Im ganzen ist er vielleicht m.E. mit TV Smith von der britischen Punklegende The Adverts vergleichbar, der ebenso seit ein paar Jahren in Singer-Songwriter-Tradition aktiv ist.

Die Texte Alpis sind sehr persönlich gehalten; sie sind eine interessante Mischung aus Zorn und Sensibilität, die sich in einem zähneknirschenden Humor Ausdruck verschafft. Textlich erreicht Fred Alpi zwar nicht die Qualitäten eines Georges Brassens, den er als sein Vorbild bezeichnet, aber dennoch ist sein aktuelles Album durch und durch hörenswert. Das Album »Se reponser ou être libre« ist wie die beiden Vorgängeralben – »Ici & Maintenant« (2000) und »Les Chiens mangent les Chiens« (2003) – bei seinem eigenen, 1999 gegründeten Label Nidstång erschienen und wird in Deutschland über FAU-MAT (www.fau.org/faumat/) vertrieben. Im September wird Fred Alpi auf Einladung der FAU eine Deutschland-Tour machen. Die Termine werden rechtzeitig auf seiner eigenen, mit vielen mp3-bestückten Homepage (www.fredalpi.de) bzw. in der Zeitschrift »Direkte Aktion« angekündigt werden.●

DJ Chaoz

VOLLER ERFOLG FÜR DIE GLOBALISIERUNGSKRITISCHE BEWEGUNG

G8: Das war der Gipfel

Für die globalisierungskritische Bewegung war es ein voller Erfolg: Zehntausenden Menschen gelang es, den Gipfel der Gruppe der Acht, der vom 6. bis zum 8. Juni in Heiligendamm stattfand, praktisch zu delegitimieren. Trotz massiver Polizeirepression, Einschränkungen von Grundrechten und des Einsatzes von mehr als 16.000 PolizistInnen schafften sie es in einem Zusammenspiel verschiedener Aktionsformen, die Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm zu blockieren und so den reibungslosen Ablauf des Treffens zu stören. Die Tage zuvor waren geprägt von Aktionen zu den Themen Landwirtschaft, Migration und Krieg. Auf einem Gegengipfel wurde während der Gipfelzeit über Alternativen zur G8-Politik debattiert.
Am Freitag, dem offiziellen Ende des Gipfels, schallten dann Sprechchöre durch die Rostocker Innenstadt, die die Gipfelproteste als einen Sieg feierten.

indymedia ● Auf der anderen Seite des 12-Millionen-Zauns, hinter dem sich die Regierungschefs einiger der wirtschaftlich und militärisch stärksten Länder des Nordens verschanzten, passierte wie erwartet nicht viel. Die Präsidenten verkauften ihre Lippenbekenntnisse als großen Erfolg, während sie ihre Politik fortführen, die für die Mehrheit der Menschheit ein unerträgliches Leben bedeutet und den Planeten in eine Klimakatastrophe treibt.

Foto: indymedia

Am Ende blieben – wie erwartet – nichts als Phrasen, Absichtserklärungen und leere Versprechungen übrig. So will man nun tatsächlich die Halbierung der CO_2-Emissionen bis 2050 »ernsthaft in Betracht ziehen«.

Kriminalisierung des Widerstandes

Schon einen Monat bevor die Proteste um Heiligendamm begannen, erlangte das Thema eine enorme Medienpräsenz: Am 9. Mai durchsuchte die Bundesanwaltschaft auf Grundlage eines Konstruktes mit ca. 1.000 PolizeibeamtInnen bundesweit 40 linke Projekte, Wohnungen und Arbeitsplätze (siehe auch CONTRASTE Nr. 273). Als Vorwand wurde der Verdacht auf die Gründung einer terroristischen Vereinigung nach §129a angeführt, die angeblich den Ablauf des G8-Gipfels in Heiligendamm mit einer »militanten Kampagne« stören wolle. Der Durchsuchungsbeschluss benannte namentlich 18 Verdächtige, Festnahmen aber gab es keine.

Die Ziele der Aktion offenbarten sich schnell: Durch die Durchsuchungen sollte der Stand der Vorbereitungen für die Gipfelproteste erfasst und diese kriminalisiert werden. Es zeigte sich ein weiteres Mal, wofür der §129 geschaffen wurde: Es ging nicht um die Aufklärung von Straftaten, sondern um die Durchleuchtung und Kriminalisierung von allem, was sich gegen die Herrschende Ordnung bewegt. Doch ging der Schuss nach hinten los. Bundesweit und international schweißte die versuchte Kriminalisierung die Linke zusammen, machte auf die Gegenaktivitäten zum G8 aufmerksam und wirkte mobilisierend. Noch am selben Tag demonstrierten zehntausende in ganz Deutschland gegen die repressiven Maßnahmen, es kam zu zahlreichen Solidaritätsaktionen weltweit. Auch wurde das Vorgehen der Behörden sowohl in Deutschland als auch international kritisiert.

Proteste beim ASEM-Gipfel in Hamburg

Schon in den Wochen vor dem Gipfel bezogen sich viele Aktionen auf diesen. Auch die Proteste gegen das siebte Asien-Europa Treffen (ASEM) in Hamburg wurden in diesen Kontext gestellt. Mindestens 5.000 Menschen versammelten sich am Pfingstmontag (28. Mai), um ihren Widerspruch zum Treffen der Herrschenden zu zeigen. Dabei übertraf das Polizeiaufgebot fast die Zahl der DemonstrantInnen, die Demo lief in einem mehrreihigen Spalier der Polizei, wurde mehrmals gestoppt und provoziert. Deshalb entschieden sich die OrganisatorInnen die Demo zu beenden und die Menschen zestreuten sich. Ein grosser Teil der Demo wurde jedoch gekesselt, andere bis ins Schantzenviertel gejagt. Wassserwerfer, Pfefferspray und Knüppel wurden eingesetzt. Im Laufe des Tages gab es mindestens 86 Festnahmen. Gegen diese Massenfestnahmen fand am folgenden Dienstag (29. Mai) eine Demo statt.

Freitag: Bombodrom neu besiedelt

Schon vor der Auftaktdemo am Samstag fand am 1. Juni eine Aktion in der Region statt, die für zehn Tage zum Schauplatz diverser Aktionen im Rahmen der Gipfelproteste werden sollte. Etwa 700 AntikriegsaktivistInnen »besiedelten« unter dem Motto »Jedes Ziel ist ein Zuhause – Afghanistan-Einsatz beenden« den Bombenabwurfplatz Kyritz-Ruppiner Heide und demonstrierten so ihre Ablehnung gegen die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegspolitik der Bundesregierung.

Die Bundeswehr möchte das 40 Jahre von der Sowjetarmee als Bombodrom genutzte Gelände seit 1992 wieder als Luft-Boden-Schießplatz nutzen, um die Bombardierung von Zielen zu üben. Es steht damit in direktem Zusammenhang mit den Kriegen, die das postfaschistische Deutschland seit 1999 wieder in der ganzen Welt führt. Bisher ist es der Bevölkerung gelungen zu verhindern, dass die Bundeswehr das ehemalige sowjetische Bombodrom für ihre Kriegsübungen nutzen kann.

Unter den TeilnehmerInnen befanden sich viele Menschen aus ganz Europa, die an den Euromärschen und den Fahrradkarawanen teilnahmen. Die AktivistInnen blieben über Nacht auf dem Truppenübungsplatz, um dann am Samstag nach Rostock zur Demonstration weiterzufahren.

Samstag: 80.000 gegen 8

Am 2. Juni setzten dann zehntausende Menschen den Gipfelprotesten einen fulminanten Auftakt. Etwa 80.000 demonstrierten in zwei Demozügen durch die Rostocker Innenstadt, um sich schließlich am Stadthafen zu einer gemeinsamen Abschlusskundgebung zu treffen. Die Demonstration war von einem breiten Bündnis organisiert worden, dass von kirchlichen Organisationen bis zur radikalen Linken reichte. Dies spiegelte sich an dem Tag wieder: In verschiedenen Blöcken versammelten sich verschiedene Spektren, es wurden diverse Inhalte thematisiert. Dabei reichte die Bandbreite von Forderungen an die G8 bis zur radikalen Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

In der Demo befanden sich auch einige tausend Menschen, die in den Blöcken der Interventionistischen Linken (IL) und des »Ums Ganze«-Bündnisses schwarz vermummt liefen. Am Rande der Demonstration gingen die Schaufenster einer Sparkasse und eines Supermarktes zu Bruch. Zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es aber vorerst nicht. Als die Demonstration am Platz der Abschlusskundgebung ankam, der von den Kameras der großen Medien von Hebebühnen aus überblickt wurde, traf sie auf einen Polizeibus, der einsam geparkt direkt an der Demo wartete. Nachdem dieser von DemonstrantInnen entglast wurde, griffen Einsatzhundertschaften brutal den Zug an und prügelten wahllos auf die TeilnehmerInnen des Blockes ein. Vor allem am Lautsprecherwagen der IL wurden zahlreiche Menschen blutig geschlagen, die versuchten diesen zu schützen. Daraufhin eskalierte die Situation und es kam zu stundenlangen Straßenschlachten mit der Polizei, in deren Verlauf ein Auto angezündet wurde.

Foto: indymedia

Die Polizei ging rabiat gegen die DemonstrantInnen vor und trieb die Menge mit Wasserwerfern auseinander. Dabei reichte sie sehr nah an die Menschen, die der Abschlusskundgebung lauschten. Im Gegenzug hagelte es immer wieder Steine und Flaschen auf die Einsatzkräfte. Teilweise wurden von den Geschossen auch TeilnehmerInnen der Demonstration getroffen. Es kam zu vielen Festnahmen und Verletzten. Die von der Polizei veröffentlichten Zahlen von über 400 (teilweise Schwer-) Verletzten, die die Berichterstattung über die Ausschreitungen Tagelang dominierten, stellten sich im Nachhinein jedoch als manipuliert heraus.

Später tauchte ein Video auf, das eine durch Zivilpolizisten inszenierte Festnahme zeigt. Dies und die Tatsache, dass ein Polizeiauto direkt an der Demonstration geparkt wurde, deutet darauf hin, dass von Seiten der Polizei eine Eskalation gewollt war, wenn sie nicht sogar bewusst provoziert wurde. Auch bei den Blockaden Mitte der Woche wurden Zivilpolizisten enttarnt, die als Agents Provocateurs agierten.

Samstag: Demoverbote für Nazis und Antifa in Schwerin

Auch die Faschisten wollten auf den Zug der Globalisierungskritik aufspringen und am 2. Juni in Schwerin demonstrieren, jedoch wurde ihre Demonstration verboten. Ebenso wurde die Gegenveranstaltung von AntifaschistInnen mit der Begründung verboten, dass mit gewalttätigen Zusammenstößen zu rechnen gewesen sei, falls es zu den Demonstrationen gekommen wäre.

Nichtsdestotrotz versammelten sich um die 150 Menschen am Schweriner Bahnhof, um gegen die Nazis zu demonstrieren. Andere wurden schon bei der Anreise durch Platzverweise gehindert, in die Stadt zu kommen. Die Polizei kesselte schließlich die 150 Antifas ein und nahm sie komplett in Gewahrsam.

Sonntag: Aktionstag Landwirtschaft

Die Tage nach der Auftaktdemonstration am Samstag waren geprägt von Aktionen zu verschiedenen Themenbereichen. Am Sonntag stand die Landwirtschaft im globalen Kontext im Mittelpunkt der Aktionen. Sie richteten sich gegen die Fischerei- und Landwirtschaftspolitik der G8 und gegen den katastrophalen Zustand der globalen Agrarwirtschaft. Dieser vergrößert den Hunger in der Welt und die G8-Staaten sowie die dort ansässigen Konzerne tragen die größte Verantwortung dafür. Auch wurde die wachsende Existenz von genmanipulierten Lebensmitteln und der unfaire globale Lebensmittelhandel behandelt. Organisiert wurde dieser Aktionstag vor allem vom »Aktionsnetzwerk G8 und Globale Landwirtschaft«.

Nach den Ausschreitungen vom Samstag war der Tag geprägt von massiven Polizeikontrollen. Mindestens ein Aktivist wurde festgenommen, der angeblich auf der Demonstration des Aktionstages identifiziert worden sein soll.

Montag: Anhaltende Repression bei Migrationsaktionstag

Am Montag erreichte die Einschränkung von Grundrechten ein neues Niveau. De facto wurde die große Demonstration des Tages verboten, indem sie stundenlang aufgehalten und schließlich komplett am weitergehen gehindert wurde. Die Polizei begründete ihr Vorgehen mit der Lüge, in der Demonstration befänden sich 2.000 Vermummte des ominösen »schwarzen Blocks«. Die Demonstration war jedoch von Anfang an auf völlige Deeskalation ausgelegt, da sich auf Grund des Themas viele Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus befanden. Selbst der während der Demonstration entmachtete Einsatzleiter bestätigte im Nachhinein, dass sich keine Vermummten in der Demonstration befanden und keinerlei Straftaten begangen wurden. Die großen Medien übernahmen aber weitgehend die Lüge der Polizei. Anscheinend scheint die Thematisierung von Migration und Rassismus ein Reizthema zu sein, diente sie doch auch schon

Foto: indymedia

Fortsetzung auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 3

bei den Razzien Anfang Mai als eine der Begründungen.

Trotz der Polizeischikanen fanden am Montag aber dennoch verschiedene Aktionen statt, um auf den Zusammenhang von kapitalistischer Globalisierung und Migration sowie die rassistische Politik der G8-Staaten hinzuweisen. Am morgen blockierten über 2.000 Menschen die Ausländerbehörde in der Werftstraße in Rostock, danach demonstrierten einige hundert vor einer LIDL-Filiale im Stadtteil Lütten Klein und einige tausend am Sonnenblumenhaus, dem Ort der rassistischen Pogrome von 1992.

Dienstag: Gegen Militarismus und Krieg

Am Dienstag stand im Zeichen der Proteste gegen Militarisierung und Krieg. Er begann mit einer Kundgebung vor einer Waffenfabrik des Rüstungskonzerns EADS in Warnemünde und setzte sich fort mit einer Demonstration durch Warnemünde und fand seinen Abschluss am späten Abend bei den Protesten gegen die Ankunft des US-Präsidenten G.W. Bush am Flughafen in Rostock-Laage. Daneben gab es vielfältige Aktionen rund um das Thema Krieg und Militarismus. So demonstrierten etwa 500 Menschen mit einer Kundgebung gegen die Firma Caterpillar, die an den Zerstörungen von Dörfern, Häusern und von Infrastruktur in Palästina Geld verdient. Caterpillar profitiert direkt vom Einsatz ihrer Maschinen durch die israelische Armee und ist der weltweit größte Hersteller von Baumaschinen.

Die Polizei setzte auch am Dienstag ihre Strategie der Provokation und Schikane fort. Viele Kontrollen, schwerwiegende Einschränkungen und willkürliche Festnahmen schränkten wieder die Demonstrationsfreiheit drastisch ein.

Dienstag bis Donnerstag: Alternativgipfel

Von Dienstag bis Donnerstag (5.-7. Juni) fand der G8 Alternativgipfel (g8 alternative summit) in Rostock statt. Die über 120 Workshops und Podien wurden von rund 40 unterschiedlichen Organisationen initiiert, etwa Gruppen wie Attac, der IG Metall, Pro Asyl, Via Campesina und vielen christlichen Initiativen wie dem Evangelischen Entwicklungsdienst. Laut den OrganisatorInnen gab es in Deutschland noch nie ein solch breites Bündnis für eine vergleichbare Veranstaltung. Auf dem Alternativgipfel wurden über 120 Workshops unter anderem zu den Themengebieten »Globale Gerechtigkeit«, »Umwelt, Klima und Energie«, »Krieg und Militarisierung« und »Migration und Rassismus« angeboten. Damit sollte dem parallel stattfindenden G8-Gipfel inhaltlich fundierte Kritik entgegengesetzt werden.

Gekommen waren außer rund 2.000 TeilnehmerInnen auch viele internationale globalisierungskritische Prominenz wie Walden Bello von den Phillippinen, Susan George aus Frankreich und John Holloway aus Mexiko. Jean Ziegler sprach zum Auftakt, Vanadana Shiva zum Abschluss des Gegengipfels. Sie äußerten dabei grundlegende Kritik am herrschenden kapitalistischen Weltsystem.

Foto: indymedia

Mittwoch und Donnerstag: Erfolgreiche Blockade des Gipfels

In einem Akt massenhaften sozialen Ungehorsams gelang es in den folgenden Tagen zehntausenden Menschen, den Gipfel effektiv zu blockieren. Immer wieder war der Tagungsort Heiligendamm auf dem Landweg unerreichbar. Dies wurde durch ein Zusammenspiel verschiedener Aktionsformen erreicht. Während die Kampagne Block G8 es schaffte, die östliche und die südliche Zufahrtsstraße zu besetzten, sorgte ein dezentrales Konzept im Westen dafür, dass es kein Durchkommen gab. Dort wurde mehrfach die Zufahrt zum Westtor blockiert und auch der Molly-Zug, der Journalisten von Kühlungsborn nach Heiligendamm bringen sollte, kam lange Zeit nicht durch. Parallel errichteten Kleingruppen an zahlreichen Orten Barrikaden und es gelang vielen, bis an den Sicherheitszaun vorzudringen. Auch die Blockade des Flughafens Rostock-Laage, auf dem die Regierungschefs landeten, band Kräfte der Polizei und trug so zum Erfolg bei.

Das Konzept des sozialen Ungehorsams, das darauf angelegt war, die Polizeiketten zu »durchfließen«, um zu den Blockadepunkten in der erweiterten Demoverbotszone zu gelangen wurde von den Medien wohlwollend aufgenommen und genutzt, um die »bösen« Autonomen von den »guten«, »friedlichen« DemonstrantInnen abzugrenzen. Dabei wird das Zusammenspiel gewaltfreier und militanter Aktionen verschwiegen. Die Polizeigewalt gegen die BlockiererInnen wird aber mit der herbeigedichteten Anwesenheit von »Gewalttätern« gerechtfertigt.

Doch war der Weg zu den Blockaden nicht immer ein Zuckerschlecken. Bei der zeitweisen Blockade einer Straße bei Rethwisch gingen z.B. USK-Einheiten aus Bayern brutal gegen die DemonstrantInnen vor und räumten sie unter massivem Knüppel- und Wasserwerfereinsatz von der Straße. Auch bei der Räumung von Blockaden kam es zu Verletzungen, so wurden zwei Demonstranten am Westtor durch den Einsatz von Wasserwerfern schwer verletzt und viele leicht.

Freitag: Triumphzug nach Rostock

Für Freitagmorgen, dem offiziellen Ende des G8-Gipfels, beschlossen die AktivistInnen ihre Blockaden bei Börgerende und an der Galopprennbahn aufzugeben und zur Abschlusskundgebung am Rostocker Stadthafen zu ziehen. Dafür zogen sie in Demonstrationszügen in Richtung Bad Doberan los, wo sie sich jubelnd vereinigten und dann gemeinsam nach Rostock fuhren. Am Bahnhof erwarteten sie dann Berliner Prügelbullen, die die Taschen der Menge kontrollieren wollten, was zu Auseinandersetzungen führte. Auf dem Bahnhofsvorplatz wurden dann selektiv Menschen festgenommen, die die Polizei als Steineschmeißer von Samstag zu erkennen glaubte. Trotzdem zog danach eine kraftvolle, spontan angemeldete Demo durch die rostocker Innenstadt, um von einer Pressemeute und jubelnden Menschen am Stadthafen empfangen zu werden.

Alternative Medien

Begleitet wurden die Gipfelproteste von zahlreichen alternativen Medien, die daran arbeiteten, eine andere Sicht auf die Geschehnisse zu vermitteln als die mit Lügen gespickte Version, die die Medienkonzerne vermitteln. In zwei zu Medienzentren umfunktionierten Schulen in Rostock und an zahlreichen dezentralen Informationspunkten verarbeiteten hunderte MedienaktivistInnen die Informationen, die von den AktivistInnen vor Ort kamen. Daraus entstanden Texte, Bilder, Videos und Radiosendungen, die frei verfügbar sind.

Fazit: Wir waren überall und wir haben gewonnen

Vermutlich haben nicht einmal die hunderte oder tausende OrganisatorInnen der Proteste daran geglaubt, aber die Gipfelproteste waren für die Linke und die globalisierungskritische Bewegung ein voller Erfolg. Der Gipfel wurde effektiv behindert und darüber Inhalte in den Diskurs getragen. Auf den Camps und auf Vernetzungstreffen wurden Kontakte geknüpft, die über den Gipfel hinaus wirken werden. Die Spaltung durch die medial massiv angeheizte Gewaltdebatte hat nicht oder nur teilweise funktioniert und es sind Bündnisse entstanden, die neue Perspektiven für die Zukunft aufweisen könne.●

DEMONSTRANTEN IN GEWAHRSAM UND BEI KONTROLLEN MISSHANDELT UND BEDROHT

»Geh, oder du erlebst den Tag nicht mehr!«

In den Tagen nach dem G8-Protest werden immer mehr Details von Polizeiübergriffen öffentlich. Betroffene schildern auf Internet-Portalen ihre Erlebnisberichte. Deutlich wird, dass Polizisten Gipfel-Kritiker in großem Umfang beschimpft, beleidigt, geschlagen und misshandelt haben.

Nach Bestätigung von Anwälten ist es bei Festnahmen häufig zu brutaler Gewaltanwendung gekommen. Polizisten weigerten sich, verletzte Demonstranten zu versorgen. Stattdessen wurden sie teilweise direkt in die Gefangenen-Sammelstellen gebracht.

Auf der Heimfahrt zum Camp Reddelich ist ein Fahrradkonvoi am 2. Juni regelrecht überfallen worden. Die 30 Radfahrer wurden mit einem gefährlichen Manöver auf der Bundesstraße 105 gestoppt. Aus fahrenden Polizeifahrzeugen wurden sie geschlagen und mit Reizgas besprüht.

Bei der Demonstration am 4. Juni zum Thema »Migration« wurden Teilnehmer durch die Polizei bedroht: »Wir werden uns für Samstag rächen, wenn Ihr hier weiter demonstriert«, »Wollt Ihr sterben?«, »Geh, oder du erlebst den heutigen Tag nicht mehr!«. Die Demonstration war angemeldet und nahm seitens der etwa 10.000 Demonstranten einen störungsfreien Verlauf. Polizeieinheiten versuchten wiederholt die Teilnehmer zu provozieren. Mehrmals wurde unangekündigt Pfefferspray eingesetzt.

Noch am Nachmittag verbreitet »Kavala« die Falschmeldung, es seien aus der Versammlung massiv Steine und Flaschen geworfen worden. Das Gegenteil wurde allerdings von zahlreich anwesenden Journalisten bestätigt.

Am 5. Juni wurde eine Mutter mit ihrem 3jährigen Kind in einem Shuttle-Bus zur Demonstration am Flughafen Laage verhaftet. Ihr wurde der absurde Vorwurf gemacht, sie hätte sich im Reisebus auf der Autobahn vermummt. Selbst das Kleinkind wurde in der Gefangenensammelstelle »erkennungsdienstlich behandelt«. Erst als der Kleine immer wieder den Kopf wegdreht, lassen die Beamten vom fotografieren ab.

Bei der 5. Polizeikontrolle auf dem Weg zum Flughafen wurde ein Auto von Demonstranten nach einer Durchsuchung von der Polizei manipuliert: Plötzlich fehlte die Sicherung der Einspritzpumpe, das Fahrzeug ließ sich nicht mehr starten. Währenddessen war die Gruppe von grinsenden Beamten umringt.

Wasserwerfer haben zum Teil bei Blockaden ohne Vorwarnung geschossen. Manche Demonstranten wurden von noch fahrenden Wasserwerfern von hinten niedergesprüht. Am 7. Juni hat der Einsatz am »West-Tor« bei Hinter Bollhagen zu mehreren Verletzungen, z.B. des Trommelfells geführt. Zwei Aktivisten wurden schwer am Auge verletzt, einer liegt noch immer im Krankenhaus. Aufnahmen zeigen die lachende Besatzung eines eingesetzten Wasserwerfers. Augenzeugen berichten, die Polizei hätte auf die üblichen 3 Warnungen verzichtet. Lediglich die umstehende Presse sei vom bevorstehenden Einsatz informiert worden. Trotz mehrfacher Aufforderung verwehrte die Polizei einen Zugang der Sanitäter zu den Verletzten.

Auch eine »Nackt-Demonstration« wurde mit Pfefferspray angegriffen. Der CS-Kampfstoff verteilte sich dabei über den ganzen Körper, was zu schweren Reizungen führte.

In der gesamten Stadt Rostock fanden massive Kontrollen statt. Personen wurden in Gewahrsam genommen weil sie z.B. Taschenmesser, G8-kritische Broschüren oder Halstücher mitführten. Bei einer der Kontrollen wurde Frauen in den Schritt gefasst und dabei anzügliche Geräusche gemacht. Auch nahe dem Camp Wichmannsdorf gab es sexistische Übergriffe. Eine Gruppe von Frauen musste sich am 5. Juni auf einem Parkplatz vor allen anwesenden Polizisten ausziehen.

Beim Transport gab es weitere Misshandlungen, schildert ein Betroffener: »Die Polizisten nahmen mir die eng einschneidenden Handschellen noch mal ab, um meinen Rucksack abnehmen zu können und drohten mit Schlägen, sollte ich mich bewegen. Zur Verdeutlichung rammte einer der Polizisten meinen Kopf mit Wucht gegen die Zellenwand. Als die Polizei mich und einen anderen Gefangenen schließlich in der Zelle ließ, wurden wir gewarnt, nicht miteinander zu sprechen, sonst würde er dafür sorgen, 'dass wir nie wieder sprechen können'«.

»In einem Fall ist eine Einheit in eine an der Haltestelle stehende Straßenbahn gestürmt, hat alle verprügelt, die schwarze Kleidungsstücke trugen und hat die Bahn sofort wieder verlassen«, schreibt der »Ermittlungsausschuss« nach einer Recherche am 4. Juni.

Viele Betroffene erhielten Platzverweise für Rostock und Bad Doberan. Häufig bekamen sie einen Vordruck ausgehändigt, auf dem die Zeilen »auf Widerspruch wurde verzichtet« und »rechtliches Gehör wurde gewährt« bereits angekreuzt waren. Eine Belehrung hat es in diesen Fällen nicht gegeben.●

Quellen:
Chronik von Übergriffen: http://gipfelsoli.org/
Bilanz Ermittlungsausschuß:
http://de.indymedia.org/ 2007/06/184501.shtml
Weitere Erfahrungsberichte:
http://gipfelsoli.org/Repression
Kommentare von Betroffenen:
http://de.indymedia.org/ 2007/06/184032.shtml
Pressemitteilungen des Anwaltsnotdienst/ Ermittlungsausschuss: http://gipfelsoli.org/Presse

Pressemitteilung 13. Juni 2007

Foto: indymedia

Kochkollektiv Rampenplan in Not

Block G8 und andere Aktionen um Heiligendamm waren ein großer Erfolg, der sicher weltweit ausstrahlen wird. Es zeigt sich wieder: Widerstand ist nicht umsonst! Leider kostet er aber auch Geld. Das Kochkollektiv Rampenplan ist in finanzielle Not geraten und bittet dringend um Spenden.

Das holländische Kochkollektiv Rampenplan kennen viele vielleicht schon vom Castor-Widerstand im Wendland. Sie sind eine der besten veganen Volksküchen in Europa, wahrscheinlich weltweit. Was sie aus den angekauften und gespendeten Lebensmitteln zaubern, ist immer wieder ein Genuss.

Beim Anti-G8-Protest haben die Köche und Köchinnen von Rampenplan verstärkt durch das Kochkollektiv Kokkerellen über eine Woche täglich bis zu 5.000 Essen im Camp Rostock ausgegeben. Zusätzlich haben sie während der zweitägigen Blockaden der Kampagne Block-G8 zusammen mit anderen Vokü's auch die verschiedenen Blockadepunkte mit Essen versorgt.

Die jetzt bei Rampenplan in Rostock aufgelaufenen Schulden sind existenzgefährdend. Nach Zeitungsmeldungen hat Rampenplan zur Zeit 30.000 Euro Schulden insbesondere bei Biobauern.

Wie wichtig gutes und leckeres Essen gerade bei Aktionen ist, wissen alle, die schon mal länger an Blockaden, Camps usw. teilgenommen haben!

Also, wenn ihr über regelmäßiges Einkommen verfügt, unterstützt Rampenplan bitte mit einer großzügigen Spende!

Spendenkonto: Gaarkeuken Den Troag
Konto-Nr.: 5402176018
Raiffeisenbank Selfkant (D) / BLZ 37069354

LOS GEHT'S 2007 MIT NEUEM SCHWERPUNKT – 320 KOMMUNEINTERESSIERTE TRAFEN SICH PFINGSTEN

Bestehende Kommunen stärken

Es hat inzwischen Tradition: Tolle Stimmung, leckeres Essen, nette Leute, massenweise Kinder, Musik, Meckereien und zumindest zum Schluss Sauwetter, nasse Zelte und Matsch. Das Los Geht's ist eine Veranstaltung zur Unterstützung von Gemeinschaftsgründung, die seit 1998 relativ regelmäßig von Kommunen aus dem Kreis des Kommuja-Netzwerkes veranstaltet wird. Begonnen wurde diese Pfingst-Tradition von der Kommune Niederkaufungen, das diesjährige Los Geht's wurde von der Kommune Niederkaufungen, der Kommune Waltershausen (KOWA), der Villa Lokomuna in Kassel und der Finkenburg bei der KOWA im thüringischen Waltershausen organisiert.

Stefani Ross und Uwe Ciesla ● »Im Jahr 2006 hatte es kein Los Geht's gegeben, weil uns ein wenig der Elan fehlte, immer wieder Neugründungen von Gemeinschaften anzuschieben, von denen viele nicht mal das Stadium der gemeinsamen Objektsuche überlebten.«, erzählt Stefani Ross vom Organisationsteam. Auf dem letzten Kommunetreffen in der Kommune Feuerland fand sich aber doch wieder eine Gruppe von Leuten, die bereit waren, ein Los Geht's zu organisieren. Die ersten Vorbereitungstreffen fanden im Herbst 2006 statt, und ziemlich schnell stellte sich heraus, dass alle Lust hatten, diesmal ein etwas anderes Los Geht's zu gestalten: Warum nicht den Schwerpunkt auf bereits bestehende Projekte legen, eine Veranstaltung also, auf der sich eine Vielzahl von Kommunen und Gemeinschaften präsentieren und sich mit ernsthaften InteressentInnen auseinandersetzen können.

Anfragen bei mehreren Projekten ergaben sehr viel Unterstützung für diesen Plan, vor allem auch deshalb, weil einige der Kommunen, die in der Vergangenheit an der Vorbereitung und Durchführung des Los Geht's beteiligt waren (Feuerland, KOWA, Kommune Niederkaufungen) und auch selbst Verstärkung suchen, sich immer nur ganz am Rande selbst beworben und daher auch nie direkten Nutzen aus dem Los Geht's gezogen hatten.

Plan war, auf einer Internetseite alle Projekte, die nach neuen MitkommunardInnen suchen, mit einer kurzen Selbstdarstellung zu Wort kommen zu lassen, so dass mögliche LG-BesucherInnen schon vorab abschätzen konnten, welche Projekte für sie interessant sein könnten. Diese Möglichkeit wurde von den Projekten allerdings nur zum Teil genutzt. Allerdings meldeten sich vierzehn Gemeinschaften zur Teilnahme an. Auf dem Los Geht's direkt stellten sich dann siebzehn Gruppen vor, von denen auf der Internetseite www.losgehts2007.de acht mit einer Selbstdarstellung oder einem Link auf ihre eigene Homepage verzeichnet sind.

Anmeldungen von Einzelpersonen trudelten zunächst spärlich, dann aber immer schneller ein, so dass am Ende mehr als 320 Menschen das Pfingstwochenende miteinander verbrachten. Beim ersten Plenum am Freitag Abend stellte sich heraus, dass eine größere Gruppe der TeilnehmerInnen die besondere Ausrichtung des Los Geht's wohl nicht erfahren, oder aber beschlossen hatte, dieses Forum trotzdem für Neugründungstreffen nutzen zu wollen. Nach anfänglichen Holprigkeiten ließen sich beide Absichten ganz gut miteinander vereinbaren. Insgesamt hatten alle Projekte drei Mal die Möglichkeit, sich in zweieinhalbstündigen Blocks vorzustellen, und viele der »AnbieterInnen« hatten sich besondere Formen der Selbstdarstellung und des Kennenlernens ausgedacht. Außerdem gab es für alle Teilnehmer einen Reader mit Selbstdarstellungen der Gruppen und in einem großen Raum hatten die beteiligten Gemeinschaften Infowände zu ihren Projekten gestaltet und eigene Flyer ausgelegt.

Eine Umfrage am Ende der Veranstaltung ergab, dass viele Projekte mit einer ganzen Liste von möglichen zukünftigen MitkommunardInnen nach Hause fuhren, und sehr zufrieden waren mit dem Treffen. In den nächsten Wochen und Monaten sind in vielen Gemeinschaften Kennenlernwochen und Besuchstermine für die Neuinteressierten vereinbart.

Nach den drei Vorstellungsblocks gab es am Montag Gelegenheit, Workshops anzubieten und daran teilzunehmen. Insgesamt gab es ein umfangreiches Angebot von 25 Workshops, Diskussionsrunden, Führungen. Themen waren zum Beispiel »Gemeinsame Ökonomie«, Theater, der Spannungsbogen Individuum-Gemeinschaft und viele mehr.

Nicht möglich wäre eine solche Veranstaltung ohne die Unterstützung von vielen Einzelpersonen und Gruppen, die unentgeltlich mitmachen wie die Band »Die Schnitter« aus Kassel, die mit einem tollen Konzert am Samstag Abend für ziemlich dampfige Stimmung im »Ballsaal« der KOWA sorgten oder die Kochcombo »Die Maulwürfe«, die mit viel Erfahrung und guter Laune dreimal am Tag leckeres veganes Essen bereitstellten, und innerhalb eines Haufens von Gemeinschaftssuchenden auch noch ein Beispiel waren, für tatsächlich funktionierende zeitweilige Gemeinschaft.

Foto: CONTRASTE

Eine weitere Vorraussetzung für das Los Geht's ist natürlich auch der Veranstaltungsort, für den nun schon zum dritten Mal die KOWA ihre Räume und ihr Gelände zur Verfügung gestellt hatte und dabei Unannehmlichkeiten wie platt getrampelte Rasen- und Gartenflächen, Inbeschlagnahme des Kopierers oder bis nachts um drei trommelnde Gäste in Kauf nehmen musste.

Nach ihrem Fazit des diesjährigen Los Geht's befragt anwortet Stefani Ross vom Organisationsteam: »Bei einigen Leuten scheint sich eine größere Erwartung an ein »serviertes« Rahmenprogramm zu entwickeln. Verbunden waren diese Wünsche teilweise mit der Erwartung, dies solle durch das Orga-Team geschehen. Geht natürlich auch, aber wohl nicht im Rahmen einer Veranstaltung, deren Preis immer an der untersten Machbarkeitsgrenze liegt. Auch die Verteilung und Erfüllung der Dienste (alle TeilnehmerInnen waren gebeten, sich für 2 Dienste einzutragen, also Gemüseschnippeln, Kinderbetreuung, Putzen, etc.) fand ich dieses Mal viel schwieriger als bei vorherigen Los Geht's. Keine Ahnung, ob es sich hier um den Wunsch nach mehr Versorgung statt Selbstorganisation handelt, auf jeden Fall wirft es für eine solche Veranstaltung Probleme auf, wenn daraus letzten Endes eine größeres Maß der Selbstausbeutung für die Engagierten erwächst...

Auf jeden Fall aber scheint es weiterhin einen großen Bedarf daran zu geben, andere Gemeinschaftsinteressierte zu treffen, auch wenn es inzwischen mehrere Veranstaltungen dieser Art gibt. Ob und wann es ein nächstes Los Geht's gibt, ist davon abhängig, ob sich wieder Kommunen finden, die bereit sind, Organisation und GastgeberInnenrolle zu tragen. Das wird sich wohl auf dem nächsten Treffen des Kommuja-Netzwerkes im August entscheiden und zu gegebener Zeit hier in der CONTRASTE veröffentlicht werden.«●

Anzeige

Gehen Sie nicht über Los...

sondern zum Los geht's in Waltershausen

...und ziehen Sie nicht 2.000,- ein. So oder so ähnlich haben wir uns gefühlt, als immer klarer wurde, dass sich nach einigen Jahren Kommune-Projekt unsere Ursprungsgruppe auflösen wird. Denn unsere ehemaligen MitstreiterInnen haben sich aus verschiedenen Gründen für den Schritt in die kleinere Einheit entschieden und den Hof schon verlassen bzw. haben dies zum Herbst 2007 vor. Wir restlichen (1m.,1w.,1 kind) sind nach vielem Nachdenken und mit großer Unterstützung aus dem Kommuja-Netzwerk zu dem Entschluss gekommen: Wir wollen einen Neuanfang wagen! – Nur wie sollten wir dazu die passenden Leute finden?!

Bettina Kruse ● Ein Objekt war ja vorhanden, dadurch die örtlichen Bedingungen auch schon vorgegeben. Und wir beide waren noch da, mit unseren Ideen wie wir Kommune gerne leben würden. Da kam es uns sehr gut gelegen, als wir hörten, dass das Los Geht's dieses Jahr einen anderen Schwerpunkt legen will: Nämlich bestehenden Kommunen die Gelegenheit zu geben sich auf dem Marktplatz darzustellen und in 3 Workshops neue MitkommunardInnen zu gewinnen. Wir haben das als unsere Chance gesehen und uns mit der Vorbereitung mächtig ins Zeug gelegt. Schließlich wollten wir ja nicht nur, dass Interessierte etwas über uns erfahren, sondern im besten Falle wollten wir ja genau die Leute finden, die ähnliche Ideen von Gemeinschaft haben wie wir. Außerdem sollte es kein »Laber-Workshop« werden – irgendwie was besonderes.

Der Zeitrahmen war von der Vorbereitungsgruppe vorgegeben: 2 1/2 Stunden Zeit, die Leute zu überzeugen und kennen zu lernen. Wir begannen also mit einem Kennen-Lern-Spiel, bei dem wir alle etwas zu verschiedenen Gegenständen wie z.B. Hammer, Kochlöffel, Geldstücke... sagen sollten: was uns dazu im Zusammenhang mit Kommune einfällt, was wir uns wünschen. Diese erste Runde war schon recht aufschlussreich und auch erstes Gelächter zeigte uns an, dass wir mit unserem Programm nicht ganz falsch lagen. (Natürlich waren wir sehr aufgeregt, ob so ein fast experimentelles Programm überhaupt ankommen würde.)

Danach ging's an's »Kommune-Barometer«: Wir hatten einige Aussagen vorbereitet, wie zum Beispiel »Ich fahre gerne Fahrrad« und ein großes + und ein großes – auf den Boden gelegt. Dann mussten wir uns alle bewegen: Stimme ich dem zu? (+) oder nicht? (-) Oft haben wir uns auf einer Seite geknubbelt, manches Mal waren wir aber auch quer verteilt und haben uns unsere Standpunkte angeschaut. So war für alle beteiligten sichtbar wo wir stehen – nur für die Frage nach dem Warum war in dieser Phase keine Zeit. Dafür hatten wir den »Heißen Stuhl« vorgesehen – wir haben uns allen Fragen gestellt, auch wenn sie manchmal etwas unangenehm waren. Nachdem wir uns nun alle ein wenig kennen gelernt hatten, kamen wir zum Finale.

Foto: CONTRASTE

Ein Rollenspiel: Wir leben alle zusammen seit einiger Zeit in der Kommune und befinden uns auf dem wöchentlichen Plenum um dort eine Aufgabe zu lösen. Eine sehr spannende Möglichkeit zu sehen, wie wir zusammen zu Entscheidungen kommen, wer wie viel spricht und so weiter. Naja, da gehört wohl auch viel Phantasie zu und teilweise waren wir auch zu müde, so dass dieser Teil nicht immer Begeisterung hervorgerufen hat. Insgesamt hatten wir viel Spaß miteinander und konnten ganz nebenbei noch feststellen, wer Lust auf einen spielerischen, experimentellen Umgang mit Methoden hat. Für uns war das Los Gehts in dieser Form total sinnvoll und erfolgreich. Wir rechnen jetzt zwar nicht mit einem großen Ansturm auf unseren Hof, so dass du, falls du jetzt neugierig auf uns geworden bist, dich gerne bei uns melden kannst. Jedoch sind wir mit einigen Menschen in weitere Gespräche gekommen, die uns den Sommer über besuchen werden. Mal sehen vielleicht finden wir uns so zu einer neuen Kommunegruppe zusammen und der Traum von der Kommune Hof Rossee wird neu gelebt. Übrigens, der erste neue Bewohner wird im Herbst seine Probezeit beginnen...●

Kontakt: kommune@hof-rossee.de

DIE IDEE EINER GELÄNDEÜBERGREIFENDEN KOMMUNE

Alles für alle und überall alles!

Meine Existenz nicht alleine bestreiten zu müssen, auch mal ohne eigenen Job über den nächsten Monat kommen, die alltäglichen Dinge gemeinsam mit anderen organisieren und dabei nicht auf kleinfamiliäre Verhältnisse zurückgreifen zu müssen ... Das alles verbinde ich mit gemeinsamer Ökonomie und denke, dass es mit Hilfe einer solchen auch noch weit über die Dreißig möglich sein wird, gesellschaftskritisch aktiv zu sein.

Franziska Roth, Antifaschistische Stadtkommune, Berlin ● Jedoch kann ich mir nicht vorstellen, mein Leben auf einen Ort und eine Gruppe festzulegen. Auch würde es mir schwer fallen, darauf zu vertrauen, dass eine einzelne Gruppe es alleine schafft, ökonomisch und sozial die Widrigkeiten des Lebens zu meistern. So entstand in unserer Kommunegründungsgruppe die Idee einer Kommune mit mehreren Gruppen und an verschiedenen Orten.

Vor etwas mehr als einem Jahr verschickten wir eine Einladung (siehe www.cyborgsociety.org) an alle möglichen Menschen, um mit anderen diese Idee weiterspinnen und in die Praxis umsetzen zu können. Inzwischen sind wir ein paar Gruppen in Berlin und Brandenburg, die sich auf den Weg hin zu einer geländeübergreifenden Kommune gemacht haben. Zwei davon, die antifaschistische Stadtkommune in Berlin und die Kommune Feuerland bei Brüssow haben auch schon begonnen nach Bedarf und ohne Tausch zu kooperieren: z.B. beim gemeinsamen Weihnachtsbaumverkauf, bei der Unterstützung des Mostereibetriebes der FeuerländerInnen mit Arbeitskraft, sowie bei der unentgeltlichen Stillung des Durstes nach Apfelsaft.

Beim diesjährigen Los Geht's waren Menschen aus Feuerland und Berlin, um neue KommunardInnen für ihre Gruppen zu finden. Die Vorstellung der geländeübergreifenden Kommune sollte eigentlich nur nebenbei stattfinden. Jedoch interessierten sich mehr als 30 Menschen – Einzelpersonen, wie auch Menschen aus bestehenden Kommunen – dafür und wollten mehr erfahren. Weitere Regionalvernetzungen, z.B. in Thüringen zur Bildung einer geländeübergreifenden Kommune wurden angeregt. So können dezentral Erfahrungen gesammelt werden und mal schauen, vielleicht ist langfristig mehr als nur Austausch denkbar.

Bei der Veranstaltung teilten wir uns nach einem kurzem Überblick in zwei Gruppen. Ausgehend vom Stichwort »Vertrauen« wurde in diesen folgendes diskutiert.

Für »ExpertInnen einzelner Arbeitsbereiche« wird das switchen zwischen den Gruppen vielleicht schwer, denn wenn sie weggehen könnte es sein, dass ein ganzer Arbeitsbereich wegfällt. Ja vielleicht, aber die Möglichkeit, dass Leute einfacher den Ort wechseln können, fördert vielleicht auch, dass sich solche starren Rollenverteilungen in den lokalen Gruppen nicht so sehr einschleichen, denn einem emanzipativen Anspruch nach sind sie ja eigentlich nicht gewollt. Zumindest nicht bei den Arbeitsbereichen, die sich mit der Organisation der Kommune selbst beschäftigen. Ansonsten ist ein Ortswechsel und die damit einhergehenden Engpässe eine Frage der Absprache. Der Vorteil ist, selbst bei Ortswechsel verbleibt die Person in der (geländeübergreifenden) Kommune.

Werden dann Ein- und Ausstiegsregeln für Gruppen notwendig? Wahrscheinlich schon sinnvoll. Analog zur Praxis, die in vielen Kommunegruppen für Einzelpersonen Anwendung findet, wurde vorgeschlagen, dass das aufeinander Einlassen Stück für Stück mit Reflektionsphasen passiert. Falls es zu einer Trennung kommen sollte, dann wird weitestgehend nach den ökonomischen Bedürfnissen der Einzelgruppe entschieden, da sie es wahrscheinlich schwieriger haben wird, wieder alleine klar zu kommen. Dabei sollte selbstverständlich der Rest der Gruppen ökonomisch weiter bestehen können. Mehrere Personen oder eine Gruppe aus dem verbleibenden Zusammenhang von Gruppen sollte dem Ausstieg unterstützend zur Seite stehen.

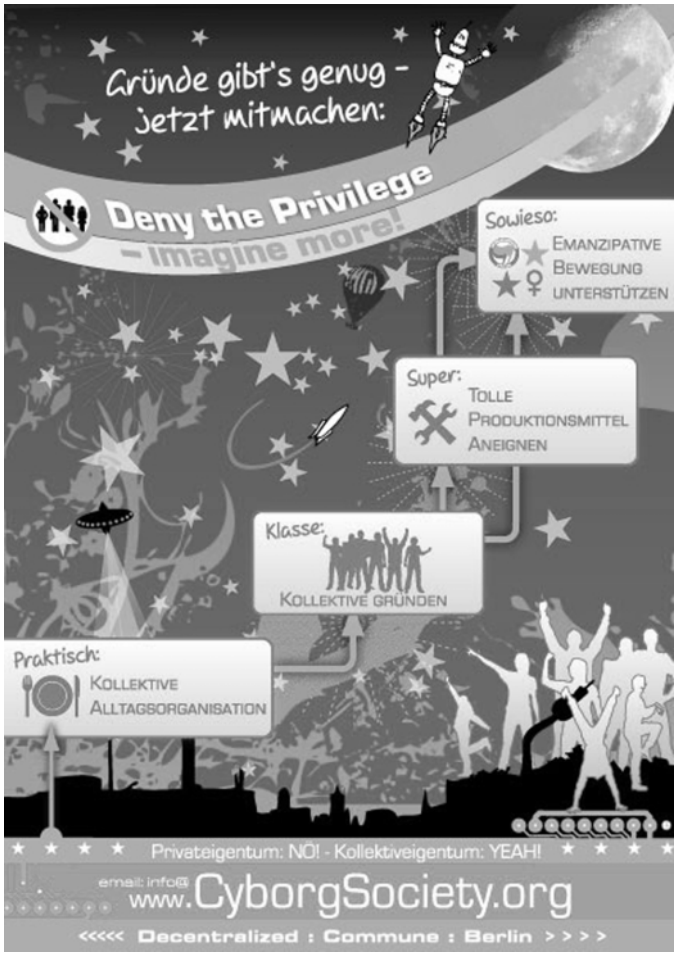
Wie viel Unterschiedlichkeit ist möglich? Wir, die Gruppen aus Berlin und Brandenburg, haben uns auf einen emanzipatorischen Minimalkonsens geeinigt. Dieser beinhaltet z.B.: die Ablehnung von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, missionierender Religion und welterklärender Esoterik. Der Wille zur permanenten Auseinandersetzung damit ist Grundvoraussetzung für die Kooperation. Ansonsten sind unsere Gruppen sehr unterschiedlich.

Wie sieht's mit Gesundheits-, sowie Altersversorgung und Pflege aus? Das geht sicher viel besser zu gewährleisten, als mit einer einzelnen Kommunegruppe. Denn die ökonomische Basis ist größer, Leute können schnell mal zu anderen fahren und diese unterstützen.

Bestehende Erfahrungen? Einmal gibt es die Kibbuzim in Israel. Sicher mit anderem Entstehungshintergrund und anderen Verhältnissen heutzutage – ein Kapitel für sich. In Europa gibt's das Netzwerk der Longo maï, welches mit einem Koordinationsbüro in Basel zentraler organisiert ist, aber doch einiges ähnlich läuft, wie wir uns das vorstellen. Und das schon seit 30 Jahren.

Wäre es sinnvoll Alternativen zum persönlichen Vertrauen aufzubauen (z.B. Verträge)? Wie Entscheidungen treffen? Wenn es Verträge gäbe, die das Vertrauen ersetzen sollen, an wen müsste mensch sich wenden, wenn die Verträge gebrochen würden? An den Staat. Nein danke. Wir wollen es mit der Methode »Ich vertraue dir, weil dir eine Person vertraut, der ich vertraue« probieren. Hinzu kommen Transparenz, geeignete Kommunikationsmittel und dezentrale Entscheidungen auf Basis des Betroffenenprinzips. Letzteres bedeutet, dass nicht alle alles entscheiden, sondern nur die von der Entscheidung Betroffenen. Der Einsatz von z.B. groupwares, mit denen die Ressourcen-, Zeit- und Aufgabenplanung und deren Verknüpfungen transparent, dezentral organisiert werden kann, kann helfen, auch im Hinblick auf den Abbau von Hierarchien. Das verlangt die Bereitschaft zur Anwendung und birgt eine hohe Verantwortung für jedeN Einzelne/n.

Aber he, wieso nicht versuchen? Es wäre doch cool, wenn wir uns gegenseitig unterstützen, diese und andere Verantwortungen zu übernehmen. Und so könnte doch ein Netz von verbindlicher Solidarität entstehen und irgendwann vielleicht eine Gesellschaft, die tatsächlich anders funktioniert, als durch staatliche Ordnung durchgesetzt. Wir wünschen allen Kommunen, welche sich in Zukunft zusammentun alles Gute und viel Gelingen. Für eine gemeinsame Perspektive ist uns wichtig, dass das Konzept »Kommune« nicht nur in der inhaltsleeren ökonomischen Form betrieben wird. Wir wünschen uns daher eine klare Positionierung aller Beteiligten gegen Herrschaft und Ausbeutung in all ihren Formen sowie die Einsicht in die Notwendigkeit, die Idee einer befreiten Gesellschaft gegen alle regressiven Ideologien und Tendenzen zu verteidigen.●



20 JAHRE KOMMUNE

Momentaufnahmen aus Niederkaufungen

Zum 20. Geburtstag der Kommune Niederkaufungen erschien das erste Buch der Kommune. 53 KommunardInnen aus der Kommune Niederkaufungen schreiben über ihr Leben in der Gemeinschaft. Sie berichten, welche Träume sie zum »Kommune-Leben« führten, welche sie davon in den Jahren enttäuscht aufgaben und welche sie immer noch in ihren Herzen bewegen.●

152 Seiten, Paperback, 12 EUR (zuzügl. Versandkosten)

Zu bestellen über Rolf Dotzauer, Tel. (0 56 05) 8 00 70
rolfdotzauer@web.de

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen Militarisierung, gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne.

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als

❍ kostenloses Probeheft
❍ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
❍ Halbjahresabo zu € 29,-
❍ Jahresförderabo: ❍ € 75,- ❍ € 104,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum Unterschrift

Verlag Ossietzky GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
Fax 0511 / 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net · www.sopos.org/ossietzky

BUCHBESPRECHUNG

Staatstäter

Was Überwachung und Übergriffe von Staats wegen angeht, sind CONTRASTE-LeserInnen ja »starken Tobak« gewöhnt. Gerade beim G8-Gipfel haben wir es wieder erfahren, wie schnell DissidentInnen als Terrorverdächtige behandelt werden. Doch die geballte Übersicht von Gössner ist als Lektüre »an einem Stück« schon schwer zu verdauen. Wie eine Anhäufung von Kriminalgeschichten aus dem politischen Alltag wirkt der Band, wobei die Verbrecher Amts- und Würdenträger sind, die Opfer wir alle und Detektive nicht vonnöten, weil alles offen zutage liegt – nur wollen die meisten diese Schrecken lieber verdrängen als sie politisch oder juristisch anzugehen.

Rühmliche Ausnahmen bestätigen die Regel. Die »Big Brother Awards«, die jährlich im Oktober für besonders üble Verstöße gegen den Datenschutz verliehen werden, zählen dazu (Preisträger waren u.a. Otto Schily, das Bundesverwaltungsamt und SWIFT = Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications, die umfangreiche Datensätze an US-Sicherheitsbehörden liefert). Ein gutes Beispiel für Gegenwehr, dem mensch jetzt noch Nachdruck verleihen kann durch Mittun, ist die geplante Massen-Verfassungsbeschwerde gegen das Vorhaben der Großen Koalition, eine 6monatige Vorratsdatenspeicherung aller TelekommunikationsnutzerInnen gesetzlich anzuordnen. (Informationen dazu finden sich unter www.vorratsdatenspeicherung.de.)

Nützlich ist auch Gössners Hinweis auf den »Privacy Dongle«, mit dem mensch anonym im Internet surfen kann (https://shop.foebud.org). Schon heute sind ja Telekommunikations-Anbieter und Provider Hilfspolizisten, die es Staatsschnüfflern ermöglichen müssen, online per automatisiertem Zugriff ohne Wissen der Betroffenen die Kundendaten auszuspähen. Die »Sicherheits«behörden können bereits jetzt das Kommunikations- und Konsumverhalten von InternetnutzerInnen ausforschen: Welche Homepages wurden besucht? Welche Schriften bestellt? Mit welchen EmailempfängerInnen kommuniziert? So können Persönlichkeitsprofile erstellt werden. Die naive Einstellung: »Na und, ich habe doch nichts zu verbergen!« ist weiter verbreitet, als mensch annimmt. Wie schnell aber ein solche Infrastruktur für grausame Staatsaktionen genutzt werden könnte, mag man sich mit einiger Fantasie ausmalen.

MigrantInnen brauchen da keine Fantasie: sie erfahren die Schnüffel-Folgen im Zuge der Terroristen-Jägerei häufig ganz praktisch. Etwa bei Rasterfahndungen, tiefen Eingriffen in Grundrechte wie das Persönlichkeitsrecht, das Recht auf Gleichbehandlung und die informationelle Selbstbestimmung. Najim A., marokkanischer Staatsbürger und ehemaliger Student der Universität Duisburg islamischen Glaubens, hat sich gerichtlich gewehrt. Das Bundesverfassungsgericht hat die präventive Rasterfahndung, in die er geraten war, 2006 rückwirkend für unverhältnismäßig und verfassungswidrig erklärt. Wie Antiterrormaßnahmen Arbeitnehmer treffen können, zeigt der Fall des Lagerleiters Johann H., der in einem bayrischen Flughafen arbeitete und die Sicherheitszone nicht mehr betreten durfte, da er vor knapp zwanzig Jahren Plakate für die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) geklebt haben soll. Ihm wurde gekündigt. Obdachlos wurde vorübergehend Abdelwahab M., ein Deutscher sudanesischer Herkunft, der aufgrund von Rasterfahndungsergebnissen in den Medien als Terrorist gebrandmarkt worden war.

Dass Rasterfahndungen, Videoüberwachungen und Schleierfahndungen im Internet etc. hinsichtlich legitimer Gefahrenabwehr nichts bringen, kann man gleichfalls bei Gössner nachlesen. Auch, dass rechtsgerichtete Täter weit weniger von Antiterrorgesetzen betroffen sind als Bürgerrechtler und linksgerichtete Demonstranten. Weiterhin sind aber allgemeine polizeiliche Netzpatrouillen ohne konkreten Verdacht deutsche Realität – ein paar hundert Beamte sind allein auf Bundesebene dafür abgestellt. Und dass eingeschaltete (auch nur Standby) Handys per »IMSI-Catcher« geortet werden, vollständige Bewegungsbilder für Polizei und Geheimdienste erstellt werden, sowie Gespräche mitgehört werden können, das nehmen die meisten NutzerInnen brav hin. Das Beste an Gössners Werk ist: es macht klar, dass es dabei nicht bleiben muss.●

Ariane Dettloff

Rolf Gössner: Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der »Heimatfront«. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2007, 288 Seiten, 17 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Bürgerbahn statt Börsenbahn

RAUBZUG Bahnprivatisierung

... Kapitals und dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen werden. Es ist Zufall und zugleich wiederum bezeichnend, dass der weltweit größte private Wasserversorger – derjenige Konzern, der am stärksten von der Zerstörung der öffentlichen Versorgung mit Wasser profitierte – gleichzeitig dasjenige Unternehmen ist, das europaweit am stärksten von den Bahnprivatisierungen profitiert: Veolia, im Bahnbereich bis vor kurzem als Connex unterwegs.

Das Bündnis Bahn für Alle tritt ein für eine Bahn in öffentlichem Eigentum als elementare Voraussetzung für Daseinsvorsorge auf dem Gebiet der Mobilität. Mit dem Begriff »öffentliches Eigentum« wird bewusst ein allgemeiner Rahmen für die Eigentumsform vorgegeben und nicht allein auf eine »Staatseisenbahn« abgestellt.

Bahnprivatisierung als Teil der fortgesetzten sozialen Ausgrenzung

Die logische Folge jeden Abbaus von Daseinsvorsorge und damit jeder Unterwerfung dieses Bereichs unter das Prinzip der Profitmaximierung ist eine wachsende Ausgrenzung von »schwachen« Regionen und »schwachen« Menschen. Private Investoren müssen, wenn sie die maximale Rendite im Blick haben, sich auf die rentabelsten Strecken, die rentabelsten Regionen und die rentabelsten Zeiten der Verkehrsangebote konzentrieren. Die anstehende Bahnprivatisierung zielt auf Sektoren, die, anders als im Fall des Nahverkehrs, nicht mit staatlichen Subventionen, die hier für einen gewissen Ausgleich sorgen, verbunden sind.

Es wird zu einer verstärkten Konzentration auf Hochgeschwindigkeitsverbindungen kommen, weite Regionen werden keinen Schienenverkehr mehr haben. Bereits im Zeitraum 1994 bis 2006 wurde das Schienennetz um 5.500 km (von 39.500 auf 34.000 km) reduziert. Bei der Bahnprivatisierung ist ein weiterer Abbau um rund 5.000 km »eingepreist«.

Im Güterverkehr wird der Prozess des Rückzugs aus der Fläche und des regionalen Güterverkehrs beschleunigt. Dabei wird eine spezifische und problematische Struktur der arbeitsteiligen Produktion über weite Distanzen verstärkt (siehe das Beispiel des Joghurtbechers, in dem viele Tausend Kilometer Transportleistungen »stekken«).

Anstelle einer Bahn für Alle wird es eine Bahn für einige geben. Betroffen und in ihrer Mobilität eingeschränkt sind damit Menschen bis 18 Jahre, SeniorInnen, finanziell Schwache, ökologisch Bewusste, Frauen mit Kindern und Menschen mit Behinderungen.

Bahnprivatisierung und die Zerstörung gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze

Die Arbeitsplätze im Bereich Schiene haben sich von knapp 400.000 Ende 1993 auf 180.000 2006 halbiert. Im Fall einer Bahnprivatisierung ist mit einem weiteren Abbau von vielen Zehntausend Arbeitsplätzen zu rechnen. Gleichzeitig gibt es eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Nochbeschäftigten (vermehrter Arbeitsstress, Outsourcing, Teilzeitarbeit). Ergänzend droht der Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der Bahntechnik, denn jeder private Investor wird darauf drängen, den »Kostenfaktor Arbeit« immer weiter zu reduzieren.

Arbeitsplatzabbau, Prekarisierung und Entwertung der Arbeit bringen einen weiteren Abbau bei der Servicequalität. Es werden inzwischen elementare Standards bei der Sicherheit im Schienenverkehr tangiert. Die Serie schwerer Eisenbahnunglücke, die es Ende der 1990er bei den britischen Bahnen gab, werden von den meisten Beobachtern im Zusammenhang mit der Privatisierung von British Rail und dem damit einhergehenden Abbau von Arbeitsplätzen bzw. dem Zerreißen elementarer Arbeitszusammenhänge gesehen.

Hier springt ein Widerspruch in der öffentlichen Debatte ins Auge. Bei der Bahn heißt es, ein radikaler Abbau von Arbeitsplätzen sei eine Sparmaßnahme, hier würden »Produktivitätsgewinne« erzielt und im übrigen müsse der Staat sich »aus der Wirtschaft« heraushalten. Im Fall der Airbus-Krise jedoch gab es eine breite, auch öffentlich getragene Mobilisierung zum Erhalt der Arbeitsplätze und aller Standorte; dies sei erforderlich, um den »Technologie-Standort Deutschland« zu verteidigen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass sich der Staat engagiert. Dass der Schienenverkehr ökologisch und umweltpolitisch sinnvoller ist als die Luftfahrt im allgemeinen oder gar der Megaliner A380 ist jedoch unbestritten.

Bahnprivatisierung und Umwelt- und Klimazerstörung

Alle Modelle einer Bahnprivatisierung gehen davon aus, dass der Anteil der Schiene im Fernverkehr, wo sich z.B. die weitgehende Abschaffung der Zuggattung InterCity/EuroCity abzeichnet, weiter sinkt und im Nahverkehr bestenfalls erhalten werden kann. Im Güterverkehr soll es vor allem im Segment der Transporte über weite Entfernungen Gewinne geben können.

In der aktuellen Situation wäre jedoch bereits aus klimapolitischen Gründen eine Verkehrswende mit einer deutlichen Stärkung der Schiene im Verkehrsmarkt und zumindest einem Stopp für jede Ausweitung des Straßen- und des Luftverkehrs erforderlich. Die Bahnprivatisierung bewirkt jedoch das Gegenteil.

Was sind die Gründe für die Bahnprivatisierung?

Die sozialen, strukturpolitischen und umweltpolitischen Gründe, die gegen eine Bahnprivatisierung sprechen sind weitreichend und überzeugend. Fragt man, warum dennoch die Bahnprivatisierungen weltweit vorangetrieben werden, dann bleiben nur zwei grundsätzliche Antworten:

Zum einen geht es um den Zwang, alles der direkten Kontrolle des privaten Kapitals zu unterwerfen, auch wenn dies sozialen und – auch aus bürgerlicher Sicht – rationalen Überlegungen widerspricht. Zum anderen resultieren diese Zwänge auch aus der konkreten Struktur des großen Kapitals: Unter den 100 größten Konzernen der Welt sind die Öl-, Auto- und Flugzeugbaukonzerne die mit Abstand stärkste Gruppe.

Unternehmen, die mit Öl und seinen Derivaten (Benzin, Diesel, Kerosin, Flugbenzin und Bunkeröl) verbunden sind, sind tonangebend – grundsätzlich und natürlich besonders im internationalen Verkehrssektor. In Großbritannien sind heute maßgebliche Betreiber der privatisierten Bahnen die Unternehmen Virgin (Billigflieger) und Stage Coach bzw. Arriva (zwei Unternehmen, die europaweit Busverkehre organisieren). Es liegt auf der Hand, dass eine Teilprivatisierung der DB AG auch Investoren anlocken wird, die überwiegend Interessen vertreten, die nicht im Einklang mit dem Ziel einer Flächenbahn stehen. Hier wird in jüngerer Zeit der Name *Gazprom* als Interessent für einen Einstieg bei der DB AG genannt.

Um welche Art Bahnprivatisierung geht es konkret?

Ein Teil der bahnfreundlichen Szene – so die Führungen des Fahrgastverbandes *pro Bahn*, des *VCD* und die Grünen als Partei – propagiert ein Modell, wonach die Infrastruktur (Netz und Bahnhöfe) in Bundeseigentum bleiben und der Bahnbetrieb privatisiert werden soll. Man verspricht sich dabei einen »belebenden Wettbewerb«, der den Fahrgästen zu Gute kommen würde.

Flächenbahn auf Abstellgleis? Foto: Archiv

Dagegen müssen zunächst drei immanente Argumente angeführt werden. Erstens wird jeder private Bahnbetreiber auf einer Rendite von mindestens 10 Prozent bestehen und damit weit mehr aus den Fahrgästen, den Beschäftigten und den Steuerzahlenden »herausholen« als dies bei einem Betrieb in öffentlichem Eigentum der Fall ist. Tatsächlich reduziert sich der »Wettbewerb« bei den Ausschreibungen im Bahnverkehr bereits weitgehend auf die Frage, welcher Bieter die Lohnkosten am stärksten drücken kann. Zweitens wird jede Ausweitung des »Wettbewerbs« auf der Schiene zu einem immer bunteren »Flickenteppich« bei den Tarifen, dem Fahrplan und bei den Standards für Sicherheit und Service führen. Drittens gab es in 170 Jahren Eisenbahnen nie ein erfolgreiches Modell dieser Art von staatlichem Netz und privatem Betrieb bzw. dort, wo dies praktiziert wird, ist das Ergebnis auf mittlere Sicht ein Desaster.

Berlin, 26. Mai 2006 – Aktion zur Eröffnung des Hauptbahnhofs

In Großbritannien gibt es seit nunmehr fünf Jahren just ein solches »Trennungsmodell«: das Netz ist – nach der Pleite des privaten Infrastrukturbetreibers *Railtrack* – seit Ende 2001 wieder in staatlichem Eigentum; der Betrieb wird weiter von knapp zwei Dutzend privaten »TOUs«, train operating units, realisiert. Allgemein wird das Desaster im britischen Bahnverkehr im schlechten Service der privaten Betreiber, in den hohen Fahrpreisen, in dem Flickenteppich bei Tarifen und Fahrplan und in der großen Zahl von schweren Bahnunfällen, die im Zusammenhang mit der Trennung von Netz und Bahnverkehr stehen, gesehen. Alle britischen Parteien fordern inzwischen eine neuerliche »Integration« von Verkehr und Infrastruktur.

Doch neben diesen immanenten Kritikpunkten gibt es einen grundsätzlichen Aspekt: Dieses Modell steht nirgendwo in der politischen Landschaft zur Debatte. Zur Debatte steht ausschließlich ein konkretes Bahnprivatisierungsgesetz, das faktisch auf die Privatisierung von Bahnverkehr und Schieneninfrastruktur hinausläuft. Der im März 2007 vorgelegte Entwurf eines Bahnprivatisierungsgesetzes aus dem Haus von Bundesverkehrsminister Tiefensee lässt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Das bisher 100-prozentige Eigentum des Bundes an der DB AG wird (zunächst) bis zu 49 Prozent an Investoren verkauft.
2. Trassen und Bahnhöfe bleiben formal zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes. Doch der Bund tritt faktisch alle Rechte, die aus diesem Eigentum resultieren, für 15 Jahre an die teilprivatisierte DB AG ab. Die DB AG »betreibt und bilanziert die Infrastruktur«.
3. Nach 15 Jahren erhält die DB AG auch die formellen Eigentumsrechte an der Infrastruktur, es sei denn, der Bund zahlt der DB AG einen sehr hohen Milliarden-Euro-Betrag.
4. Nach der Teilprivatisierung zahlt der Bund weiterhin jährlich rund 12 Milliarden Euro an Unterstützungszahlungen für das System Schiene (Instandhaltung, Neubau, Regionalisierungsmittel, Beamte-Ausgleichszahlungen). Diese Gelder dienen nun zunehmend der Alimentierung privater Investoren.

Der einzige Vorteil des Bundes bei diesem Ausverkauf ist der einmalige Betrag in einstelliger Milliardenhöhe beim Anteilsverkauf an Investoren.

In dieser Situation müsste bei all denen, die hierzulande zukünftig auf die Option Schiene setzen, alles getan werden, um dieses Bahnausverkaufs-Gesetz zu verhindern. Hierfür könnte ein breites Bündnis geschlossen werden, das diejenigen erfasst, die jede Art Bahnprivatisierung ablehnen – wie dies das Bündnis »Bahn für Alle« tut –, und diejenigen, die dafür eintreten, dass nur die Infrastruktur im Eigentum des Bundes bleibt, die bisher aber auch viele gute Gründe dafür anführten, dass eine Privatisierung des »integrierten Unternehmens« katastrophale Folgen haben würde. Wer sich in dieser Situation jedoch weigert, sich für ein solches Bündnis zu engagieren, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, den folgenschweren Ausverkauf zuzulassen.

Strukturelemente einer Bahn für Alle

Die Privatisierungsanhänger haben ein Plus in der öffentlichen Debatte: Wird der Zustand der real existierenden Deutschen Bahn AG als Beispiel für eine Bahn in öffentlichem Eigentum genommen, dann sagen sich viele: Es

Fortsetzung auf Seite 8

Der Bahnspott

die macht privat die Bahn. Sehenswerte 25 Sekunden unter:
www.gofish.com/player.gfp?gfid=30-1101026

STUTTGART 21

Bürgerbahn statt Börsenbahn

Aus für Mammutprojekt?

»Stuttgart 21« steht für eine (beabsichtigte) Zukunft der Bahn, die weder menschen- noch naturverträglich ist. Über das gigantomanische Projekt und den elf Jahre langen Kampf dagegen berichtet Gangolf Stocker von der Initiative »Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21«

Die Stuttgarter können dieses »Stuttgart 21« schon nicht mehr hören, die Baden-Württemberger fangen gerade erst an, sich etwas darunter vorzustellen, weil die Landesregierung ihnen gerade Züge abbestellt, Takte ausdünnt und GVFG-Mittel (1) streicht und das Geld lieber in's, ja eben, »Stuttgart 21-Sparkässle« steckt. Die Offenburger wollen das 5. und 6. Güterverkehrsgleis im Tunnel, die Karlsruher wollen schon lange ihren Tunnel in der Kriegsstrasse (wenigstens die Mehrheit nach dem letzten Bürgerentscheid), die Konstanzer und Singener warten schon lange auf das zweite Gleis zwischen Horb und Tuttlingen und die Friedrichshafener auf die Elektrifizierung der Südbahn. Aber alle warten vergeblich auf Landesmittel, weil die Landesregierung alles auf die »21« setzt. Und nun rumort es in der baden-württembergischen Provinz. In Frankfurt oder Hamburg ist Stuttgart 21 nur noch Insidern ein Begriff, in Berlin wohl nur den Leuten in der Invaliden- oder Krausenstraße (2).

Seit elf Jahren geht nun schon die Auseinandersetzung um dieses Neubauprojekt der Bahn. Oder ist es doch mehr ein Neubauprojekt des Landes und der Stadt Stuttgart?

Stuttgart 21 ist zuallererst ein Riesenauftragsvolumen in der Größenordnung von voraussichtlich 3,5 Mrd. Euro (offizielle Angaben bieten derzeit noch 2,8 Mrd. Euro) für die Bauindustrie und ein Kreditgeschäft für die führenden Banken. Es greift massiv in Umwelt, Heilwasservorkommen, Grundwasser, in Denkmäler und in privates Eigentum ein. Und es macht die Perspektive, Stuttgart irgendwann zu einem ITF-Vollknoten (3) umzubauen, für alle Zeiten zunichte. Kurzum: Stuttgart 21 ist der bahnverkehrlich sinnlose Umbau des Hauptbahnhofes in einen Durchgangsbahnhof durch eine Verlegung in den Untergrund, einer Drehung um neunzig Grad, mit vierunddreißig Kilometer (doppelröhriger) Tunnel unter der Stadt hindurch hinauf zum Flughafen und zur neuen Messe und von dort zur geplanten Neubaustrecke nach Ulm. Das Ganze bringt +/- Null Minuten Reisezeiteinsparung im Vergleich zur Alternative »Kopfbahnhof 21« (siehe unten), für die zehn Prozent Durchreisenden ebenso wie für die neunzig Prozent Reisenden, die in Stuttgart ein-, aus- oder umsteigen.

Die Stadt Stuttgart ist scharf auf die frei werdenden Flächen für den Städtebau, was aber mittlerweile auch nicht mehr so verständlich ist, weil kein privater Investor sie will. Wer nach Stuttgart mit der Bahn fährt, sieht sie rechter Hand: Riesige Brachflächen, dort, wo ehemals der Güterbahnhof mitten in der Stadt war, seit Jahren leer. Die Einzigen, die bauten, waren Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Hand: Die Landesbank Baden-Württemberg samt Tochter Südleasing und die Landesentwicklungsgesellschaft. Die Stadt bekennt sich verzweifelt zum Bibliothek-Neubau auf dieser Brache, ohne zu wissen, was je darum herum entstehen oder nicht entstehen wird. Und als letzte Verzweiflungstat, um diese vor elf Jahren abgeräumte Fläche dort zu bebauen, war geplant, ein Regierungszentrum zu errichten. Vor elf Jahren – die Stuttgarter erinnern sich – hieß es, der Immobilienmarkt reiße sich um das Stuttgart 21-Gelände. Pleiten, Pech und Pannen, möchte man sagen, aber vor allem haben sich die Verantwortlichen völlig verschätzt. Deshalb hat auch vor einigen Jahren die Stadt fast das komplette Stuttgart

Das beliebte Mineralbad Berg (siehe Foto unten) ist für viele StuttgarterInnen eine Oase der Entspannung. Aber Oberbürgermeister Schuster (mit Spitzhacke) und der ehemalige Ministerpräsident Teufel (mit Kelle) lassen nichts unversucht, um die verehrte Einwohnerschaft von den Vorteilen des Projekts Stuttgart 21 zu überzeugen

21-Gelände gekauft, ist jetzt also stolzer Schienenbesitzer.

Nun fragt man sich zu Recht, was die Politiker der CDU und SPD in großkoalitionärer Eintracht (die Grünen waren immer dagegen) dazu treibt, das Projekt nicht endlich fallen zu lassen, wenn schon die dem Publikum gemachten Versprechen (4) erkennbar Marketing, also gelogen waren, das dahinter steckenden Ziel, die Immobilien hinterm Bahnhof zu Gold zu machen, aber auch nicht erreicht wird? Es bleibt nur noch die Erklärung, dass hier die Baukonzerne und Banken und einige andere bedient werden sollen.

Welche kuriosen Züge dies annimmt, zeigt zum Beispiel ein Brief, den Ministerpräsident Oettinger unter anderem an die baden-württembergischen Chefredakteure schrieb, worin er sie aufforderte, einem »Unterstützerkreis Stuttgart 21« beizutreten. Was er sich eigentlich hätte sparen können, denn zum virtuellen Unterstützerkreis gehörten die baden-württembergischen Chefredakteure sowieso seit Beginn des Projektes. Am 23. Oktober 2006 sollte mit Hilfe dieses Unterstützerkreises bei Bundesverkehrsministerminister Tiefensee so viel Druck entstanden sein, dass dieser nur noch das eine tun konnte, so dachte sich das die famose Landesregierung, nämlich Stuttgart 21 durchwinken. Dazu druckte die baden-württembergische Presse – insbesondere die beiden Stuttgarter Tageszeitungen – tagelang und wochenlang Bekenntnisse und Aufrufe für Stuttgart 21 und malte den Untergang Baden-Württembergs an die Wand, wenn Stuttgart 21 nicht käme, aber man sei restlos überzeugt, dass... (5)

Der Minister war indigniert and not amused, fand außerdem ein 1,5 Milliarden großes Finanzierungsloch und schickte die Abordnung samt Mehdorn wieder nach Hause. Jetzt ist der Katzenjammer groß. Denn es besteht keine Aussicht, dass Stuttgart 21 1,5, Mrd. Euro billiger wird, oder irgendjemand 1,5 Mrd. Euro findet oder spendet. Stuttgart 21 liegt buchstäblich »in den letzten Zügen«.

Wenn bislang im Kampf für oder gegen Stuttgart 21 die seit Jahren erarbeitete und immer wieder überarbeitete Alternative Kopfbahnhof 21 wenig Beachtung fand, so interessieren sich nun immer mehr Menschen (incl. Politiker und vielleicht auch mal Journalisten) für die Frage: Was passiert, was kommt, wenn es nicht kommt? Alle diese »Siege« im Planfeststellungsverfahren und vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, die Betreiber von Stuttgart 21 erwartungsgemäß erzielten, erweisen sich im Nachhinein als Pyrrhussiege. Der Druck nimmt zu, sich mit der Alternative Kopfbahnhof 21 zu befassen, zumal diese selbst von der Bahn als einzige ernsthafte Alternative angesehen wird.

Kopfbahnhof 21 ermöglich einen ITF-Vollknoten, schließt den Flughafen, so es überhaupt Sinn macht, und den Hauptbahnhof für jede Zuggattung und jede Richtung an. Dazu wird der Kopfbahnhof samt Gleisvorfeld modernisiert incl. Signalanlagen. Ein Überwerfungsbauwerk wird den vorhandenen hinzugefügt und eine zusätzliche Trasse von Bad Cannstatt zum Hauptbahnhof gebaut.

Gutachten (6), die Planfeststellungsbehörde (Eba) sowie die DB selbst attestieren der Alternative Kopfbahnhof 21, die geforderte Leistung des »Betriebsszenarios 2015« problemlos zu erfüllen, dabei keine Eingriffe in Heilquellen und privates Eigentum und nur wenige in die Umwelt erforderlich zu machen. Allerdings behauptet die Bahn und die Planfeststellungsbehörde, die Alternative Kopfbahnhof käme genauso teuer wie Stuttgart 21, lasse weniger Flächen für den Städtebau (!), sei nicht so flexibel und schließe den Flughafen schlechter an (7).

Der Tabelle (8) auf dieser Seite ist eigentlich nur noch hinzuzufügen, dass ein Baubeginn bei Stuttgart 21 bedeutet, das Projekt bis zum (bitteren) Ende fertig zu bauen, egal was es am Ende kostet. Kopfbahnhof 21 kann Stück für Stück realisiert werden, je nach Finanzlage eben. Ein in heutigen Zeiten nicht ganz unwichtiger Umstand.

Augenblicklich versucht die baden-württembergische Landesregierung Minister Tiefensee damit zu drohen, dass der Bund im Fall eines »Aus« für Stuttgart 21 die Sanierung des Knoten Stuttgarts allein bezahlen müsste, ohne Gelder von der Stadt und vom Land, und dass außerdem die Rückgabe der Grundstücke und die Rückzahlung des Kaufpreises anstünde, und das, so der Stuttgarter Fachmann und Oberbürgermeister Schuster, käme den Bund teurer als Stuttgart 21. Drohungen und Zahlen, die keiner Prüfung standhalten, das kennt die Bevölkerung schon und weiß: Den »Stuttgart 21ern« wird bald die Munition ausgehen. 2007 könnte das Jahr der endgültigen Entscheidung und das »Aus« für Stuttgart 21 werden.

Und es könnte der krönende Abschluss von 11-jähriger Arbeit der Initiative »Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21« sein, die – zusammen mit dem BUND und dem VCD – mit hohem finanziellen und zeitlichen Aufwand dieses Projekt bekämpft und die Alternative dazu entwickelt hat. In diesen elf Jahren Widerstand gegen dieses Großprojekt ist in Stuttgart auch wieder die Zuversicht gewachsen, dass die BürgerInnen nicht völlig chancenlos sind. Es ist ein Netzwerk entstanden, das Vertrauen untereinander und in die eigene Kraft gewachsen – und das allein hat die Arbeit schon gelohnt.●

Weitere Informationen unter www.leben-in-stuttgart.de

Anmerkungen:

1) GVFG = Gelder aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
2) Adressen des Bundesverkehrsministeriums
3) ITF = Integrierter Taktverkehrsfahrplan. Erfolgreiches Schweizer Fahrplanmodell, das die Netzgeschwindigkeit erhöht.
4) Einbindung in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, fünfzig Prozent mehr Fernverkehr, siebzig Prozent mehr Nahverkehr, mehr Verkehr auf der Schiene, hundert Hektar für eine urbane Stadtentwicklung etc.
5) Diese Kampagne der »unabhängigen Presse« war beispiellos und wäre eine Dokumentation wert.
6) Martin, Stuttgart
7) Auf diese letzten zwei Behauptungen kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden.
8) Klaus Arnoldi, VCD Baden-Württemberg

K21: VERGLEICH ZU S21

	Stuttgart 21	Kopfbahnhof 21
Neu zu bauende Bahnhöfe	2	nicht notwendig
Tunnelstrecke	ca. 33 km	ca. 8 bis 10 km
Netzkonzept Netz 21	nicht erfüllt	erfüllt
Integraler Taktfahrplan	nicht möglich	möglich
Fahrzeit	28 Min.	ca. 30 Min.
Kosten	2,8 Mrd. Euro	ca. 1,2 Mrd. Euro
Realisierung	nur komplett	stufenweise

FORTSETZUNG VON SEITE 7

kann ja nur besser werden. Daher ist es wichtig, einen »status quo plus« zu entwickeln. Die fünf Strukturelemente einer überzeugenden Bahn könnten wie folgt aussehen:

Grundsätzlich müsste es sich um eine Bahn in öffentlichem Eigentum handeln. Dabei könnte es sich jedoch um eine Kombination dieses öffentlichen Eigentums auf unterschiedlichen Ebenen handeln (Kreisbahnen, Länderbahnen, Bundesbahn). Die Erfolge einiger neuer Bahnen, die im Rahmen der Regionalisierung entstanden, sind in erster Linie auf ihre Dezentralität und auf ihre relative Bürgernähe zurückzuführen; einige davon sind Bahnen in öffentlichem Eigentum (z.B. die Usedomer Bäderbahn als Tochter der DB AG, die Karlsruher Verkehrsbetriebe, die sich im Eigentum der Stadt Karlsruhe befinden und die in einem Umkreis von bis zu 100 km Teile des Schwarzwaldes erschließen oder die Gaisbockbahn in Oberschwaben, deren Eigentümerin der Bodenseekreis ist). Wichtig ist dabei allerdings, dass diese Bahnen in ein einheitliches System von Fahrplan und Tarifen und den Standards für Sicherheit und Service eingebunden sind.

Das zweite Element dieser Bahn für Alle besteht im Konzept einer Flächenbahn anstelle einer Konzentration auf Hochgeschwindigkeitsverbindungen. Alle Regionen müssen mit der Schiene erreichbar, alle Oberzentren an die Schiene angebunden sein. Rund 10.000 km Schiene müssten neu erbaut bzw. überwiegend reaktiviert werden.

Das dritte Element heißt Personalausbau: Ein erfolgreiches Dienstleistungsunternehmen muss mit Menschen werben. Die erwähnte, äußerst erfolgreiche Usedomer Bäderbahn verfolgt das Konzept: nirgendwo ein Automat, überall Personal an den Bahnhöfen und den Schaltern.

Viertens ist ein Bahnmanagement erforderlich, das aus dem Metier kommt und sich für die Bahn engagiert.

Fünftens schließlich müsste diese Bahn für Alle in Zeiten des Klimawandels den unschätzbaren Vorteil ausspielen, dass die Schiene das einzig motorisierte Verkehrsmittel ist, das in relativ kurzer Zeit ganz oder überwiegend mit alternativer – nachhaltiger – Energie betrieben werden kann. Mit Strom aus Solarenergie, Gezeitenkraftwerken, Windkraft und Kraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen.

Utopie? Das Modell einer alternativen Bahn existiert bereits weitgehend – in Gestalt der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). Auf sie treffen die ersten vier der oben genannten Strukturelemente zu. Und diese überzeugende und luxuriöse Form des Bahnverkehrs, die im Vergleich zum deutschen Schienenverkehr mit einem Drittel der Subventionen je gefahrenen Personen- oder Tonnenkilometer auskommt, wird in unserem südlichen Nachbarland noch unter besonders schwierigen Bedingungen realisiert (Bahnverkehr von 350 bis 1.500 m über dem Meeresspiegel, maximale Distanzen mit 500 km, im Winter weit tiefere Minusgrade).●

Winfried Wolf ist als Sprecher der Bahnfachleutegruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn maßgeblich am Aktionsbündnis Bahn für Alle beteiligt. Zu diesem haben sich Attac, BUND, Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB), Bahn von unten (in Transnet), Eurosolar, Grüne Jugend (Bundesverband), Robin Wood, Naturfreunde, Umkehr e.V., der VCD Landesverband Brandenburg und Ver.di zusammengeschlossen. Wichtige Instrumente der Kampagne sind das Faltblatt »Ihr Reiseplan Höchste Eisenbahn – Stoppt den Börsenwahn!« (ideal zum Verteilen in Zügen!) und der Film »Bahn unterm Hammer« (Kern Film), der auch als DVD zu beziehen ist.

Jüngste Veröffentlichungen von Winfried Wolf zu diesem Thema: »In den letzten Zügen – Bürgerbahn statt Börsenwahn« (Hamburg 2006, VSA) und »Verkehr – Umwelt – Klima. Die Globalisierung des Tempowahns«, Wien Herbst 2007 (Promedia).

Infos unter: www.DeineBahn.de, www.bahn-unterm-hammer.de bzw. Tel.: (0 69) 90 02 81 40.

AUTOFREI

Bürgerbahn statt Börsenbahn

Besser leben und wohnen ohne Auto

Fast ein Viertel (1) aller Haushalte in Deutschland kommt ohne eigenes Auto aus. Angesichts der Klimadebatte wird die Frage aktuell: Wie schaffen die das bloß?

von Markus Heller ● Darauf gibt es mehrere Antworten. Die Wichtigste: Sie organisieren ihren Alltag nicht mühsamer, sonders anders. Wo Autofahrer sich im Berufsverkehr über ihren Vordermann ärgern, lesen sie in der S-Bahn die Tageszeitung und kommen so entspannter zur Arbeit. Anstatt am Wochenende am Auto herumzuschrauben, haben Väter mehr Zeit für ihre Kinder...

Wer ohne Auto lebt, kauft in der Regel während der alltäglichen Wege unterwegs in den Geschäften der Umgebung ein, anstatt nur einmal in der Woche in den großen Shopping Centern vor den Toren der Stadt. Damit wird zugleich der lokale Einzelhandel gestärkt. Einkaufen mit dem Rad kann sogar schneller sein, wenn Besorgungen in vielen verschiedenen Geschäften zu erledigen sind: Während Autofahrer noch im Stau stehen und dann lange auf Parkplatzsuche um den Block kreisen oder weite Wege aus dunklen Tiefgaragen finden müssen, haben die Rad-Einkäufer längst ein Brot gekauft und wählen schon im nächsten Geschäft frisches Obst aus. Einkaufstüten tragen sie nur wenige Schritte zum Fahrrad, das direkt am Ladeneingang steht, und auf dem Weg nach Hause wird noch schnell der vergessene Apfelsaft eingekauft. Diese Flexibilität ist ein Gewinn an Lebensqualität und entschädigt für kleine Unannehmlichkeiten wie zum Beispiel, auch mal bei Regen mit dem Rad unterwegs zu sein.

Dieses Alltagsbeispiel zeigt, dass der autofreie Lebensstil insgesamt betrachtet nicht schlechter oder unbequemer ist. Anstelle ein oder gar zwei Autos haben autofreie Familien Jahreskarten für die öffentlichen Verkehrsmittel, nutzen manchmal auch CarSharing oder mieten sich bei Bedarf ein Auto. Am Ende erweist sich der für »Auto-Aussteiger« anfänglich oft mühsame Verzicht auf das Auto als Gewinn, denn von dem eingesparten Geld (2) kann man sich Dinge leisten, an die vorher nicht zu denken war: Ein luxuriöserer Urlaub, das bequeme Taxi nach der abendlichen Kneipentour, eine größere Wohnung usw.. In der Regel besitzen autofreie Haushalte mehrere Fahrräder, manche sogar ein Lastenfahrrad, womit auch schwere Transporte gut zu erledigen sind.

Foto: M. Heller

Freiburg-Vauban: So schön könnte es in Städten aussehen

Im stellplatzfreien Stadtviertel Vauban in Freiburg sieht man überall Leute mit einem oder sogar zwei Kindern auf Fahrrad-Kindersitzen oder Anhängern durch die Straßen radeln. Die etwas längere Fahrzeit im Vergleich zum »Auto-Mamataxi« wird ausgeglichen durch eine nachgewiesenermaßen frühere Selbstständigkeit bei Kindern (3) und deren besseres räumliches Orientierungs- und Vorstellungsvermögen, oder vereinfacht: Kinder, die aus eigener Kraft mobil sind, also »auto-mobil« in der eigentlichen Bedeutung des Wortes (griech. autos = selbst), sind später seltener Mathe-Versager.

autofrei wohnen

Aufgrund des günstigeren Nahverkehrsangebotes lebt es sich ohne Auto in Städten leichter (4). Eine große Aufgabe einer tatsächlich nachhaltigen Verkehrspolitik liegt daher in der Entwicklung von autofreien Mobilitätskonzepten auch für ländliche Gebiete. Erste Ansätze gibt es zum Beispiel mit den Bürger- und Anrufbussen oder auch mit dem Schweizer Mitnahmesystem »CARLOS« (5). Vor diesem Hintergrund ist auch die geplante Bahnprivatisierung zu hinterfragen, die zu einer weiteren Ausdünnung des Nahverkehrs führen würde.

Obwohl Familien ohne eigenes Auto einen zukunftsfähigen Lebensstil haben, denn sie tragen praktisch zum Klimaschutz bei (6), werden sie von der Stadtplanung »bestraft«: Die Städte werden immer noch vorrangig für den Autoverkehr ausgebaut und sind dementsprechend kinderfeindlich.

Vor Abgasen, Lärm und Unfallgefahren schützen auch nicht die verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen. Aufgrund dieser Ungerechtigkeit entstand die Idee, autofreie Stadtviertel für Menschen ohne Auto zu planen. Das bedeutet, dass der üblicherweise vorgeschriebene Stellplatzschlüssel von 1,0 oder mehr – das heißt 1 oder mehr Stellplätze pro Wohnung – auf etwa 0,1 bis 0,2 für BesucherInnen, Carsharing und Sonderfälle reduziert wird. Diese wenigen verbliebenen Stellplätze werden dann am Rand oder in Tiefgaragen angeordnet. Im Quartier selbst gibt es keinen PKW-Verkehr mehr, Ausnahmen sind lediglich für Rettungsfahrzeuge und beispielsweise Umzugs-Möbelwagen gestattet. Aufgrund der in fast allen Bundesländern geltenden Stellplatzpflicht müssen sich die BewohnerInnen zur Autofreiheit verpflichten, diese wird in Miet- und Kaufverträgen oder auch im Grundbuch gesichert.

Mittlerweile sind mehrere solcher Quartiere in Europa realisiert worden (7), so zum Beispiel in Amsterdam, Wien, Edinburgh, Münster, Hamburg und Freiburg. Kleinere Projekte gibt es in London, München, Kassel und Bremen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass insbesondere Familien mit Kindern sich von diesem Konzept angesprochen fühlen, zum Teil gibt es lange Wartelisten.

In Berlin wurde zuletzt eine Initiative nach einer längeren Vorbereitungsphase verhindert, da der Senat entgegen der ursprünglichen Absicht plötzlich beschloss, auf dem betreffenden Grundstück kein Wohnquartier zu planen, sondern dort den Bundesnachrichtendienst anzusiedeln (www.autofrei-wohnen.de/Berlin/). Auch in München wird die Entwicklung autofreier Neubauvorhaben immer noch stark behindert, obwohl es bereits mehrere erfolgreiche kleinere Projekte gibt und auch Investoren bereit stünden (www.wohnen-ohne-auto.de).

Derzeit sind in Deutschland mehrere autofreie Projekte in Planung bzw. im Bau, zwei seien hier vorgestellt:

Im Norden von Hamburg (Klein-Borstel) plant die Initiative »Mobiles Wohnen« ein kleines Quartier mit 62 Wohnungen und zusätzlichen Gemeinschaftsflächen. Ein S-Bahnhof liegt direkt benachbart, ein U-Bahnhof ist ebenfalls in der Nähe, so dass Menschen ohne Auto schnell und bequem die Innenstadt erreichen können. Von den 30 Eigentums- und 32 genossenschaftlichen Mietwohnungen sind jeweils nur noch 3-5 zu vergeben. Derzeit wird der Bauantrag vorbereitet, der Baubeginn ist für August 2007 vorgesehen (Informationen: Volker Kuhlmann, Tel.: (0 40) 27 87 66 35, www.autofreieswohnen.de).

In Köln-Nippes entsteht auf einem ehemaligen Bahngelände nach einer langen Vorbereitungsphase ein größeres autofreies Stadtviertel. Der Bau hat begonnen, die Hälfte der geplanten 450 Wohnungen sind bereits bezogen. Der Investor, der anfangs etwas zögerlich und skeptisch dem autofreien Konzept gegenüberstand, wurde von der guten Nachfrage überrascht und wirbt auf seiner Webseite mit den autofreien Qualitäten (www.stellwerk60.de). Eine Initiative der BewohnerInnen bietet auf einer eigenen Webseite (www.nachbarn60.de) viele weitere Informationen und kümmert sich unter anderem um die Details der Mobilitätsagentur.●

München-Riem: So schön könnte es in Städten aussehen Foto: M. Heller

Weitere Information:
www.autofrei.de
www.autofrei-wohnen.de
www.reiselust-deutschland.de
www.einkaufen-mit-dem-rad.de
www.worldcarfree.net (engl.)
www.carfree.com (engl.)

Markus Heller ist freischaffender Architekt in Berlin.
www.autofrei-wohnen.de

Anmerkungen:

1) 23% autofreie Haushalte Anfang des Jahres 2006 (Pressemeldung d. Statist. Bundesamtes v. 10.04.2007, www.de-statis.de/presse/deutsch/pm2007/zdw15.htm)

2) Lt. Verkehrsclub Deutschland (VCD, www.vcd.org) kostet der Unterhalt eines VW Golf über 450 Euro im Monat. Bei der autofreien Gegenrechnung – Fahrräder, Jahreskarte Nahverkehr, Taxi, Carsharing, Bahncard – bleibt unter dem Strich in den meisten Fällen mehr Geld als erwartet übrig. Ein Kostenvergleich lohnt sich!

3) Der Entwicklungsvorsprung kann knapp 2 Jahre betragen, belegt eine Komparativ-Studie aus Nürnberg (Margit Nützel: »Nutzung und Bewertung des Wohnumfeldes in Großwohnsiedlungen am Beispiel der Nachbarschaften U und P in Nürnberg-Langwasser«, Hrsg. Prof. Dr. Rolf Monheim; Reihe: Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 119; Universität Bayreuth 1993)

4) In Städten beträgt der Anteil autofreier Haushalte 30-40% oder mehr, in Berlin z.B. lebt fast jeder zweite Haushalt autofrei (Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von Berlin, www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/de/verkehr/fakten.shtml)

5) www.carlos.ch

6) Die CO_2-Klimarechner zeigen anschaulich die Unterschiede zu einer auto-abhängigen Lebensweise: www.bayern.de/lfu/luft/co2_rechner/, www.mycli-mate.de, www.ecospeed.ch, www.proclim.ch/Facts/pcc/

7) realisierte autofreie Wohngebiete in Deutschland: www.autofrei-wohnen.de/proj-d.html, im Ausland: www.autofrei-wohnen.de/ProjekteAusland.html

menschenwürde braucht mobilität. freie Fahrt für @lle

dienstagabend 27.3.07 im herzen münchens:
++ 7 überflüssige dringen sanft in u- und s-bahnen ein ++ ihre botschaft: über 80.000 münchnerInnen können sich dank hartz IV, sozialgeld &co. keine monatstickets mehr leisten ++ ..isoliert zuhause im offenen strafvollzug..

++ warum das ?
denn wisse: das günstigste monatsticket für fahrten im münchner innenraum kostet derzeit euro 35,40. und nun siehe: hartz IV sagt: euro 18,11 müssen reichen, für alle fahrten von beziehern von ALG II oder grundsicherung. also wähle selbst: »zuhause verzweifelt sichs am schnellsten« oder »gehen sie in das gefängnis« als schwarzfahrer.

++ was dann passierte:
17 uhr, mitten im feierabendverkehr: die überflüssigen drängen als schwarz-/grau- und rotfahrer in die unterirdischen kanäle, welche die nochwerktätigen mit ihren nochwohnungen verbinden. sie stellen sich an die seite der nochfahrenden und mischen sich unter sie. sie müssen mobil und schnell sein (wie vom kapital immer gefordert), denn sie wollen nicht die stars im schäuble-tv und nicht die leichte beute der bahnpolizei sein. sie wollen heute nämlich ganz nah bei ganz vielen menschen sein. wollen zeigen, dass wir alle im selben zug fahren: die ausgebeuteten + die überflüssiggemachten. und dass immer mehr nicht mehr das geld für irgendeinen zug haben. kalt ausgeschlossen. eiskalt kalkuliert. die überflüssigen sind mit diesen ausgegrenzten solidarisch.

auf ihren postern steht: menschenwürde braucht mobilität – freie fahrt für alle. ihre flublätter verraten: wer aus dem kreis der verwertbaren fällt, fährt bald nur noch in diesem zug: im (offenen) strafvollzug! die überflüssigen haben verdientes glück: kein repressionsorgan stürzt sich auf sie, trotz mehrfachem umsteigen und minutenlangem posieren in den u- und s-bahnschächten. und: viele menschen lächeln in ihre masken, lesen die flublätter, nicken. alles läuft ruhig und fast ehrfurchtsvoll, auch in den engen zügen.

dann staunen die überflüssigen: sie entdecken den 3. münchner bürgermeister hep monatzeder, kauernd im u-bahn-abteil. offensichtlich und zurecht ist ihm nicht behaglich zumute. schnee-hepchen und die 7 zwerge? nein, die überflüssigen outen ihn nicht, denn sie kämpfen ja für datenschutz. und sie nehmen keine geiseln, denn sie erleben jeden tag, wie das ist als geisel des kapitals.

stattdessen ziehen sich die roten trainingsanzüge nach der halbstündigen aktion geordnet und zufrieden zurück aus der höhle des bayerischen löwen. hunderte haben sie gerade hautnah erlebt. rote pilze spriessen auch auf dem mit niedriglohn und hartz-IV-repression wohlgedüngten sozialen boden in bayern.

Foto: www.ueberfluessig.tk

viele meinten, auf den tonlosen weißen lippen ein versprechen abgelesen zu haben: wir kommen wieder, keine frage.●

Quelle:
http://de.indymedia.org/2007/03/172052.shtml?print=on

Link:
www.ueberfluessig.tk
2 Video-DVDs: Die Überflüssigen in Berlin gibts für eine spende bei freundeskreis videoclips, videoclips@gmx.net

GENF: VOLKS-INITIATIVE

Bürgerbahn statt Börsenbahn

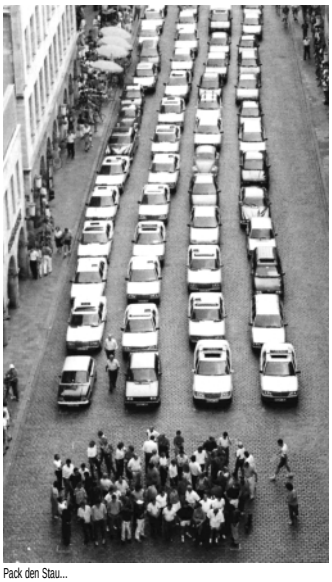
Freie Fahrt für Bahn und Bus

In der schweizerischen UNO-Stadt Genf werden bald die StimmbürgerInnen entscheiden, ob der öffentliche Nahverkehr zu dem wird, was sein Name eh schon verspricht. Busse und Bahnen im Stadtverkehr und zum nahen Flughafen sollen wahrhaft öffentlich werden und umsonst benutzbar sein. Dies verlangt eine Volksinitiative, die mit mehr als 13.000 Unterschriften eingereicht wurde.

Peter Streiff ● Eine Volksinitiative im Kanton Genf fordert die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs – und löst damit eine kontroverse Debatte über eine nachhaltigere und sozialere Verkehrspolitik im städtischen Lebensraum aus. Das Genfer Kantonsparlament hat die »Volksinitiative für Gratis-ÖV« zwar vorerst gestoppt – eine endgültige Entscheidung fällt allerdings erst bei einer Volksabstimmung, die noch in diesem Jahr abgehalten werden soll.

»Der dichte Straßenverkehr ist eine Belastung für die Lebensqualität in Genf«, sagt Pierre Vanek von der linkssozialistischen Partei solidaritéS im Interview mit der Nachrichtenagentur Pressetext. Gemeinsam mit Kommunisten, dem Studentendachverband CUAE und anderen Organisationen hatte die Partei die Volksinitiative für Gratis-ÖV ins Leben gerufen und mehr als 13.000 Unterschriften gesammelt. Eine kostenlose Nutzung soll den öffentlichen Personennahverkehr stärken und den privaten Verkehr in Genf spürbar reduzieren. Auch der CO_2-Ausstoß werde so gesenkt. »Das ist unser Beitrag auf regionaler Ebene für eine sauberere Umwelt«, sagt Vanek. Doch zugleich besitzt die Initiative auch einen sozialen Aspekt: »Die Menschen haben einen Anspruch auf eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs«, sagt Vanek.

Tatsächlich prognostiziert eine von den Genfer Verkehrsbetrieben durchgeführte Studie, dass die Fahrgastzahlen um etwa 30 Prozent steigen würden, falls Busse und Trams zukünftig kostenfrei nutzbar wären. Dass die Inhalte der Initiative populär sind, zeigte sich unter anderem am Ergebnis der Wahlen in die Genfer Stadtregierung. Ende April wurde der linke Rémy Pagani als Vertreter von solidaritéS neuer Stadtrat und erhöhte damit die



Pack den Stau...

Mehrheit der Linken in der Regierung: Einem Bürgerlichen Stadtrat stehen vier Linke und Grüne gegenüber. Pagani gilt als aktivistischer Gewerkschaftssekretär, führte beispielsweise eine Blockade gegen ein Genfer Busdepot an und wird von den Arbeitgebern als »subversiver Agitator« gefürchtet.

Doch die Volksinitiative provoziert auch Kritik unter FreundInnen, nämlich beim umweltpolitisch engagierten Verkehrsclub VCS – in seiner inhaltlichen Ausrichtung dem deutschen VCD ähnlich: »Einen solchen Ansturm können die Genfer Verkehrsbetriebe nicht verkraften«, sagt Sami Kanaan, Präsident der lokalen Sektion des VCS. In der Praxis sei der Vorschlag deshalb nicht umsetzbar. Kanaan befürchtet vor allem negative Auswirkungen auf das Image der Genfer Verkehrsbetriebe: »Ich befürchte, dass die öffentlichen Verkehrsmittel nach der Freigabe zunächst vollkommen überlastet wären.« Die Folge: Verspätungen sowie überfüllte Busse und Trams. Die Initiative provoziere hohe Erwartungen, die in der Realität leider nicht zu halten seien. Die anfängliche Euphorie wäre schnell verflogen und die Menschen würden sich enttäuscht abwenden.

Bevor der öffentliche Personennahverkehr jemals freigegeben werden könnte, müssten seine Kapazitäten deshalb zuvor massiv ausgebaut werden. »Bei der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs gibt es in Genf aber ohnehin großen Nachholbedarf«, sagt Kanaan. »Sind Busse und Trams in Zukunft gratis, bricht uns eine wichtige Einnahmequelle weg.« Experten prognostizieren einen Ertragsausfall von etwa 140 Mio. Euro, falls die Initiative bei der Volksabstimmung Erfolg haben sollte. »Ein weiterer Ausbau wäre dann nicht mehr finanzierbar und das Problem der Kapazitäten bliebe ungelöst«, sagt Kanaan. Die Mehrheit der Abgeordneten im Genfer Kantonsparlament folgte dieser Argumentation – und stimmte mit großer Mehrheit gegen die Volksinitiative für Gratis-ÖV. Diese Abstimmung hat jedoch lediglich empfehlenden Charakter für die zwingend notwendige und im Herbst diesen Jahres geplante Volksabstimmung.

Als Reaktion auf die Kritik plant solidaritéS gemeinsam mit seinen PartnerInnen eine zweite Initiative, mit der sie konkrete Vorschläge vorlegen wollen, um die drohende Finanzlücke zu schließen. Im Gespräch sind dabei eine Anhebung der Flughafentaxen sowie Steuererhöhungen für Autos mit besonders hohem CO_2-Ausstoß.

Die Volksinitiative in Genf ist eingebunden in eine gesamtschweizerische Diskussion um die Reduktion des privaten Autoverkehrs – hauptsächlich getragen von der Umweltorganisation UmverkehR mit verschiedenen Initiativen und Straßenaktionen. Beispielsweise zeigte eine von UmverkehR in Auftrag gegebene Studie, dass durch die Verlagerung eines Drittels der Treibstoffzölle hin zum Fuß-, Fahrrad- und öffentlichen Verkehr rund 7.000 bis 14.000 Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen werden könnten.

Derzeit liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf der Ausformulierung einer oder mehrerer Städteinitiativen, mit der die CO_2-Emissionen dort reduziert werden sollen, wo sie zu 40 Prozent anfallen, nämlich beim Autoverkehr. UmverkehR liefert zu ihrem Vorhaben eine mehrdimensionale Begründung: »Mit der Städte-Initiative soll das Verkehrschaos im städtischen Raum bekämpft und die Lebensqualität gesteigert werden. Aufgrund der hohen Siedlungsdichte sind im städtischen Raum die Möglichkeiten für klimafreundliche Alternativen zum Auto ideal. Ziel der Städte-Initiative ist es, dass der Personenverkehr im städtischen Raum mehrheitlich durch den ÖV, Fuß- und Veloverkehr bewältigt werden soll. Da der Ausbau des ÖV nur bedingt zum Umsteigen führt, solange die Straßen weiter ausgebaut werden, beinhaltet die Initiative auch ein Moratorium für den Bau von Hochleistungsstraßen.«●

Kontakt:
www.umverkehr.ch
(mit Link zur Initiativgruppe in Genf)
www.clubderautofreien.ch

... in den Bus — Quelle: UmverkehR

EIN BLICK AUF DAS KYOTOPROTOKOLL

Neoliberale Luft aus Kyoto

Angesichts der aktuell wieder aufkeimenden Diskussion um den Klimaschutz wird allenthalben das Kyotoprotokoll, bzw. mögliche Post-Kyoto-Vereinbarungen, als Heilsbringer präsentiert. Es lohnt sich, einen genaueren Blick darauf zu werfen, wessen Geistes Kind dieses Papier ist.

Von Hanno Böck ● Den Ausgangspunkt der weltweiten Bemühungen um Klimaschutz stellt der UN-Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio dar. Nebst dem Papier Agenda 21 (in welchem im übrigen Atomenergie und grüne Gentechnik ihren nachhaltigen Segen erhalten) wurden verschiedene weitere Prozesse in Gang gesetzt. Einer davon: Die sogenannten COPs (Conference of the Parties), auf welchen über ein zukünftiges Klimaschutzabkommen verhandelt werden sollte. Die dritte COP im japanischen Kyoto gab dem allgemein bekannten Abkommen seinen Namen.

Nach den gescheiterten Verhandlungen 2000 in Den Haag durfte man sich 2001 in Bonn letztendlich auf die Schulter klopfen: Das Kyoto-Protokoll trat in Kraft.

5% oder 60% ?

Wissenschaftliche Grundlage für die Kyoto-Verhandlungen bildet das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), welches den kürzlich in den Medien reichlich beachteten Klimabericht verfasste. Jedoch, bereits 2001 lautete die Prognose des IPCC: Zwischen 60% und 90% Reduktion der Treibhausgase innerhalb der nächsten Jahre seien notwendig, um die Folgen des Klimawandels unter Kontrolle zu halten.

Indes, die Verhandlungen über Reduktionsziele kamen nicht mal annähernd in derartige Regionen, letztendlich einigte man sich auf 5% (gemessen zwischen 1990 und 2012). Doch auch diese lächerlichen Ziele finden vor allem auf dem Papier statt.

Wallfall-Profits – oder warum Deutschland der größte Klimaschützer ist

Die lautesten Fürsprecher der Vereinbarung von Kyoto – das waren 2001 vor allem Jürgen Trittin und Gerhard Schröder. Man klopfte sich auch gerne dafür auf die Schulter, dass man mit 21 % Reduktion deutlich mehr Last als die meisten anderen Länder übernahm – wenig überraschend, existierte 1990 noch ein Großteil der ehemaligen DDR-Industrie – vor allem auf Grundlage der Braunkohleverstromung – die in den Folgejahren massiv zurückgefahren wurde. Nicht aus ökologischen Erwägungen, sondern als Sanierungsprogramm im Zuge der deutschen Einheit. Dass Deutschland seine Reduktionsziele wahrscheinlich trotzdem nicht erreichen wird (und das war auch unter rot-grün kaum umstritten), sei hier nur als Randnotiz erwähnt.

Luft als Ware

In Zeiten der kapitalistischen Krisenverwaltung existiert ein immanentes Problem: Wiewohl die gesamte Wirtschaftsordnung auf einen permanenten Wachstumsprozess ausgerichtet ist, ist jedes reale Wirtschaftswachstum natürlichen Grenzen unterworfen. Bereits 1972 wurde dies im immer noch aktuellen Werk »Die Grenzen des Wachstums« (Dennis Meadows) festgestellt.

Dank steigender Produktivkraftentwicklung, insbesondere in Folge der informationstechnologischen Revolution, denkt sich der Kapitalismus immer neue Methoden der Wertverwertung aus. Ein Beispiel hierfür sind etwa die immer restriktiver werdenden Regelungen zu sogenanntem »geistigen Eigentum« – ein anderes die Möglichkeit, Luft in Form von Verschmutzungszertifikaten handelbar zu machen.

Das zentrale Element der Kyoto-Vereinbarung ist der Aufbau eines Marktes für Verschmutzungsrechte – zwar noch nicht Realität, aber absehbar ist, dass auch Entwicklungs- und Schwellenländer Teil dieses Marktes werden sollen. Sich auszumalen, dass bald Verschmutzungszertifikate zur Schuldentilgung beim IWF herhalten dürfen – und damit jegliche Möglichkeit zum wirtschaftliche Aufstieg, möglicherweise auch militärisch, behindert wird.

Nun ist es keineswegs vorgesehen, allen Ländern die selben Emissionsrechte, anhand von Fläche oder Bevölkerungszahl, zuzugestehen. Es wird immer von Reduktionszielen ausgegangen (also wer bisher viel verbraucht hat, darf das auch weiterhin) – die genauen Zahlen sind Verhandlungsspielraum – der Begriff Neokolonialismus trifft es wohl am besten.

Clean Development Mechanisms, Joint Implementation, Senken

Neben dem Handel mit Emissionszertifikaten sind weitere Mechanismen vorgesehen, etwa die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanisms), die Gemeinsame Erfüllung von Reduktionszielen (insbesondere für die EU dank Osterweiterung attraktiv), sowie sogenannte Senken. Das sind etwa Aufforstungsmaßnahmen – jedoch, die Abholzung von Wäldern wird umgekehrt nicht als zusätzliche Emission angerechnet.

Insbesondere der Mechanismus der Senken ist problematisch – so ist es vorstellbar, Mischwälder durch Monokulturen zu ersetzen, die größere CO_2-Mengen speichern – deren ökologischer Wert jedoch deutlich geringer ist und die deutlich anfälliger für Schädlingsbefall und Sturmschäden sind. Selbst der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen, die besonders viel CO_2 speichern, wird nicht ausgeschlossen.

Die Nutzung von Atomenergie als Clean Development Mechanism ist im Moment ausgeschlossen – taucht jedoch als Vorschlag, etwa von der IAEO, immer wieder auf.●

Links:
www.fs.tum.de/bsoe/resolutionen/kyoto_protokoll.html
Resolution des Bundesökologietreffens gegen das Kyotoprotokoll (2001)
www.projektwerkstatt.de/oepunkte/
Inzwischen eingestellte Zeitschrift Ö-Punkte – Download der Ausgabe 2/2001 zum Klimagipfel in Bonn mit umfangreichen Hintergrundtexten möglich

»Klimaschweine stilllegen !«

Seitdem der Orkan »Kyrill« im Januar Dächer abgerissen und den Zugverkehr zum Erliegen gebracht hat, zur Schließung von Schulen führte und viele Menschen, vor allem Kinder, zutiefst verängstigt hat, werden in Stuttgart hinter den Scheibenwischern extrem übermotorisierter Autos wie Gelände- oder Luxus-PKW immer wieder gewisse Zettel gesichtet, die bei PassantInnen zu spontanen Debatten, bei den Eignern (männliche Form bewusst gewählt) der Gefährte mitunter zu ebensolchen Wutausbrüchen führen.

Was hat es auf sich mit diesem unscheinbaren DINA3-Blättchen aus dem Copyshop? Auf der Vorderseite ist zu lesen: »Klimaschweine stilllegen! z.B. diese Dreckschleuder« und auf der Rückseite finden sich ein paar erläuternde Worte:

»Warum diese Aktion gegen besonders klimaschädigende Autos? Der Klimawandel ist in vollem Gange: Gletscher schmelzen, Tierarten sind bedroht, das Wetter spielt verrückt und täglich kommt es zu weltweiten Katastrophen – wir bekommen die Rechnung für jahrelanges Ignorieren des Klimawandels durch Politik, Wirtschaft und auch den/die einzelne. Der Autoverkehr mit seinen Emissionen ist einer der Hauptverursacher dieser Entwicklung. Skrupellos pumpen DaimlerChrysler, Porsche, BMW, Audi und andere ihre Dreckschleudern auf den Markt, z.B. die R-Klasse von Mercedes mit einem Durchschnittsverbrauch von 13,5 Litern. Das machen sie und können sie, weil sie immer noch Käufer und Käuferinnen finden – die glauben, so weiter machen zu können, wie bisher – die ihren Spaß haben wollen, auch wenn er zu Lasten anderer geht (vielleicht haben sie keine Kinder) – die in einem Geländewagen oder einer übermotorisierten Luxuskarre ein Statussymbol sehen – oder schlicht angeben wollen.

Das ist nicht geil, das ist rücksichtslos und verantwortungslos! Sucht Euch andere Spielwiesen. Eure Dreckschleudern legen wir hiermit symbolisch still.«

Eine kleine Aktion mit erstaunlich viel Medienresonanz. Aus Osnabrück war zu hören, dass einige Menschen dieselbe Idee hatten. Das lässt auf Verbreitung hoffen. Auch dass sie, wie neidlos zuzugestehen ist, die besseren Sprüche draufhaben, zeigt, dass die Aktion noch entwicklungsfähig ist: »Eine Penisverlängerung wäre nicht nur billiger, sondern auch klimaverträglicher gewesen als dieses Auto« lautete der hitverdächtigste aller Slogans.●

Lothar Galow-Bergemann

Stuttgarter Friedenspreis an Agustín Aguayo

Flucht aus der Armee

Der 35-jährige US-Soldat Agustín Aguayo, von Oktober 2006 bis April 2007 im US-Militärgefängnis in Mannheim inhaftiert, erhält den Stuttgarter Friedenspreis 2007. Aguayo hatte seit 2004 vergeblich versucht, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

Peter Grohmann, Die AnStifter ● Er war als Sanitäter in der 1. Infanteriedivision in Schweinfurt stationiert und bereits einmal mit seiner Einheit in den Irak geschickt worden. Einen erneuten Einsatz im Irak verweigerte er, floh aus der Armee, stellte sich aber wieder. Im März 2007 wurde er von einem US-Militärgericht zu acht Monaten Haft verurteilt; erst im Mai 2007 konnte er zu seiner Familie in die USA zurückkehren. Unterstützt wurde Agustin Aguayo unter anderem von Connection e.V., einer Organisation, die u.a. Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten fordert und Deserteure unterstützt. Nach Angaben von Connection e.V. gibt es allein in den USA mehr als 4.000 Deserteure pro Jahr seit Beginn des Irakkrieges.

Agustín Aguayo stammt aus Mexiko. Der ausgebildete Rettungssanitäter aus Los Angeles und Vater von zwei Töchtern war seit 2003 bei der 1. Infanterie-Division der US-Armee in Schweinfurt stationiert und wohnte dort mit seiner Familie. Für seine Freilassung hatten sich in einer einstimmigen Erklärung der mexikanische Senat sowie internationale und deutsche Friedensinitiativen eingesetzt.

Der Hintergrund

»Ich war im Irak und weiß, was mich dort erwartet. Mit meiner Kriegsdienstverweigerung verweigere ich alle Formen und Aspekte des Krieges. Ich will mir selbst treu bleiben und verweigere daher einen erneuten Einsatz im Irak.« Das erklärte der 35-jährige US-Kriegsdienstverweigerer Agustín Aguayo am 2. September 2006. Einen Tag zuvor wurde seine in Schweinfurt stationierte Einheit ein zweites Mal in das Kriegsgebiet in den Irakkrieg verlegt. Um sich selbst treu zu bleiben, sah er nur noch die Chance, aus der Einheit zu fliehen.

Mit seiner Flucht aus dem US-Militär ist Agustín Aguayo der erste öffentlich bekannte Fall eines in Deutschland stationierten US-Soldaten, der seine Verlegung in den Irak verweigert. In Deutschland sind in 73 Kasernen etwa 67.000 US-Soldaten stationiert, die eine Schlüsselfunktion beim Militäreinsatz im Irak innehaben – und an den verschiedensten Stellen durch deutsches Militär unterstützt werden.

Agustín Aguayo hatte bereits vor Anfang des Jahres 2004 einen Antrag gestellt, um als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Zu dieser Zeit war er das erste Mal im Irak eingesetzt worden. »Als ich dorthin geschickt wurde«, so sagt er, »wusste ich tief in mir drinnen, dass ich das nicht aushalten könne. So beantragte ich meine Kriegsdienstverweigerung. Ich hatte keine andere Wahl.« In seinem Verfahren wurde er intensiv von der in Deutschland ansässigen Beratungsstelle für US-Militärangehörige, dem Military Counseling Network, unterstützt.

Nach mehreren Monaten lehnte die Armee jedoch seinen Antrag ab. Mit großem finanziellen Aufwand legte Agustín Aguayo gegen die Entscheidung Klage vor einem Zivilgericht ein, das aber nach über einem Jahr seinen Antrag verwarf – er hatte das Pech, dass der Richter ein ehemaliger Militärangehöriger war.

Das war im August 2006. Zweieinhalb Jahre nach seinem Antrag, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden, sollte Agustín Aguayo schließlich erneut in den Krieg ziehen. Seine Entscheidung war klar. Als die Feldjäger bei ihm im Wohnzimmer saßen, damit er seine Ausrüstung zusammen packte, floh er aus dem Fenster.

Nach drei Wochen stellte er sich in den USA dem Militär. Ihm war bewusst, dass er wegen unerlaubter Abwesenheit und Verpassen der Verlegung der Einheit (missing movement) angeklagt werden würde, aber er wollte das ihm drohende Verfahren vor einem Militärgericht in den USA führen. Kaum war er beim Militär, wurde er zurück nach Deutschland gebracht.

Wie Agustín Aguayo selbst, entscheiden sich Männer und Frauen, zur US-Armee zu gehen, weil sie sich im Zuge der Patriotismuswelle nach dem 11. September 2001 für das Land einsetzen wollen oder aber auch, weil sie keine andere wirtschaftliche Perspektive sehen – ohne Job, aufgrund hoher Arbeitslosigkeit oder nur unzureichender sozialer Versorgung. Die Anwerber des US-Militärs machen zudem falsche Versprechungen, um Jugendliche in die Armee zu locken. Wer aber den Vertrag unterschrieben hat, ist zur Ableistung des Dienstes verpflichtet. Fehlverhalten kann mit hohen Haftstrafen verfolgt werden.

Das US-Militärgericht in den Leighton Barracks in Würzburg verurteilte Agustín Aguayo am 6. März 2007 zu einer Haftstrafe von acht Monaten. Zugleich wurde er wegen »schlechter Führung« (bad conduct discharge) aus dem Militär entlassen. Zuvor hatte er erneut seine Gewissensentscheidung deutlich gemacht, die ihn dazu bewogen hatte, am 1. September 2006 einer erneuten Verlegung in den Irak nicht nachzukommen und für einige Wochen aus der Armee zu fliehen. Sein Resümee war: »Hier stehe ich und kann nicht anders«.

Mahnwache vor den Leighton Barraks in Würzburg am Prozesstag, 6.3.2007 Foto: Rudi Friedrich, Connection e.V.

Sein Prozess hatte einige Aufmerksamkeit erhalten, zumal er seit drei Jahren versucht, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden und in dieser Zeit bereits ein Jahr lang im Irak als Sanitäter Dienst geleistet hatte. Nachdem er bereit war, an die Öffentlichkeit zu gehen, konnte er immer wieder deutlich machen, warum er den Irakkrieg ablehnt: »In meinem letzten Einsatz war ich Zeuge, wie Soldaten die irakische Bevölkerung entmenschlichen. Ich sah, wie unzählige unschuldige Leben beendet wurden. Es macht keinen Sinn, dass die Zivilbevölkerung zuerst große menschliche Verluste erleiden muss, damit sie dann besser leben kann. All das ist für mich ein überzeugender Beweis, dass alle Kriege moralisch verwerflich sind.«

Verschiedene Gruppen, wie Connection e.V., das Military Counseling Network (MCN), American Voices Abroad Military Project, die Zentralstelle KDV oder die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen hatten sein Verfahren mit Protestaktionen und Unterstützungskampagnen begleitet. So erhielt er in der Haft über eine online-Aktion weit über 1.600 Postkarten und Briefe. Weltweit berichtete die Presse über seinen Fall und seine Motivation. Die mexikanische Regierung verurteilte die gegen ihn erhobene Anklage. amnesty international adoptierte ihn als Gewissensgefangenen.

Insgesamt hat die US-Armee etwa 700.000 SoldatInnen. Nur etwa 100 SoldatInnen stellen pro Jahr einen Antrag, wegen Kriegsdienstverweigerung aus der Armee entlassen zu werden. Noch nicht einmal die Hälfte der AntragstellerInnen wird anerkannt. Andere entscheiden sich zur Flucht aus der Armee. Wie USA Today am 3. Juli 2006 schrieb, gibt es in der US-Armee etwa 4.000 Desertionen jährlich seit Beginn des Irakkrieges.

Agustín Aguayo wurde am 18. April 2007 aus der Haft des US-Militärgefängnisses in Mannheim entlassen. Am 10. Mai 2007 konnte er zu seiner Familie nach Kalifornien zurückkehren. Dort nahm er an einer Veranstaltungsreihe mit anderen US-Verweigerern teil.●

Mehr Infos zu Agustín Aguayo unter:
www.Connection-eV.de/usa/aguayo.html
oder unter (0 69) 82 37 55 34
oder Military Counseling Network (MCN), Hauptstr. 1, D-69245 Bammental
(0 62 23) 4 75 06, Fax: 4 77 91
Email: mcn@dmfk.de
Film: Agustín Aguayo: US-Kriegsdienstverweigerer frei nach über einem halben Jahr Haft, 8 Minuten, 15 MB (Connection e.V.):
www.connection-ev.de/Media/film/ aguayo_dt.html

Agustín Aguayo wird am 3. Oktober 2006 im Frankfurter Flughafen von US-Militärangehörigen eskortiert Foto: Wolfgang Krauss, MCN

Die AnStifter

Die AnStifter wurden 1995 von dem Stuttgarter Kabarettisten und Autor Peter Grohmann ins Leben gerufen. Das Bürgerprojekt hat mittlerweile deutschlandweit rund 700 Förderer, Schwerpunkt der Arbeit ist aber Süddeutschland.

Die AnStifter haben vor allem mit ihren »Lesezeichen gegen Gewalt und Vergessen« Furore gemacht und erreichen dabei jedes Jahr 10.000 Schüler. Jedes Jahr wird im Rahmen eines Festaktes der mit 5.000 Euro dotierter Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Ihn erhielten das Komitee für Grundrechte und Demokratie für die Aktion »Ferien vom Krieg« (2003), die 16-jährige palästinensische Schülerin Lama Tarayra aus Jerusalem für Zivilcourage und gewaltfreie Aktionen (2004), die italienische Journalistin Giuliana Sgrena für ihr Engagement zu Gunsten der unterdrückten Frauen (2005) und der Potsdamer Pfarrer Wolfgang Hülsemann für den Aufbau eines Netzwerks gegen rechte Gewalt (2006).

Im Frühjahr 2007 haben die AnStifter die Stiftung »Brücken bauen, Streit schlichten, Frieden stiften« gegründet und mit 100.000 Euro ausgestattet.

Mit dem Stuttgarter Friedenspreis werden jedes Jahr Projekte oder Personen ausgezeichnet, die sich mit Zivilcourage und Mut für »Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität« einsetzen. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird vom Bürgerprojekt der AnStifter ausgeschrieben, der Preisträger am 21. Dezember im Rahmen einer Friedensgala in Stuttgart geehrt.

In diesem Jahr standen 32 Vorschläge zur Abstimmung. Stimmberechtigt waren die rund 700 Förderer der AnStifter-Projekte. Bei der am 31. Mai abgeschlossenen Wahl erhielt Agustín Aguayo mit Abstand die meisten Stimmen (273), gefolgt vom Arbeitskreis Asyl mit 168 und Terre des Femmes mit 159 Stimmen.

Mehr Infos zum Stuttgarter Friedenspreis unter
www.die-anstifter.de
oder unter (07 11) 248 56 77

50 JAHRE AKTIONSGEMEINSCHAFT SOLIDARISCHE WELT

Start der Jubiläumsaktionen: Aufruf für solidarisches Handeln

Mit einem Aufruf unter dem Motto »Perspektiven für eine solidarische Welt« startet die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) ihre Jubiläumsaktionen zum 50. Geburtstag. Die 1957 in Berlin gegründete Organisation gehört zu den ältesten entwicklungspolitischen Organisationen in Deutschland.

Eine Vorreiterrolle hat die ASW bezüglich ihres Konzeptes: Seit ihren Anfängen entsendet die Organisation keine »Entwicklungshelfer« oder »Experten«. Alle geförderten Projekte werden von Menschen vor Ort ins Leben gerufen und eigenverantwortlich umgesetzt. Förderungsziel der ASW ist, benachteiligte Gruppen vor Ort finanziell und ideell so zu stärken, dass sie langfristig und unabhängig den sozialen Wandel in ihren Ländern gestalten. Schwerpunktthemen sind die Wahrung der Menschenrechte, die Stärkung von Frauen und der Schutz der Umwelt in den Ländern des Südens. Aktuell werden in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen über 60 Projekte in Brasilien, Indien und Afrika gefördert. Die Arbeit wird zu 95 Prozent aus Spenden finanziert.

Der »Aufruf für die Hungernden«, der 1957 von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Willy Brandt, Heinz Galinski, Otto Suhr und Lothar Kreyssig, unterzeichnet wurde, markiert die Geburtsstunde der Aktionsgemeinschaft. Damals wurden die Menschen im Deutschland der Nachkriegszeit aufgefordert, auf eine Mahlzeit pro Woche zu verzichten und das gesparte Geld für Hungernde in armen Ländern zu spenden.

50 Jahre danach und im Vorfeld des G8-Gipfels appelliert die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt in ihrem aktuellen Aufruf wieder an jeden Einzelnen: Weil weder Wirtschaft noch Politik ausreichend Verantwortung für globale Gerechtigkeit zeigen, fordert die ASW eine neue Solidarität und ruft die Bürger dazu auf, 0,7% ihres Einkommens engagierten Menschen im Süden zu spenden. Da die Regierungen ihre politischen Versprechen nicht einlösten, müsse jeder Einzelne, gerade in den reichen Ländern, Verantwortung übernehmen und ein Zeichen für eine solidarische Welt setzen, so der Aufruftext.

Bis Oktober werden auf Veranstaltungen Unterschriften gesammelt, die dem Aufruf Gewicht verleihen sollen. Ein Jubiläumsevent am 15. September 2007 in Berlin wird die Vielfalt der Projekte der ASW zeigen. Erwartet werden Projektpartner aus Brasilien, Indien und Burkina Faso.●

Weitere Informationen und der Aufruf 2007 unter
www.aswnet.de

Presseerklärung vom 31. Mai 2007

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

BUCHBESPRECHUNG

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Es mag ein linkes Vorurteil sein, dass, wer sich gewerkschaftlich organisiert und auch mal an Streiks teilnimmt, kaum für eine rechtsextreme Einstellung anfällig sei. Das Buch, das nun unter dem Titel »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« erschienen ist, erläutert die Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer wissenschaftlichen Untersuchung, die vier der fünf aufgeführten Autoren im Zeitraum 2002 bis 2004 durchgeführt haben.

Von Werner Ruhoff, Köln ● Sichtbar wird auf den ersten Blick, dass die Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern in etwa genauso stark ist wie bei Nichtmitgliedern. Ein Fünftel nicht Organisierte und fast ebenso viele Gewerkschaftsmitglieder haben ein eindeutig rechtsextremes Gedankengut. Befragt wurden insgesamt 2006 Gewerkschaftsmitglieder und 2002 Nichtmitglieder. Anhand einer umfangreichen Liste, aufgeteilt in sechs Themenabschnitte rechtsextremer Aussagen, wurde zunächst festgestellt, inwieweit bei den Befragten ein eindeutig rechtsextremes Weltbild vorhanden ist.

Der Begriff Existenzangst sei in Gruppendiskussionen am häufigsten genannt worden, wenn es um die Erklärbarkeit rechtsextremer Neigungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern ging. Hinzu komme, dass die Macht der Gewerkschaften, zum Vorteil ihrer Mitglieder und aller Lohnabhängigen in die gesellschaftliche Entwicklung einzugreifen, spürbar schwächer geworden ist. Das einstige politische Bündnis zwischen DGB und Sozialdemokratie sei mit der Umorientierung der SPD auf neoliberale Positionen gewichen. In einer solchen Situation gewännen rechte Deutungsmuster über die soziale Dauerkrise bei den Betroffenen eine vorteilhafte Ausgangsposition.

Immerhin sind heute 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 20 Prozent der Nichtmitglieder der Meinung, dass »wir einen Führer haben sollten, der Deutschland mit starker Hand regiert«. Bei der Ausländerfeindlichkeit teilen 23% bzw. 26% die Meinung, dass Deutschland »durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet« sei. Die Ansicht, dass Gewerkschaften in erster Linie Arbeitsplätze für Deutsche zu verteidigen hätten, teilen 19% der Gewerkschaftsmitglieder und 20% der Nichtmitglieder. Und wiederum 23% der Gewerkschaftsmitglieder meinen, dass »Juden mehr als andere Menschen mit üblen Tricks arbeiten«. Außerdem ergaben die Befragungen, dass Forderungen des traditionellen Sozialismus, wie die nach einer Verstaatlichung großer Konzerne, rechtsradikalen Ansichten durchaus nicht im Wege stehen.

Gewerkschaftsmitglieder sind deutlich stärker an sozialer Gerechtigkeit als an Marktfreiheit orientiert. Rechtsextreme Anfälligkeiten gebe es bei Mitgliedern wie Nichtmitgliedern, die sich mehr von autoritären Werten und Verhaltensmustern als von freiheitlichen, demokratischen leiten ließen, so ein Ergebnis der Untersuchung. Je aktiver die Gewerkschaftsmitglieder sind, desto stärker seien eine demokratische Grundhaltung und freiheitliche Werte ausgeprägt. Warum ausgerechnet die traditionelle Kernmitgliedschaft der Gewerkschaften eine deutlich höhere Anschlussfähigkeit für rechtsextreme Deutungen

Inhaltlich anschlussfähig: Am 23. August 2004 demonstrierten in Köthen (Sachsen-Anhalt) Gwewerkschaften, die rechtspopulistische »Bürgerinitiative gegen staatliche Abzocke – Stop Hartz IV«, Republikaner und örtliche Rechtsextremisten gemeinsam gegen Hartz IV

aufweist als die nicht organisierte »Arbeitnehmermittelschicht«, das erklären sich die Autoren mit einem verstärkten Schutzbedürfnis vor Abstiegsbedrohungen und einer gleichzeitigen Nichtanerkennung durch Management und Politik. An der Stelle sei bemerkt, dass die Befragungen leider nicht mitberücksichtigt haben, ob es zwischen den deutschen Beschäftigten und ihren ausländischen Kollegen und Kolleginnen in der Position zum Rechtsextremismus wesentliche Gemeinsamkeiten oder Unterschiede gibt.

Die Autoren beschreiben, wie der organisierte Rechtsradikalismus globalisierungs-kritische Forderungen und Protestaktionen mit völkisch-nationalistischen Parolen vermischt. Aber auch bei manchem hochrangigen Gewerkschaftsfunktionär wird aus einem sozialen ein nationaler Gegner. So wird ein Vorstandsmitglied der IG-Metall zitiert, das beim Streik in der Bochumer Opelfabrik von Fremdbestimmung aus Detroit redete, womit offensichtlich die konzerninternen Managementunterschiede gemeint waren. Die gängige Einlassung auf die Vorgaben des Standortwettbewerbs verschärfe außerdem grundsätzlich die Konkurrenzlogik in der Denk- und Ausdrucksweise nationaler Exklusivitäten. Auch antisemitische Vorurteile würden aktiviert, wenn die Aggressivität von Spekulationsfonds in der Gegensätzlichkeit von us-amerikanisch gekennzeichneten Aussaugern und deutschen Unternehmen wahrgenommen wird, wie dies im Anschluss an Münteferings »Heuschreckenplage« auf einem Cover der Gewerkschaftsmitgliederzeitung »metall« symbolisiert wurde.

Das Anliegen der Autoren ist darauf gerichtet, die Einfallstore rechtsextremer Deutungsmuster für gesellschaftliche Konflikte möglichst zu versperren. Dabei geht es u.a. sowohl um die Deutung gesellschaftlicher Konflikte, als auch um die Ausdehnung basisdemokratischer Handlungsmöglichkeiten. Und die tatsächlichen Ängste der Kollegen/innen sollen dabei ernstgenommen werden. An dieser Stelle wird leider nicht berücksichtigt, dass es eine verbreitete Angst vor »Überfremdung« gibt, deren kulturelle Dimension losgelöst von Klassenkonflikten in Erscheinung tritt. Durch die staatlichen wie medialen Feindbildprojektionen auf der Ebene globaler Konflikte kann sich diese Angst verstärken und besonders als Abwehrhass gegen Migranten/innen aus Konfliktregionen in Erscheinung treten. Hier existiert ein staatlich sanktioniertes, unbewachtes Einfallstor für rechtsextreme Terraingewinne. Im vorletzten Kapitel werden in drei Interviews mit aktiven Gewerkschafter/innen Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten verdeutlicht, die hilfreiche Beispiele und Denkanstöße für die Auseinandersetzung mit dem Rechtextremismus geben. Das Schlusskapitel enthält sieben Buchempfehlungen mit etwas ausführlicheren Beschreibungen.

Die Betonung demokratischer Werte und sozialer Gerechtigkeit in Abgrenzung zum Rechtsextremismus greift m.E. zu kurz, sofern sie auf der abstrakten Ebene bleibt, die mit der Alltagserfahrung kollidiert. Hier weist das Buch m. E. Defizite auf. Dass im gängigen Arbeitsbegriff, um den das gewerkschaftliche Selbstverständnis kreist, selbst eine verhängnisvolle Falle liegt, wird im vorliegenden Buch nicht thematisiert. Besonders in Deutschland ist der Arbeitswahn mit einem rassistisch-antisemitischen Hintergrund kulturell tief verankert. Gleichzeitig herrscht eine tiefe Bewusstlosigkeit über die Doppelbödigkeit der kapitalabhängigen Arbeit. Die stumme Diktatur der abstrakten Wertschöpfung erzeugt eine Entfremdung, in der wir Menschen uns selbst wie Waren zueinander verhalten. Darin wurzelt der individualistische »Rassismus« der neoliberalen Ausgrenzung, der nach dem Scheitern sozialistischer Ideale sein kollektives Pendant in der Wiederbelebung nationalistischer Strömungen findet. Der Rechtsextremismus blüht darin als ein scheinbar paradoxes, internationales Phänomen auf. An der Stelle wird die Dringlichkeit des emanzipatorischen Kampfes gegen die Bedingung der Arbeitspflicht für das globale Menschenrecht (noch) nicht ausreichend wahrgenommen. Der 1. Mai, der seinen Anfang im Kampf um die Verkürzung der Arbeit hatte, mutierte zum Tag der Arbeit. Den haben die Nazis in Deutschland als Feiertag eingeführt. Und das sollte uns zu denken geben.●

Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Bodo Zeuner/ Jochen Gester/Michael Fichter/ Joachim Kreis/Richard Stöss. Verlag Westfälisches Dampfboot, 143 Seiten, 14,90 EUR

BUCHBESPRECHUNG

Linkspartei: Vergreisung als Chance?

Dieses Buch ist die erste größere sozialwissenschaftliche Untersuchung ohne Beteiligung der Partei oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist allen, die sich für die Zukunft organisierter linker Politik interessieren, uneingeschränkt zu empfehlen. Das Buch der durchweg jungen Forschergruppe um Franz Walter liefert eine empirische Darstellung der Wähler- und Mitgliedschaft der Linkspartei und eine ausführliche Darstellung des Handelns einzelner AkteurInnen im Zuge der Gründung der WASG und des bald beginnenden Vereinigungsprozesses.

Bernd Hüttner, Bremen ● Die Ergebnisse zusammengefasst: Der Grund für die Entstehung der WASG und damit der neuen Linkspartei ist die Transformation der SPD hin zum Neoliberalismus. Der bewusste Wandel der SPD und ihrer Programmatik führt zu einer Akzeptanzkrise. Die schrödersche »Neue Mitte« sei ein schief gegangener Spagat zwischen neoliberalen Ansätzen und der SPD-Kernklientel mit der Folge elektoraler Verluste. Diese Transformation hinterlässt eine Lücke im Parteiensystem, da sozialstaatliche Einstellungen noch erstaunlich weit verbreitet sind. Diese WählerInnen nehmen nun einen – und dies ist der wichtigste Begriff des Buches – Repräsentanzwechsel vor. Das bedeutet: Sie bleiben ihren Inhalten treu, wechseln aber den parteipolitischen Adressaten, sprich die Linkspartei übernimmt die klassische Rolle der SPD im bundesdeutschen Parteiensystem. Dieser Befund zeigt: die derzeit landauf, landab von interessierter Seite kolportierte und nach dem Wahlerfolg in Bremen erneuerte Aussage, es gebe eine Linksverschiebung, ist eine Legende.

Die historische PDS wiederum nahm ihr Scheitern im Westen in Kauf; die Ausdehnung war eh parteiintern umstritten, um im Osten stark bleiben zu können. Sicher muss die im Juni gegründete Partei noch zusammenwachsen, aber die beiden Partner haben mehr gemeinsam, als üblicherweise angenommen wird, und interne Probleme gefährden das Projekt nicht wirklich.

Der Band geht aber auch auf die Vergangenheit ein, beleuchtet die PDS-Gesamtpartei und ihre Strömungen: Vier lassen sich, so Michael Koß, identifizieren: Die Modernen SozialistInnen, die historisch als einzige für die Westausdehnung und intellektuell produktiv, aber ohne Einfluss waren. Dann die sehr bedeutende Fraktion der sozialen PragmatikerInnen und Regionalos: seit 1996 dominant, erst recht nach der verlorenen Bundestagswahl 2002. Ohne Bedeutung – im Gegensatz zu früher – seien heute die restaurativen IdeologInnen wie etwa die Kommunistische Plattform. Die Bedeutung der radikalalternativen oder, wie sie heute heißen, emanzipatorischen Linken sei noch offen.

Programmatisch sei die historische PDS so sozialistisch wie die SPD nach Godesberg, da ihre Definition von Sozialismus eher auf ein (grund)gesetzkonformes Streben nach Reformen hinauslaufe. Die WASG – von oben gegründet – sei eine Sozialstaatspartei, die den goldenen Jahrzehnten des westdeutschen Sozialstaats nachtrauere; weitere ökonomische Krisenursachen blende sie aus. Amüsanterweise hätten sich beide Parteien gegenseitig den Vorwurf gemacht, sie könnten nicht mit Zivilgesellschaft umgehen, seien zu staatsfixiert und hätten kein Gespür für die über die Umverteilung hinaus gehenden Forderungen nach Emanzipation und freier Individualität.

Die Debatte um Vollbeschäftigung und Bewegungsorientierung verlief freilich eher zwischen den Generationen und innerhalb der beiden Parteien. Der die WASG dominierende Gewerkschaftsflügel sei ordnungsliebend, autoritär, diszipliniert und geschlossen. Dies treffe sich mit der genauso gewirkten Übermacht der Fraktionen und Apparate in der ehemaligen PDS, wo ebenfalls zentralisiert und professionalisiert wurde. Diese organisationserfahrene Gruppe in beiden Parteien sei führungsgewohnt und -willig. Sie sorgte für eine Aufstellung gemäßigter KandidatInnen für die Bundestagswahl. So arbeite die Bundestagsfraktion nun zwar relativ gut vor sich hin, habe aber bisher keine aufsehenerregenden Initiativen oder Inhalte platzieren können. Richard Lorenz charakterisiert in seinem Beitrag das aktuelle Führungspersonal beider Parteien: beider Komplementarität sei groß; das Personal und seine Kooperation sei eine große Stärke der Linken. Wobei dieser Beitrag erstaunlich wenig darüber aussagt, wie dünn besetzt die B-Mannschaft der Linken ist.

Dem Parteiprojekt wird allgemein eine gute Zukunft prognostiziert, Hoffnungen auf einen konsequenten Politikwechsel solle man sich aber realistischerweise nicht machen: Neue Partei ja, neue Politik nein. Die Stärkung des innerparteilichen Zentrums – das vermutlich jetzt aus Pragmatiker/innen und Regionalos sowie den Sozialistischen Linken der ehemaligen WASG bestehen dürfte – sei das wichtigste Resultat des Fusionsprozesses. Links wird dort aber nicht mit libertärer Radikalität verbunden, sondern mit einem wertorientierten Solidarismus, wenn nicht konservativem Linkspopulismus.

Politisch spannend und durchaus beeinflussbar ist es jetzt, ob sich dieser Solidarismus und Linkspopulismus vollends in Starrsinn und nationalstaatlicher und patriarchaler Besitzstandsverteidigung ausdrückt oder in »einem reflexiven, wertorientierten und ernsthaften Solidarismus« (F. Walter), der auch, so wäre anzufügen, Anknüpfungspunkte für jüngere und radikale Milieus bieten könnte.●

Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 345 S., 26,90 EUR

Anzeige

GENOSSENSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Kundenprozessinnovation durch kooperatives Wirtschaften:

Option zur nachhaltigen Sicherung kleiner Unternehmen

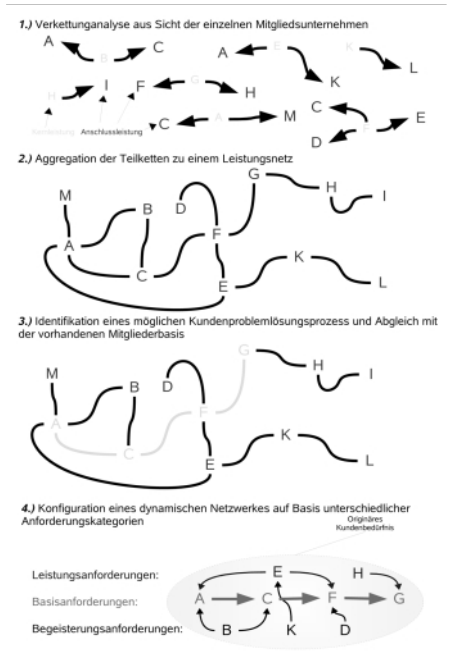
Das Lösen zahlreicher Kundenprobleme erfordert die Bündelung verschiedenartiger Leistungen. Dabei steht die Zusammenführung ergänzender Kompetenzen im Vordergrund. Kooperatives Wirtschaften führt bei dieser Fragestellung zu besseren Ergebnissen, als herkömmliche Marktbearbeitung und hilft beim Aufbau neuer Ertragsfelder für kleine Unternehmen.

Harald Bolsinger, Red. Genossenschaften ● Leistungsbündelung zur Lösung komplexer Kundenprobleme erfordert eine mehrstufige Kombination von Leistungen. Leistungen von Einzelunternehmen werden zu Leistungspaketen kombiniert und anschließend zur Gesamtproblemlösungen auf der Ebene der Kundenbedürfnisse ausgebaut. Dazu sind mögliche Leistungsverkettungen aufzuzeigen, die sich aus der Kooperation mehrerer Unternehmerinnen und Unternehmer ergeben können.

Leistungsbündelung in vier Schritten

Zu Beginn werden Kundenanforderungen an eine Einzelleistung ermittelt. Dies geschieht in erster Linie selbstverantwortlich im Einzelunternehmen. Diese Information ist für das Einzelunternehmen höchst relevant, da sie wesentlich dazu beiträgt, dessen Kernkompetenz zu stärken. Das einzelne Unternehmen bringt diese Informationen erst im letzten Schritt, dem konkreten Kooperationsfall, ins kooperative Netzwerk ein.

● Im ersten Schritt z.B. auf Ebene einer gemeinsamen genossenschaftlich organisierten Plattform ist die Einzelunternehmung gefordert, Anschlussleistungen seiner Kunden zu erheben. Anschlussleistungen können Vorwärts- oder Rückwärtsverkettungen darstellen oder aber ergänzende Leistungen, die zusätzlich zum Angebot des Einzelunternehmens nachgefragt werden. Unternehmerinnen und Unternehmer stellen sich die Frage »Was braucht der Kunde, bevor er zu mir kommt und was fragt er nach oder während dem Kauf zusätzlich nach?« Aus den Informationen der einzelnen Unternehmen über oft genannte Anschlussleistungen ist ein Leistungsnetz abbildbar, auf



dessen Basis sinnvoll kooperativ bedienbare Kundenproblemlösungsprozesse erkannt werden.

● Der zweite Schritt liegt in der Zusammenführung der einzelnen Leistungsverkettungsinformationen. Alle Leistungen im Problemlösungsprozess eines Kunden, die unmittelbar vor, während oder nach der durch die Einzelunternehmung erbrachten Leistung nachgefragt werden, sind zu bündeln. Die kooperative Gruppe bildet beispielsweise in einem gemeinsamen Workshop identifizierte Verkettungen in einem umfassenden Leistungsnetz ab.

● Der dritte Schritt zeigt einen möglichen Weg durch das Leistungsnetz auf, der ein Kundenproblem umfassend zu lösen in der Lage ist. Ein Abgleich mit den im konkreten Ressourcenpool vorhandenen Leistungen zeigt auf, ob weitere Kooperationsmitglieder gesucht werden müssen, um alle notwendigen Leistungen zu erbringen.

● Bei der Suche nach einem Weg wird berücksichtigt, welcher Anforderungskategorie die jeweiligen Leistungen zuordenbar sind. Alle Erfordernisse für den Kundenproblemlösungsprozess müssen dabei lückenlos aneinander anschließen. Aus einem dieser zahlreichen möglichen Wege lässt sich im letzten Schritt ein konkretes dynamisches Netzwerk ableiten. Dieses Netzwerk ist Basis für die Entwicklung von Zusatzgeschäft und die ganzheitliche und kooperative Bedienung von Kunden.

Die Grafik veranschaulicht die beschriebene Vorgehensweise.

Bedienung durch gleichberechtigte Partner

In der Regel erfolgt die Verbindung von Kooperationspartnern in persönlichen Beziehungsnetzwerken. Wesentlicher Vorteil für kleine Unternehmen ist die dabei schnelle Reaktionsfähigkeit nach dem Erkennen von neuen Angeboten für die Kunden. Ohne große interne Abstimmprozesse, können kleine Unternehmen den möglichen Markterfolg durch zeitnahe Umsetzung testen. An die Stelle umfangreicher Vertragswerke treten der »Handschlag«, das »Gesetz des Wiedersehens« und der direkte Face-to-Face-Kontakt.

Derzeitige Kooperationsformen setzen überwiegend auf hierarchische Strukturen zwischen Unternehmen. Häufig werden Kooperationsbeziehungen von einzelnen Unternehmen dominiert, so dass oft vor intensiver Netzwerk- und Kooperationsarbeit zurückgeschreckt wird. Die Befürchtung, Eigenständigkeit zu verlieren, steht im Raum. Regionale Kompetenzen liegen dadurch brach und die Möglichkeiten der Dynamik kleiner Unternehmen wird behindert. Vor allem die Innovationsfähigkeit, die zu einem erheblichen Teil aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher Wissensbestände hervorgeht, erreicht nicht die möglichen Ausmaße. In Deutschland besteht im Bereich Vernetzung und Kooperation ein Nachholbedarf, um regionale ergänzende Fähigkeiten nutzen zu können. Eine zukunftsweisende Option liegt in der beständigen Organisation des einfachen Prozesses der Leistungsbündelung. Die Rechtsform der Genossenschaft birgt dazu erhebliche Möglichkeiten.●

Weitere Ausführungen: www.netzwerk.bolsinger.de

Anzeige

AG SPAK Bücher

NEU NEU NEU NEU

Community Development

Der Aufbau von brückenbildendem sozialen Kapital – Familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz – Urbanes Trendquartier oder gespaltener Sozialraum? – Intermediäre Organisationen in der Stadtentwicklung – Pragmatismus und Gemeinwesenarbeit – FÜR MEHR TEILHABE –

– 6 Bände – wird fortgesetzt –

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

BUCHBESPRECHUNG

Netzwerke für nicht hierarchische Kooperationen genossenschaftlich gestalten

Wissenschaftler, die nicht nur die Wirklichkeit widerspiegeln wollen, sondern den Anspruch haben, neue Wirklichkeiten zu schaffen, gibt es wenige. Schon gar nicht gibt es sie im Bereich der Genossenschaften. Harald J. Bolsinger formuliert einen solchen ehrgeizigen Anspruch. Er versucht, genossenschaftliche Realität neu zu konstruieren (284). Herausgekommen ist eine anregende Veröffentlichung, bei der die abschließende Bewertung schwer fällt: Lassen sich so wirklich neue symbiotische Netzwerke gestalten oder ist dies nur eine neue wissenschaftliche Utopie nicht im Sinne von nicht vorhanden, sondern im Sinne von nicht umsetzbar?

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der Autor Harald J. Bolsinger entwickelt theoretisch ausführlich ein eigenes Modell für die gemeinschaftliche Marktbearbeitung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Die Konzentration auf die Kernkompetenzen der einzelnen beteiligten Unternehmen, vernetzte Kundenorientierung und symbiotische Kooperationen sind dabei die zentralen Bausteine. Der Ansatz wird auf 289 Seiten schrittweise entwickelt, wobei begriffliche Abklärungen einen erheblichen Umfang einnehmen. Vor allem in den ersten beiden Kapiteln werden die Grundlagen und die Zielsetzungen umrissen sowie der theoretische Rahmen dargestellt. Im Kapitel 3 werden die Einzelbestandteile des Grundkonzeptes erläutert, das Gesamtmodell in Kapitel 6 und 7.

Freiwillige Zusammenarbeit

Das Ergebnis ist eine symbiotische Kooperation vernetzter, mittelständischer Unternehmen: Während gängige Kooperationsmodelle überwiegend auf hierarchischen Strukturen basieren, setzt das neue Modell auf eine freiwillige Kooperation, die das Selbständigkeitsstreben mittelständischer Unternehmen achtet (275f.) und als Kernkompetenz in den Mittelpunkt stellt. Grundlage der genossenschaftlichen Kooperation ist eine gegenseitige, dynamisch organisierte Win-Win-Situation (Symbiose), die alle Partner freiwillig eingehen und von der alle Beteiligten profitieren sollen. Der konkrete Nutzen liegt im Fördern der Wettbewerbsvorteile kleiner Unternehmen, ihrer Flexibilität als größte Stärke »Wunderwaffe« sowie dem abgestimmten und aufgabenspezifischen Eingehen auf Kundenwünsche.

Beispiele genossenschaftlicher Netzwerke

- für die Marketingbereich NEXT AT eG: www.nextat.de
- zum barrierefreien Bauen Altonaer Handwerker Ring eG: www.handwerker-altona.de
- für IT-Angebote 7-it Informations-Management & Services eG: www.7-it.de
- Gemeinschaft von Malermeistern und Gestaltern farbrat eG: www.farbrat.de
- Unternehmensberaterzusammenschluss Netzwerk Wertschöpfung eG: www.netzwerk-wertschoepfung.com

Kooperation funktioniert laut Bolsinger aber nicht sofort, sondern ist das Ergebnis längerfristiger Vertrauensbeziehungen und Interaktionen (216). Als »harte Begegnungsräume« empfiehlt er regelmäßige Innovationsworkshops, Open Space Veranstaltungen und weitere Aktivitäten zur konkreten Auswahl an Mitgliedern zusätzlich zu regulären Arbeitskreisen (217). Allerdings bleibt er bei der Beantwortung der Fragen im Licht des »Kooperationsscheinwerfers« »Wie lassen sich Mitglieder zusammenführen?« (221) relativ offen. Deutlich wird vor allem, dass er der Zusammenführung von Kooperationspartnern in persönlichen Beziehungsnetzwerken einen hohen Stellenwert einräumt. Erst wenn diese funktionieren, kann der Schritt zur bewussten Ökonomisierung der Beziehungsnetzwerke erfolgen (281).

Professionalisierung im Zeitablauf

Erst mit dem Wachstum von jungen neugegründeten Unternehmen wandelt sich ein Beziehungsnetzwerk im Zeitablauf zu einem professionalisierten Netzwerk. In seinem Konzept bildet der Autor diesen Vorgang durch die mehrstufige Kooperation ab. Eine Kooperationsplattform dient dabei als »Betriebssystem«, um Beziehungsnetzwerke zu aktivieren, zu verbinden und dynamische Netzwerke hervorzubringen. Kooperation findet nur statt, wenn die Zukunft für die Akteure relativ zur Gegenwart wichtig genug ist (155).

Von Beginn an verweist Bolsinger immer wieder darauf, dass er seine Ausführungen als Pionierarbeit versteht, als Schrittmacherkonzept für die genossenschaftliche Wissenschaft und Praxis (285). Leider hält er sich dabei mit der Erläuterung konkreter Handlungsschritte oft zu sehr zurück. Erst gegen Ende erfolgen hier einige Anregungen, beispielsweise, wenn er eine Vorgehensweise in fünf Schritten empfiehlt (286):

1. Ausfindig machen einer Zielgruppe, die sich in einem problematischen Umfeld bewegt und gleichzeitig groß genug ist, um eine Gründungswelle zu ermöglichen.
2. Bestehende Problemlösungsansätze und Charakteristika der Zielgruppe betrachten, um diese im weiteren Verlauf in alternative Lösungen einfügen zu können.
3. Kombinieren der bestehenden Ansätze mit weiteren möglichst genossenschaftsnahen Elementen, um daraus ein neues Problemlösungskonzept abzuleiten.
4. Aufzeigen der Nähe des Konzepts zu genossenschaftlichem Gedankengut und Ausstatten mit zielgruppengeeigneten Werkzeugen.
5. Erstellen eines einfach verständlichen Geschäftsmodells, so dass dessen Anpassung für Dritte unkompliziert möglich wird.

Fehlende Veranschaulichung

Die genaue Umsetzung dieser Schritte an ein oder zwei Beispielen hätte Bolsinger in seiner Schrift versuchen sollen. Dann wären viele seiner Ausführungen sicherlich anschaulicher und leichter nachvollziehbar gewesen. Neue Wirklichkeiten lassen sich nur schaffen, wenn die Anregungen dazu von den in Frage kommenden Personen wahrgenommen und verstanden werden. Dazu benötigen sie in den meisten Fällen konkrete Modelle und Beispiele. Erst dann lässt sich schaffen, was Bolsingers spannendes Anliegen ist: nicht »die Gestaltung und durchgängige Kontrolle von Wertschöpfungsketten durch große Systemintegratoren, sondern ... kooperative Wertschöpfungsketten kleiner, unabhängiger Einheiten.« (287)●

Harald J. Bolsinger: Die Genossenschaft als Kooperationsmodell für symbiotische KMU-Netzwerke, Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen, Nürnberg 1. Aufl. 2006, 289 S., 54,90 EUR

Linke im Kalten Krieg bis 1968

David Salomon und Guido Speckmann haben in 19 Interviews 22 Personen befragt und aus den Ergebnissen versucht, eine lokale Geschichte der Linken anhand konkreter Biographien zu schreiben. Die Interviews wurden von ihnen redaktionell bearbeitet, verschriftlicht und in eine veröffentlichungsreife Form gebracht.

Mit ihren Berichten über die Zeit von 1945 bis 1968 erinnern diese SozialistInnen und KommunistInnen aus Frankfurt am Main an weitgehend verdrängte Kapitel aus der Geschichte ihrer Stadt. Thema sind unter anderem die Jugendarbeit bei der FDJ, den Falken, den Gewerkschaften und den Naturfreunden, das Verbot der KPD mit seinen Folgen für die gesamte Linke oder die Auseinandersetzung in der SPD um Westintegration, NATO-Beitritt und Godesberger Programm oder die Bewegungen gegen neue wie alte Nazis, gegen die Notstandsgesetze und gegen die Kriege in Algerien und Vietnam.

Befragt wurden überregional Prominente aus Frankfurt wie Peter Gingold, Heiner Halberstadt, Heinz Brakemeier oder Robert Steigerwald. Diese vier Namen machen schon deutlich, dass sowohl Linke aus der SPD, Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und undogmatische Linke interviewt wurden. Den weitaus größten Platz nehmen aber die autobiographischen Berichte von nur lokal oder regional bekannten KommunistInnen aus KPD (und dann DKP) ein.

Die befragten ZeitzeugInnen gehören verschiedenen Generationen an, der älteste ist 1906 geboren, der jüngste 1935. Kommunist/in zu sein, darauf weist Georg Fülberth in seinem Beitrag hin, bedeutet für sie etwas verschiedenes: Wurden die Alten vom Katastrophenzeitalter 1914 bis 1945 geprägt, waren es die Jüngeren von den langen 1960er Jahren des fordistischen Wirtschaftswunders der Bundesrepublik.

Ihre Lebensgeschichten zeigen, wie stark damals die familiären Bande und Prägungen waren, sie sind aber – entgegen der Darstellung der Herausgeber – keine Alltagsgeschichte. Denn der »normale« Alltag, den ja auch KPD-Hauptamtliche haben, wie etwa Wohnen, Krankheit, Ernährung oder Erziehung taucht in dem Band wenig auf. Die meisten Erzählungen kreisen um »Politik« im weitesten Sinne, die aktuellen Kampagnen und Organisationen und wirken aus heutiger Sicht seltsam statisch. Ja, es ist wirklich eine versunkene und fast vergessene Welt, über die hier berichtet wird.

Herausgegeben wird der Band von der Heinz-Jung-Stiftung. Diese wurde 1999 in Erinnerung an Heinz Jung, den 1936 geborenen und 1996 verstorbenen langjährigen Leiter des Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) gegründet. Das IMSF war das Forschungsinstitut der DKP und Heinz Jung nach 1989, nach der »Abwicklung« des IMSF, einer der Initiatoren der Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung als »Nachfolgeprojekt« des IMSF gewesen und bis zu seinem Tod in der Redaktion der Z. tätig.●

Bernd Hüttner

Heinz-Jung-Stiftung (Hg): Linke im Kalten Krieg. Autobiographische Berichte aus Frankfurt am Main 1945 – 1968, 374 Seiten, 18 EUR, ISBN 978-3-89438-370-1, Papyrossa Verlag, Köln 2007

Lauter kleine Lenins

Die ewige Zersplitterung der Linken zu beklagen, mag verständlich sein. Nur ist es leider unangemessen. Denn es gibt »die Linke« gar nicht. Zu glauben, »wir« wollten alle dasselbe, ist nicht mehr als ein Glaube. Faktisch hat die Zersplitterung ihre triftigen Gründe. Am schärfsten sehe ich hier natürlich den Graben zwischen Kommunisten und Anarchisten. Bei Leuten vom Schlage Lenins, Trotzkis, Sinowjews kann man sicher sein, dass sie den freien, sich selbst bestimmenden und vergesellschaftenden Menschen nicht wünschen. Sie wollen ihn lediglich besser verwalten – um das Wort Beherrschung zu vermeiden.

Dies macht auch der vorliegende Sammelband mit anarchistischen Texten aus rund 200 Jahren und etlichen Kurzbiografien klar. Die leider so teuer erkauften Erfahrungen der russischen und spanischen Revolution zu behandeln, erachte ich sogar für seine stärkste Seite. Dagegen sind andere Texte, selbst von Bakunin oder Landauer, mitunter reichlich abstrakt – eher Wunschzettel statt hilfreiches Werkzeug. Sie haben natürlich trotzdem ihre Berechtigung, um uns die roten Fäden im sich entwickelnden anarchistischen Gedankengut erkennen zu lassen. Die Rebellen von 1968 griffen sie zum Teil wieder auf.

Was für mein Empfinden zu kurz kommt, ist die Psychologie der Machtausübung. Denn leider lauert ja in uns allen ein kleiner Lenin. Selbst PDS-Prinzessin Sahra Wagenknecht würde den Alten Fritz rauslassen, falls sie es einmal bis zur Kanzlerin bringen wird. Wir haben die mehr oder weniger unterschwelligen Machtkämpfe zwischen Eltern und Kindern, unter Geliebten, in linken Kommunen. Hier hilft nur Offenlegung, also genau das Gegenteil der herrschenden Verschleierungstaktik. Erziehen wir uns nicht gegenseitig, werden alle unsere schönen strukturellen Maßnahmen nicht greifen.

Die Einsicht, jedes schlechte Mittel verbiege unfehlbar den guten Zweck, taucht im Sammelband häufig auf. Drohe ich etwa mit Liebesentzug, werde ich, wenn nicht Hass, Schmeichelei und Unterwürfigkeit ernten. Wie sich versteht, zählen auch die Großprügel Politik, Staat, Bürokratie zu jenen schlechten Mitteln. Doch der Prügel mag schon so lang sein, dass er von den Frühsozialisten über die USPD bis zur PDS reicht – Massen von Gutgläubigen beißen erstaunlicherweise immer wieder an. Etikettenschwindel erklärt das zu wenig. Ich fürchte, diese Gutgläubigen wollen eben nicht das selbe wie wir. Sie wollen geschlagen werden.

Manche von uns wird der hiermit empfohlene Sammelband zu weiteren genuss- und lehrreichen Büchern führen, etwa von Alexander Berkman, George Orwell, Victor Serge. Außerdem könnten sie leicht die Konsequenz ziehen, den neusten anmaßenden Parteinamen der Lafontaine-Wagenknecht-Autokolonne nie mehr in den Mund zu nehmen, um sich keinen ekelhaften Ausschlag einzuhandeln – siehe eingangs.●

Henner Reitmeier

Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hrsg.): Anarchismus. Theorie/Kritik/Utopie. Verlag Graswurzelrevolution 2007. 400 S., 22,80 EUR

Kultur- & Mediengeschichte Studentenbewegung

Seit einigen Jahren werden in der Soziologie und der Geschichts- und Politikwissenschaft die »langen« oder auch »dynamischen 1960er Jahre« in den Ländern des globalen Nordens als Zeit einer Liberalisierung, Stabilisierung und Demokratisierung angesehen. Wichtigste Indizien dafür seien der Wandel des (jugendlichen) Konsums und des individuellen Habitus, alles sei kurz gesagt irgendwie bunter und lässiger geworden, soziologisch gesprochen »neue Symbolsysteme mit langfristiger Breitenwirkung« entstanden. Wurde die Debatte um »1968« als Mythos und Chiffre bis vor einigen Jahren vor allem von ZeitzeugInnen geprägt, so wird die Arbeit nun immer mehr von jüngeren ForscherInnen getragen, ein Umstand, der auch zu einer Historisierung beiträgt. Es geht aber weiter, so hat die erst 2004 gegründete Zeitschrift *Zeithistorische Forschungen* jetzt ein Heft mit dem Schwerpunkt »Die 1970er-Jahre – Inventur einer Umbruchzeit« vorgelegt.

Die Debatten um den Stellenwert und die Deutung von »1968« hat sich von einer Ereignisgeschichte dahin entwickelt, wie die Ereignisse repräsentiert und medial aufbereitet und rückgespiegelt wurden, denn spätestens seit »1968« gilt die Regel »was nicht in den Medien ist, hat nicht stattgefunden«. Diese Entwicklung in der Forschung kann einerseits als Zurückweichen vor harten ökonomischen Themen (oder auch der »Gewaltfrage«) interpretiert werden und dies ist dies teilweise auch. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass der kulturelle Sektor »seit 1968« immens an Bedeutung gewonnen hat und damit auch ein ökonomischer Faktor geworden ist. Zum anderen ist es sehr erkenntnisfördernd, darüber nachzudenken, ob sich z.B. ein Phänomen wie »Terrorismus« mithilfe seiner massenmedialen Wahrnehmung und Bearbeitung besser erklären und verstehen lässt oder als weiteres Beispiel, ob sich durch »1968« Sexualität verändert hat *oder* nicht vielmehr die Art und Weise *wie* über Sexualität geredet wurde und wird.

Der Band mit dem etwas anmaßenden Namen »Handbuch« enthält ein Vorwort und 25 kurze Beiträge zu sehr verschiedenen Aspekten von Medien und Öffentlichkeit, zu neuen kulturellen und künstlerischen Praktiken und zur öffentlichen diskursiven Thematisierung von »Gewalt«.

Geographisch werden nur die westlichen Länder behandelt. Dort gab es »Öffentlichkeit«, in Osteuropa gab es nur die eingeschränkte Form einer sogenannten »zweiten Öffentlichkeit«. Das Spektrum reicht im einzelnen von Literatur, Kunst und Film über die Wege der transnationalen Kommunikation der Studierenden und die Vorstellung von Gegenöffentlichkeit bis hin zu Wohnen, Mode und dem Wortschatz und der Diskussionswut der Revolte. Die Beiträge sind relativ kurz gehalten und jeweils – wie das kurze aber dafür pointierte Vorwort – mit einem kommentierten und deshalb sehr hilfreichen Literaturverzeichnis versehen.●

Bernd Hüttner

Martin Klimke/Winfried Scharloth (Hrsg.): 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, 324 S., Köln/Wien 2007, 49,95 EUR

Archiv Grünes Gedächtnis

Die Partei der Grünen ist längst zum Bestandteil der Geschichte der Bundesrepublik geworden und viel jüngere StudentInnen oder WissenschaftlerInnen, die sich heute mit den Grünen beschäftigen, waren bei deren Gründung Ende der 1970er Jahre noch nicht oder gerade erst geboren. Zum anderen nimmt die Bedeutung von archivalischen Quellen für die Erforschung der Grünen (oder auch, so sei ergänzt, der neuen sozialen Bewegungen), mit der zunehmenden Dauer ihrer Existenz zu, da z.B. die ersten prägenden AkteurInnen aus der Anfangsphase schon verstorben sind. Diese Tatsachen (und einige andere) haben das *Archiv Grünes Gedächtnis* der *Heinrich Böll-Stiftung* veranlasst, ein eigenständiges Periodikum zu installieren. Ende 2006 ist die erste Ausgabe des Jahrbuch Grünes Gedächtnis erschienen, mit dem auch verschiedene Gruppen über die Geschichte der Grünen informiert und die Bestände des Archivs vorgestellt werden sollen.

Die erste Nummer ist in drei größere und zwei kleinere Teile untergliedert: Die größeren sind Beiträge zur Zeitgeschichte, Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis und Projekte des Archiv. Die erste Rubrik bringt einen Bericht über die erste, 1989 verabredete rot-grüne Koalition in Berlin, der diese als Endphase der Parlamentarisierung der Berliner Alternativen Liste deutet; zur Anti-Atom-Demonstration im französischen Malville 1977 und eine politikwissenschaftliche Analyse der »kraftlosen rot-grünen Koalition«. Im Beitrag »Zur Überlieferung der Anti-Atom-Bewegung im Archiv Grünes Gedächtnis« von Archivleiter Becker-Schaum finden sich sehr interessante Aussagen über den Gründungsprozess des Archiv Grünes Gedächtnis 1990/91 und die damit verbundenen Absichten: Nur der damalige Stiftungsverbund Regenbogen (als Vorläufer der Böll-Stiftung) hatte beschlossen, dass es ein Partei- und ein Archiv der sozialen Bewegungen sein sollten, ein Prozess, an dem die sozialen Bewegungen damals freilich nicht beteiligt waren und der auch nicht den real vorhandenen, in der übergroßen Mehrheit Partei-Archivalien entsprach.

In der zweiten Rubrik wird das Depositum von Gaby Gottwald, einer Internationalistin und linken Grünen, und die archivalische Überlieferung der nur aus acht »ostdeutschen« Mitgliedern bestehenden Gruppe von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag 1990-1994 vorgestellt. Sehr interessante Beiträge enthält die Rubrik, die laufende Projekte des Archiv Grünes Gedächtnis, etwa zu seiner umfangreichen Foto- bzw. Ton- und Filmsammlung oder zur Sicherung und Archivierung von Internetangeboten vorstellt. Die beiden kleineren Rubriken sind Buchbesprechungen und »Das historische Dokument«.

Mit dem Jahrbuch liegt eine lesenswerte Publikation vor, die die Bedeutung der Grünen und der neuen sozialen Bewegungen für die Geschichte der Bundesrepublik vor Augen führt. Das Archiv Grünes Gedächtnis ist ein mit z.B. fünf Hauptamtlichen sehr gut ausgestatteter und schon allein deswegen wichtiger Pfeiler in der Sicherung der Überlieferung der neuen sozialen Bewegungen. Es weist, um die Dimensionen zu verdeutlichen, in der ZDB, der Zeitschriftendatenbank der Deutschen Bibliothek mehr als 1.400 laufende und eingestellte Titel in seinem Bestand nach.●

Bernd Hüttner

Heinrich-Böll-Stifung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2007, Berlin 2006, 113 S., kostenlos, www.boell.de/archiv; Bezug: archiv@boell.de

Neualtes vom Opium

Der Papst ist pop, Jürgen Habermas entdeckt auf seine alten Tage die Religion und das christliche Abendland inszeniert sich im Kampf gegen den islamistischen Terror. Höchste Zeit also für einen Sammelband, der sich mit der Rückkehr religiöser Praktiken und Mentalitäten in den westlichen Ländern auseinandersetzt. Basierend auf Beiträgen, die im November 2005 auf einem Kolloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) diskutiert wurden, sind in dem Band »Macht – Religion – Politik« 14 Aufsätze aus kulturwissenschaftlicher, laizistischer Perspektive zusammengestellt.

Den ersten thematischen Block bilden Forschungen zur Religionsgeschichte in historischer Perspektive. Moshe Zuckermann bietet in seinem Beitrag »Vernunft und Religion« einen Parforceritt durch die Religionskritik von Kant über Marx bis Freud: Religion als Defizit, als Ideologie, als Illusion und Projektion. Zuckermann analysiert hierbei auch die Verkürzungen, der die linke Religionskritik nicht zuletzt durch Marx' »narkotische Metapher« vom »Opium des Volkes« immer noch erliegt.

Im zweiten Abschnitt »Religion und Politik in Aktion« befassen sich Frank Unger und Manfred Uesseler mit dem christlichen Fundamentalismus der »wiedergeborenen Christen« in den USA, seinem Einfluss auf die Präsidentenwahlen und die aktuelle »Intelligent Design«-Diskussion in der US-Bildungspolitik. Die bisher wenig beachtete Verbindung der Neuen Rechten in Russland mit dem orthodoxen Christentum beleuchtet Andreas Umland. Moshe Zuckermann erläutert in seinem zweiten Beitrag »Religion und Staat in Israel« das komplexe Verhältnis zwischen dem ursprünglich säkularen Zionismus und der religiösen Fundierung des Staates Israel. Der dritte, umfangreichste Themenkomplex behandelt »Politik und Religion in Konflikt«. Die vier Beiträge betrachten ausschließlich das »Konfliktfeld Islam«. Nach einem handbuchartigen Überblick von Claudia Dantschke über Strömungen und Strategien des Islam und Islamismus in der BRD befasst sich Margarete Jäger mit der immer noch virulenten »Kopftuchdebatte« und konstatiert, dass der Streit zur Verstärkung eines rassistischen und islamfeindlichen Klimas in Deutschland geführt habe. Daran anschließend untersucht Daniela Marx die antiislamischen Argumente, mit denen Alice Schwarzer zur medienkompatiblen »feministischen Islamexpertin« mutiert ist. Ineke van der Valk stellt die sozial- und ausländerpolitischen Folgen des islamistisch motivierten Mordes an dem Filmemacher Theo van Gogh in den Niederlanden dar.

Der abschließende vierte Themenbereich versammelt Aufsätze, die sich mit der theoretischen Begründung des Machtkomplexes »Religion und Politik« auseinandersetzen. Heinz Brüggemann analysiert kritisch Habermas' neues Konzept einer »postsäkularen Gesellschaft«, die – so Habermas – durch vorpolitische, letztlich auch religiöse Sinngehalte stabilisiert werden müsse. Interessant sind in diesem Zusammenhang Brüggemanns Ausführungen zur medialen (Selbst)-Inszenierung der katholischen Kirche im Zwei-Päpste-Jahr 2005. Jürgen Link befasst sich in seinem Beitrag mit der weltweiten Zunahme »apokalyptischer Religiosität«, z. B. bei den Pfingstkirchen in Lateinamerika, die er mit Globalisierungskrisen und der Suche nach neuer Vergemeinschaftung erklärt.

Der Band versammelt viele interessante Einzelthemen, macht aber auch ein wenig ratlos, weil er Erwartungen weckt, die er nicht einlöst. So verwundert es schon, dass im »Konfliktfeld Politik und Religion« nur die guten alten Bekannten vorkommen: christlicher und islamischer Fundamentalismus. Die gegenwärtigen Ideologiekämpfe zwischen Staat, Kirchen und Gesellschaft in Europa – Stichworte: Ideologie des »christlichen Abendlandes«, Streit um den Gottesbezug in der Präambel der EU-Verfassung –, werden in diesem Sammelband leider nicht thematisiert.

Problematisch ist auch die behauptete Rückkehr religiöser Praktiken und Mentalitäten. Zweihundert Jahre Säkularisierung gingen immer wieder mit einer Renaissance des Religiösen einher. Woraus die zurückgekehrten religiösen Mentalitäten und Praktiken – jenseits des Fundamentalismus – überhaupt bestehen sollen, bleibt in diesem Sammelband unklar. Auf dem Klappentext wird immerhin die spannende Frage aufgeworfen, »inwieweit die politischen Grundlagen in Deutschland und Europa durch Religion und Ausnutzung spiritueller Bedürfnisse geprägt sind«. Aber auch hier bleibt das Buch leider die Antworten schuldig.●

Frauke Klinge (artur)

Margarete Jäger / Jürgen Link (Hg.): Macht – Religion – Politik. Zur Renaissance religiöser Praktiken und Mentalitäten, UNRAST-Verlag, Edition DISS Bd. 11, Münster 2006, 302 S., 24 EUR.

28 Wege zum Glück

Wovon leben Menschen? Was macht ihnen Mut? Wofür setzen sie sich ein? In 28 einfühlsamen Porträts engagierter Menschen zeigen die Autorinnen des gerade im oekom verlag erschienenen Buches »Wovon Menschen leben – Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes«, dass wir auch im 21. Jahrhundert ebenso sehr von »Luft und Liebe« leben wie von Geld und Waren – und liefern dazu eine fundierte fachliche Analyse. Ihr Fazit: Ohne private und öffentliche Eigenarbeit kann kein Mensch, kein Gemeinwesen und keine Wirtschaft auf Dauer existieren.

Rund zwei Drittel der in unserer Gesellschaft notwendigen Arbeit ist unbezahlt – Hausarbeit, Eigenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten. Welche Bedeutung diese »andere Ökonomie« im Alltag von Menschen hat, zeigen Männer und Frauen, die Zufriedenheit und Glück gefunden haben: Im Engagement für den Nächsten, in der Sorge um die Umwelt und die Gemeinschaft.

Die Porträts zeigen Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Milieus, die für andere sorgen, ihren Nahraum gestalten, Natur bewahren oder Dinge ihres Alltags selbst herstellen. In einprägsamen Bildern und berührenden Geschichten erzählen sie von erfülltem Leben jenseits kapitalistischer Warenlogik: Ein Buch, das motiviert und zum Nachahmen einlädt.

Die beispielhaften Lebensentwürfe sind mit Fotos von Cornelia Suhan eindrucksvoll illustriert. Interview-Mitschnitte auf DVD komplettieren die Porträts und bieten authentische Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Porträtierten.●

Ingrid Reinecke

Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner: Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes, oekom verlag, München 2007, 305 Seiten, 24,90 EUR, ISBN: 978-3-86581-075-5

Hinweis: Unter dem Titel »Wovon Menschen leben« gibt es auch eine Wanderausstellung. Informationen dazu bei I.Reinecke@anstiftung.de

Die Literatur der Arbeitswelt

Büttners Erzählband »Abgestürzt« enthält 12 Erzählungen, von denen die meisten im Milieu der Arbeitswelt und »kleinen Leute« spielen. Begriffe wie Solidarität, Streik und Multikulturalität werden hier gelebt. Zum Glück gibt es noch Autoren wie Norbert Büttner, der diese Welt schildert, die in der Literatur ja in der Zwischenzeit schon völlig vergessen scheint.

Hier wird keine oberflächliche Ideologie betrieben, vielmehr wird in den jeweiligen Erzählungen offengelegt, wie sich kritisches Bewusstsein herausbildet und schließlich in ersten Ansätzen zu politischen Handlungen und/oder zur Reflexion eigenen Handelns führt und sei es das Abkratzen von Aufklebern rechter Gruppierungen von den Briefkästen, in der Teilnahme am spontanen Streik oder im veränderten privaten Verhalten. Ganz wichtig auch, dass Büttner die Situation von Saisonarbeitern in der Landwirtschaft in seinem Spektrum der Arbeitswelt nicht vergisst. Die Hintergründe, auf denen seine Erzählungen spielen, (Deutschland Ost und West, DDR im Wandlungsprozess) sind nicht von ausschlaggebender Bedeutung, wesentlich ist Büttner das Nachempfinden des Prozesses der Entwicklung politischen Bewusstseins.

Auch sprachlich ein Erzählband, der fesselt. Einfache und sachliche Sprache mit eingebetteten Bildern, die den Leser nicht mehr loslassen. Nichts an diesem Band ist künstlich. Hier schreibt einer aus und über eine Lebenswelt, die er kennt, die er mit dem kritischen Blick des Schreibenden beobachtet hat.

Es bleibt zu hoffen, dass Büttners Buch die entsprechende Verbreitung findet, denn wirklich gute Literatur aus der Arbeitswelt hat es schon lange nicht mehr gegeben.●

u.b.

Büttner, Norbert: Abgestürzt und andere Erzählungen. Vechta-Langförden, Geest-Verlag, 2007 ISBN 978-3-86685-054-5 213 S., 11 EUR

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und Interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel:
»Wir gründen eine Kommune!«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe von der Kommune Olgashof
Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
✆(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Auch dieses Jahr gibt es wieder ein Workcamp in unserem utopischen Selbstversorgungs-Experimentier-Waldgarten vom 08.08.-16.8.06 in Verden/ Niedersachsen.
Mit Gärtnern, Bauen, Sensen, Diskutieren, Lagerfeuer, Goldruten-lagen, Zelten, Kochen (vegan) und anderen schönen Sachen verbringen wir hoffentlich sonnige Tage auf unserem Gelände! Für nähere Infos melde dich einfach:
allmendeperma@web.de
oder ✆(0 42 31) 90 50 30
oder www.davyd.de/allmende/

Köln: 4 er FrauenLesben WG in chaotischem gemischten Hausprojekt sucht 2 tatkräftige, unerschrockene, engagierte, feministische Lesben zum gemeinschaftlichem Leben.
Zuschriften:
trespasser7@gmx.net
Chiffre: 275

PLZ 74585: hässlicher Nachkriegsbau mit Elliwerkstatt u. 7ar Garten (Dorfrandlage) warten auf Bewohner mit Phantasie und Elan für Wiederbelebung (Kunst/Handwerk/Kultur...). Gerne Familie o. Paar. (w37/m14/m29/m37)
✆(0 79 55) 38 98 55

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
✆ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ✆ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ✆ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ✆ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ✆ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ✆ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22769 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ✆ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ✆ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ✆(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ✆ (0551) 488 62 27; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ✆ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ✆ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org; 60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ✆ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ✆ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; Portugal: Dieter Poschen, ✆ 00351-289 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ✆ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ✆Fax (06 21) 30 38 13, E-Mail: nrschindler@aol.com; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ✆(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de; Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de; Verkehr, Lothar Galow-Bergemann, ✆(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de; Subversive Klangwelten, Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ✆ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
✆ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 24.-26.8.2007
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
✆(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

JAHNISHAUSEN

Auch in diesem Jahr lädt die Lebens(t)raum Gemeinschaft Jahnishausen wieder Menschen ein, die auf Gemeinschaftssuche sind und die Gemeinschaft kennenlernen wollen. Wir bieten Info-Wochenenden an, wo wir ausführlich über unsere Ziele, Planungen, Möglichkeiten zur Mitgliedschaft etc. reden. Im Anschluss daran bieten Kennenlernwochen eine Chance mit uns zu leben und zu arbeiten.
Die nächsten Termine:
13.07. bis 15.07.07 (Info-WE)
16.07. bis 20.07.07 (Kennenlernwoche)
12.08. bis 18.08.07 (Sommercamp)
07.09. bis 09.09.07 (Info-WE)
10.09. bis 14.09.07 (Kennenlernwoche)
05.10. bis 07.10.07
(nur Info-Wochenende)
Information & Anmeldung:
Gut Jahnishausen eG, Jahnatalstr. 4a,
D-01594 Jahnishausen
✆(0 35 25) 51 78 51
www.ltgi.de

AUSTROTOPIA

Gemeinschaftsforum
Besitzen – Teilen – Tauschen
– Schenken

Seit 1999 findet jährlich ein immer größer werdendes Treffen der österreichischen Gemeinschaftsszene statt. In den letzten Jahren ist Austrotopia entstanden, das als »Netzwerk zur Förderung gemeinschaftlicher Lebensformen« auch heuer dieses Gemeinschaftsforum organisiert.
Das Austrotopia-Gemeinschaftsforum bietet Raum, um Gleichgesinnte, Initiativen und bestehende Projekte kennen zu lernen und sich zu der Themenvielfalt – rund um »Leben in Gemeinschaft« – auszutauschen. Heuer wird es einen Themenschwerpunkt zu »Besitzen-Schenken-Tauschen-Teilen« geben.
Der Niederhof ist wohl eine der spannendsten Gemeinschaften in Österreich. Vor rund 10 Jahren hat eine Gruppe von vier Familien aus dem Impuls heraus eine lebenswerte Umgebung für sich und die eigenen Kinder zu schaffen, ein Anwesen mit 14 ha Grund erworben. Heute leben hier 21 Erwachsene und ebenso viele Kinder in einer Art und Weise zusammen, die am ehesten mit einem sehr lebendigen Dorf zu vergleichen ist. Zentrale Rollen spielen dabei die eigene Schule, der Spielraum, der Dialogprozess, eine gemeinsame Spiritualität und einige andere Dinge mehr.
Termin: 20.-22.7.2007
LebensRaum Niederhof,
Zögersbachstraße, A-3190 Lilienfeld (NÖ)
Anmeldung:
http://austrotopia.net

SOMMERCAMPS

Deutschland: A-Camp 2007
Das A-Camp soll die Möglichkeit bieten, zu überlegen und auszuprobieren, wie wir unseren Vorstellungen von Anarchismus ein Stück näher kommen können. Außerdem gilt es, Perspektiven zu entwerfen, um den Widerstand gegen Herrschaft und Unterdrückung überall in der Welt weiter zu führen. Es soll – mit eurer Hilfe – viele verschiedene Workshops zu unterschiedlichsten Themen geben.
Termin: 23.7.-30.7.2007, Burg Lutter
Info:
www.a-camp.burg-lutter.de

Österreich:
Her mit dem schönen Leben!
Liebe Luxus Anarchie
Das A-Camp 2007 findet vom 20.-29.7.2007 im nördlichen Niederösterreich statt. Einen Monat vor Beginn des Camps (also Mitte Juni) gibt es auf der Internetseite www.a-camp.info einen genauen Anfahrtsplan und Informationen über die (sehr spärlichen) lokalen Verkehrsverbindungen.
Das anarchistische Camp 2007 in Österreich hat zum Ziel, Menschen aus unterschiedlichen Ländern/Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen zusammen zu bringen, um anarchistische Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. Herrschaftslose Gesellschaftsalternativen können nicht aus Büchern in die Wirklichkeit übertragen werden. Sie müssen im »richtigen Leben« entwickelt, erprobt oder auch verändert werden. Das praktische Zusammenleben und »miteinander Handeln« beim Camp kann uns Erfahrungen mit Selbstorganisation bieten, die auch für unseren (sozialen und politischen) Alltag nützlich sind. Auf der anderen Seite fördert die gemeinsame Auseinandersetzung mit anarchistischen Theorien und herrschaftskritischen Ideen wiederum die Möglichkeit, das eigene Handeln zu hinterfragen oder neue (Denk-)Ansätze zu entdecken.
Gemeinsam ein Camp zu gestalten bedeutet nicht, kritiklos im »Gemeinschaftsgefühl der Szene« aufzugehen (schließlich sind wir ja die Guten!). Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir voneinander lernen und unser Verhalten hinterfragen können. Und es ist in Ordnung, miteinander zu streiten! Dabei sollte der Umgang untereinander bei einem anarchistischen Camp jedoch von Solidarität und Respekt geprägt sein, was die Akzeptanz unterschiedlicher Ansätze und Herangehensweise mit einschließt.
Mehr dazu auf www.a-camp.info

Schweiz:
Anarchie statt Alltag
Termin: 13.-22.7.2007
Info: www.acamp.ch.vu
acamp.ch@gmx.net

SOZIALFORUM

2. Sozialforum in Deutschland
Seit wir uns erstmals zu einem Sozialforum in Deutschland getroffen haben (Erfurt, Juli 2005) sind zum einen die politischen, sozialen, ökologischen und globalen Probleme weiter gewachsen: Kriege wurden neu begonnen und weiter geführt, Armut, soziale Spaltungen und politische Repression haben erneut drastisch zugenommen, vor Ort, in Deutschland, in der Europäischen Union, in Europa und in der Welt. Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen schreitet weiter voran.
Zum anderen haben jene, die gegen diese Tatsachen und Tendenzen protestieren und nach Alternativen zur herrschenden neoliberalen Politik suchen, neue Erfahrungen in ihrem politischen Alltag und ihren Kämpfen gewonnen: Teilweise konnten Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen verhindert werden, waren BürgerInnenbegehren und -entscheide erfolgreich, haben Streiks und Demonstrationen stattgefunden, wurde der ursprüngliche Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie im EU-Binnenmarkt gekippt, sind weitere WTO-Verhandlungen gescheitert, haben sich zahlreiche Menschen vielfältig in Politik eingemischt – für Frieden, Demokratie, sinnvolle Arbeit, soziale Sicherheit – daher Solidarität, für zukunftsfähige Bildung, kulturellen Reichtum, intakte Natur.
Für Fortschritte in gemeinsamem Handeln für ein anderes Deutschland und ein anderes Europa in einer anderen Welt sind die verschiedenen Sozialforen wichtig geworden – auf lokaler, regionaler, staatlicher, europäischer und globaler Ebene. Die Arbeitsgrundlage hat sich bewährt: Die Charta von Porto Alegre, die u. a. Mitglieder von Parteien zur Teilnahme einlädt, Parteien jedoch nicht.
Wir sollten also wieder zusammen kommen, um das Gespräch über das Hier und Heute und über Wege in eine lebenswerte Zukunft zu führen, um Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zu erneuern und neu zu knüpfen, um Freude im kulturellen Zusammensein zu erleben und um Verabredungen zu weiteren Vorhaben zu treffen.
Termin: 18.-21.10.2007, Cottbus
Information: Initiative Sozialforum, Organisationsbüro Sozialforum, c/o Gewerkschaft ver.di, Bezirk Cottbus, Calauer Straße 70, D-03048 Cottbus
✆(03 55) 478 58 52, Fax: 478 58 24
info@sozialforum2007.de
www.sozialforum2007.de

ATTAC

Das wird Folgen haben!
Sommerakademie und Ratschlag
Das besondere Konzept: Sommerakademie plus Ratschlag, damit das Wissen Folgen hat. Wir wollen nicht nur von- und miteinander lernen, sondern analysieren, schlussfolgern und neue Orientierungen hervorbringen.
G8 wird Folgen haben: Aber welche und was gab es sonst noch? Der Gipfel liegt hinter uns, wenn die Sommerakademie beginnt. Zeit für Erfahrungsaustausch und Positionsbestimmungen.
Basiswissen und Fachdebatte: Wer noch viel wissen möchte, darf gern viel zuhören und fragen. Wer schon viel weiß, muss mehr reden und antworten.
Die Machtfrage ist eindeutig: Jede und Jeder kann mitmachen. Nur was wir selbst machen passiert, also machen wir es zusammen.
Termin: 1.-5.8.2007, Fulda
Information & Anmeldung:
Attac, Münchener Straße 48,
D-60329 Frankfurt am Main
✆(0 69) 90 02 81 10, Fax: 90 02 81 99
E-Mail: info@attac.de
www.attac.de/sommerakademie2007/

NETZWERK21-KONGRESS

Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen 2007
Am 17. und 18. September 2007 findet in Berlin der Bundesweite Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen statt. Die lokalen Initiativen werden aufgerufen, ihre eigenen Ideen und Anforderungen an einen solchen Kongress einzubringen.
10 Jahre nach dem ersten Start lokaler Agenden 21 stehen die lokalen Initiativen und Akteure vor wichtigen Fragen: können mit den bisherigen Strategien und Handlungsmustern die kommunalen Probleme gelöst oder zumindest gelindert werden und wie nehmen Außenstehende die Nachhaltigkeitsinitiativen wahr? Darum verfolgt der Kongress die Ziele: den Stellenwert und den Einfluss lokaler Nachhaltigkeitsprozesse auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu verbessern, neue Formen der Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Nachhaltigkeitsinitiativen und Strategien zur Verbesserung der Wahrnehmung des Themas und der Initiativen vorzustellen und zu erarbeiten.
Durch den Kongress sollen hauptsächlich Vertreter/-innen von lokalen Agenda-Prozessen und anderen lokalen Initiativen mit thematischem Bezug zu nachhaltiger Entwicklung, von Trägern von Wettbewerbsprojekten, Verwaltung, Politik und Verbänden angesprochen werden. Der Teilnehmerkreis wird gezielt um solche Akteursgruppen ergänzt, die weitere bzw. neue Anstöße in den Prozess einbringen können.
Mit diesem bundesweiten Kongress wurde eine Reihe von jährlichen Kongressen gestartet, die künftig an jeweils unterschiedlichen Orten stattfinden werden.
Es werden impulsgebende, hochrangig besetzte Vorträge und Diskussionsrunden angeboten. Den Kern der Tagung bilden mehrere Workshops zu Schwerpunkten, die sich aus einer Interessenabfrage ergeben hatten.
Information:
www.netzwerk21kongress.de
Stefan Richter, Koordinator der Arbeitsgemeinschaft:
GRÜNE LIGA Berlin e.V.,
Landesgeschäftsstelle,
Prenzlauer Allee 230, D-10405 Berlin
✆(0 30) 443 39 10, Fax: 44 33 91 33
mail@netzwerk21kongress.de

SELBSTHILFE

Empowerment-Kongress
Durch den Empowerment-Kongress, der die Selbstbemächtigung der Bürger auf lokaler Ebene anstrebt, soll eine breite Diskussion auf wissenschaftlicher und professioneller Ebene entfacht werden, auf welche Art sich die Bürgergesellschaft durch Selbsthilfe und Selbstunternehmung im Sinne einer solidarischen Ökonomie (»Think global, act local!«) nachhaltig und konvivial organisieren kann. Hier werden Ideen, Konzepte und Umsetzungsvorschläge für die Bereiche soziale Arbeit, Gesundheit, Psychotherapie und bürgerschaftliches Engagement, wie auch für die öffentliche und private Wirtschaft und Verwaltung konkretisiert und konzentriert.
Der Kongress richtet sich an Professionelle aus den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit, Bildung, Psychotherapie und bürgerschaftliches Engagement ebenso wie Studierende und engagierte Laien, Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik und den Verbänden, sowie aus Profit- und Non-Profitunternehmen.
Termin: 19.- 21.9. 2007, Magdeburg
Information & Anmeldung:
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen,
Breitscheidstr. 2,
D-39114 Magdeburg
✆(03 91) 668 42 73, Fax: 668 42 93
www.kongress2007.de
info@kongress2007.de

JUNGE LINKE

Du denkst, Dein Hirn lenkt
Kritik von Hirnforschung und Konstruktivismus
Veranstaltung auf dem Antifacamp in Oberhausen
am 2. August 2007, 15 Uhr.
Die naturwissenschaftliche Erforschung des menschlichen Gehirns beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend auch die Geisteswissenschaften. Es geht dabei um die Fragen, ob unser freier Wille eine bloß subjektive Einbildung sei; ob das Strafrecht dahingehend reformiert werden müsse, dass es keine Schuld im moralischen Sinne geben kann, da Täter durch die neuronale Struktur ihres Gehirns determiniert seien; ob Kinder durch Erklärungen die Welt begreifen, oder nur durch Reize lernen können. Hinter den Vorstellungen vom unfreien Willen und der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnisse steht eine konstruktivistische Theorie. Hirnforscher stellen heute erneut die Frage, warum ich die Welt als etwas außer mir Existierendes wahrnehmen kann, obwohl doch alle Wahrnehmung der äußeren Welt nachweislich nichts anderes ist als elektro-chemische Impulse in meinem Gehirn.
Der Wissenschaftler Gerhard Roth schließt daraus, dass ich tatsächlich gar nicht die äußere Welt erkenne, sondern mein Gehirn eine Wirklichkeit konstruiert, welche mir subjektiv als äußere Welt erscheint. Die ganze Wirklichkeit ist dann ein bloßes Konstrukt meines Gehirns. Diese Überlegung kann politisch wirksam werden. Denn wenn das so ist, dann gibt es auch keine Herrschaftsverhältnisse, keine gesellschaftlich durchgesetzten Formen der Ausbeutung. Was als solches erscheinen mag, wäre nur im einzelnen Subjekt real, hätte aber keinerlei Objektivität. Objektiv wären nur die neuronalen Strukturen des Gehirns, welche diese Verhältnisse in uns hervorbrächten. Und diese stehen als Organeigenschaften jenseits aller politischen Kritik.
Die sich auf neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung stützenden Forderungen, das Strafrecht, die Kindererziehung und andere Bereiche der Gesellschaft unserer Hirnstruktur entsprechend umzuformen, treten darum gerne so auf, als stünden sie jenseits politischer Strömungen. Wir wollen diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine konstruktivistische Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Information:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
✆(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

BERLIN

A-Laden
WELTmusikREVOLUTIONsparty
im SUBversiv – B7
Die Mauer ist weg, der Zaun auch bald wieder und der A-Laden Berlin erwacht aus seinem halbjährigen Dornröschen-Schlaf nach dem Umzug von Moabit nach Mitte, erfrischt und gestärkt für die nächsten 20 Jahre seines Bestehens – hoffen wir! Im 20. Jahr ist daher Grund genug zum Feiern eines frugalen Festes. Weltrevoluzzionär!nnen die wir notAbene sind, laden wir am Schwarzen FREItag, den 13. Juli 2007 ab 20 Uhr ein zur »WELTmusikREVOLUTIONs-Party« ins Café SUBVERSIV in der Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz (U-Bahn!) mit sozialrevolutionärer Mukke von rund um die Welt und karibischem Flair! All profits benefit A-Laden! Denn Umzug und Umbau fressen nicht nur uns, sondern auch die Mittel dazu.
Angefragt zur P@rty im SUB ist der SUBcomandante (und da der wahrscheinlich nicht kommen kann, zeigen wir ersatzweise den passenden Film dazu und noch den einen oder anderen selbstbefreilich revoluzzionären Musikstreifen). Mit freundlichen 2,22 EURoh 1Trittsspendenrichtwert hoffen wir Euch Tür und Tor zu öffnen und laden zudem die Sonne ein, uns in den subversiven Hinterhof zu scheinen, wo vermutlich später ein Lagerfeuerchen flackern wird.

MEDIEN

So bekommen Sie eine gute Presse
Ihr Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit Ihren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Ihre Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die Ihre Pressearbeit in Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf?
Termin: 13.-14.10.2007, München
Sa 9.30-17.30, So 9.30-15.30 Uhr
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 190418,
D-80604 München
✆(0 89) 167 51 06, Fax: 13 14 06
www.journalistenakademie.de

Erfolgreiche Pressearbeit
Die Presse ein wichtiger Werbeträger für soziale Einrichtungen. Eine kurze Zeitungsnotiz bewirkt oft mehr als Hunderte von Handzetteln. Mit Übungen, Erfahrungsaustausch und Tipps einer Frau vom Fach bietet Ihnen dieses Seminar Antworten auf die Fragen:

- Wie formuliere ich eine Pressemeldung?
- Wie arbeite ich langfristig, vertrauensvoll und erfolgreich mit JournalistInnen zusammen?
- Welche Veranstaltungskalender, Presseorgane, Rundfunk- und Fernsehsender gibt es im Raum München und wen spreche ich dort an?

Teilnehmerbetrag: 75 EUR
In Kooperation mit IBPro und EBW
Termin: 5.10.2007, 17.00-21.00 Uhr, München
Information & Anmeldung:
agspak, Dieter Koschek, Dorfstr. 25,
D-88142 Wasserburg/Bodensee
✆/Fax (0 83 82) 8 90 56
agspak@t-online.de
www.agspak.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg